

Arbeitsheft 2

3. Tagung des 3. Landesparteitages
19. Oktober 2013 in Eberswalde

Perspektiven für Brandenburg

Gerecht - Solidarisch - Nachhaltig

Leitbild 2020 plus

Inhalt

1. Die Zukunft hat begonnen.....	3
2. Innovative Wirtschaft - erfülltes Arbeitsleben - gerechte Verteilung.....	8
2.1 Wirtschaftlicher Strukturwandel: Zukunftsfähigkeit durch Innovation	8
2.2 Auf dem Weg zu einer Förderarchitektur der Nachhaltigkeit	10
2.3 Die Energiewende - tiefgreifender gesellschaftlicher Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit.....	11
2.4 Nachhaltige Landwirtschaft voranbringen	14
2.5 Qualifiziert arbeiten für ein Leben in Würde	15
3. Bildung hat Vorfahrt im Kulturland Brandenburg.....	17
3.1 Bildung ist die Quelle aller Nachhaltigkeit.....	17
3.2 Globales Lernen.....	20
3.3 Zukunftspotenzial Wissenschaft	21
3.4 Kulturland Brandenburg.....	22
4. Armut überwinden - Wege zur Teilhabe öffnen.....	24
4.1 Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal.....	24
4.2 Brandenburg - Land für junge Menschen.....	26
4.3 Generationswechsel solidarisch und gerecht gestalten	26
4.4 Solidarität und Teilhabe im Alter	27
4.5 Die Zukunft ist weiblich.....	28
5. Lebensgrundlagen bewahren	29
5.1 Ressourcen schonen, sozial-ökologischen Wandel schaffen	29
5.2 Hochwertige Infrastruktur überall und für jeden.....	30
5.3 Handlungsschwerpunkt Gesundheit.....	31
5.4 Ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Mobilität.....	32
5.5 Landschaft pflegen - Vorrang für naturnahen Tourismus.....	34
5.6 Gesunde Produkte - Faire Dienstleistungen - Mündige Verbraucher	35
6. Für ein zukunftsfähiges Brandenburg.....	36
6.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt	36
6.2 Starke Städte	38
6.3 Vitale ländliche Gemeinden.....	39
6.4 Brandenburg im Wandel - Kommunalverwaltung im Wandel: demokratisch, bürgernah, effizient.....	40
6.5 Regionale Vernetzung und interkommunale Kooperation vorantreiben	42
6.6 Gesamtkonzept für Berlin und Brandenburg auf Augenhöhe.....	43
6.7 Brandenburg gemeinsam mit den polnischen Nachbarn entwickeln	44
7. Brandenburg braucht mehr Demokratie!.....	45
7.1 Aktuelle Herausforderungen für demokratisches Handeln.....	45
7.2 Demokratie plus - Für eine neue märkische politische Kultur.....	45
7.3 Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement und braucht starke Parlamente.....	47
7.4 Demokratische Teilhabe ist verantwortliche Teilhabe	47
7.5 Der soziale und demokratische Rechtsstaat	48
8. Europäische Einigung am Scheideweg: Für ein demokratisches und zukunftsfähiges Europa	50
9. Nachhaltige Haushaltspolitik: Voraussetzung für Gestaltungsfähigkeit.....	52
9.1 Den sozial-ökologischen Wandel auf gesunde finanzielle Grundlagen stellen	52
9.2 Umsetzung unseres Leitbilds bedeutet, finanzpolitische Prioritäten zu setzen.....	53
9.3 Handlungsfähige Politik braucht ein stabiles finanzielles Fundament	54
10. Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft	56

1. Die Zukunft hat begonnen

Brandenburg hat seinen Weg in die Zukunft eingeschlagen - selbstbewusst und zielorientiert. Ende des vergangenen Jahrzehnts fand die seit Wiedererstehen des Landes vorhandene sozialdemokratisch-sozialistische Mehrheit in der Gesellschaft auch Ausdruck in einer politischen Mehrheit im Parlament, in einer Koalition zwischen der LINKEN und der SPD.

„Gemeinsinn und Erneuerung“ - so lautet seit 2009 das Motto der ersten rot-roten Landesregierung. Das meint auch: Erneuerung durch Gemeinsinn, Gemeinsinn durch Erneuerung.

Mitte des zurückliegenden Jahrzehnts hatte Brandenburg eine intensive Debatte um sein Leitbild für die künftige Entwicklung geführt. Die brandenburgische Linke - die PDS, die Linkspartei.PDS, schließlich die Partei DIE LINKE - hat dazu wesentliche Impulse beigetragen. Ihre Vorstellungen vom „solidarischen Brandenburg“, von einem „Brandenburg der Regionen“ haben die Debatte und schließlich die Landespolitik nachhaltig geprägt.

Die Idee vom »Brandenburg der Regionen« war die Antwort der LINKEN auf das zunehmende Auseinanderdriften von berlinnahen und berlinfernen Regionen unseres Landes und die Herausforderungen bei der Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und es war der erklärte Gegenentwurf zu dem Leitbild, das die damals noch rot-schwarze Landesregierung für unser Land vorgelegt hatte - ein Leitbild, das die Geschicke Brandenburgs aus unserer Sicht viel zu eng an die Metropole Berlin band, das die Suche nach Stärken überbetonte und die Schwächen vernachlässigte. Diese Orientierung ist vom Tisch; faktisch wurde ein anderer Kurs eingeleitet.

Das Gefälle in der kommunalen Leistungskraft wird durch verbesserte Finanzausstattung der Kommunen, durch die kommunale Solidaritätsabgabe und den »Demografiefaktor« abgemildert. Die kommunale Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft wurden gesetzlich gestärkt. Freiwillige kommunale Zusammenschlüsse finden die Unterstützung des Landes, ohne nach formalen Kriterien forciert zu werden. Die Regionalen Wachstumskerne wurden weiter entwickelt, lokale Potenziale aktiviert. Bei der Polizeireform sind fast alle Wachenstandorte erhalten geblieben und auch für die Standorte der Amtsgerichte schafft ein Gesetz Sicherheit. Noch offen ist die Entwicklung regional und örtlich angepasster Entwicklungsstrategien, die im Zentrum unserer Debatte über Regionalentwicklung standen.

Die Idee vom »solidarischen Brandenburg« nahm den Protest gegen die als massive soziale Ungerechtigkeit empfundene Agenda-Politik der Schröder-Regierung im Bund auf und war der Gegenentwurf zur erklärten Niedriglohn-Strategie der Landes-CDU. Diese Strategie ist nun vom Tisch. Mit dem Vergabegesetz, das öffentliche Aufträge an die Einhaltung von Mindestlöhnen bindet, und einer neuen Förderstrategie, die soziale Kriterien wie die Reduzierung der Leiharbeit mit aufnimmt, steuert das jetzt links geführte Wirtschaftsministerium offensiv den Dumpinglöhnen entgegen.

Mit dem Programm »Arbeit für Brandenburg«, das sich an der Idee des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und den Grundkriterien für »gute Arbeit« orientiert, hatte die neue Landesregierung erste Schritte unternommen, um insbesondere Langzeitarbeitslosen wieder eine berufliche Chance und ein vertretbares Einkommen zu sichern. Mit der Einführung des Schüler-Bafögs, der Ermöglichung einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, der Weiterführung des Mobilitätstickets oder auch der Aufhebung der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen in der Region wurden Weichenstellungen vorgenommen, die Benachteiligungen zurückdrängen bzw. zusätzliche Unterstützung für Bedürftige gewährleisten. Die neue Koalition hat sich auch darum bemüht, die Sozialgerichtsbarkeit zu stärken. Mehr Richter wurden eingesetzt, Arbeitsplätze bei den Gerichten entfristet.

Auf dem Weg zu einer modernen Bildungspolitik hat sich Rot-Rot im Jahr 2009 zum Ziel des längeren gemeinsamen Lernens bekannt; der große strukturelle Durchbruch zur Gemeinschaftsschule steht jedoch noch aus. Die Priorität liegt jedoch deutlich bei der nachhaltigen Stärkung der öffentlichen Schulen als Grundvoraussetzung einer guten Bildung für alle von Anfang an und bei der Stabilisierung in der Struktur: Die Schüler-Lehrer-Relation von 1 zu 15,4 wird beibehalten; entsprechend wurde die Zahl der Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern bis 2014 über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus auf 2000 erhöht. In den Kitas steht bereits für alle Altersgruppen mehr Personal zur Verfügung als 2009. Es wurde dafür gesorgt, dass in Brandenburg wieder Sonderpädagoginnen und -pädagogen ausgebildet werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern und für den Weg zur inklusiven Bildung.

53 Der wirtschaftliche Strukturwandel in Brandenburg ist im Gange. Die Wirtschaftspolitik der LINKEN gibt
54 ihm Richtung und soziale Substanz. Das Energieland Brandenburg ist bundesweit bereits Spitzenreiter im
55 Bereich der Erneuerbaren Energien. Kern der neuen Energiestrategie 2030 ist es, den Erneuerbaren nicht
56 nur Vorrang einzuräumen, sondern jetzt den Durchbruch für sie zu organisieren. Auch in anderen
57 Bereichen wird auf Zukunft gesetzt – so durch die gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg
58 oder die Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder. Wichtiger Teil des Strukturwandels ist das
59 Erstarren des Dienstleistungssektors. Problematisch ist dabei allerdings das in weiten Teilen geringe
60 Einkommensniveau in diesem Sektor.

61 Unter Federführung des Umweltministeriums wird eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die die
62 Entwicklung des Landes im Einklang mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen
63 Erfordernissen gewährleisten soll. Zugleich will Brandenburg Industrieland bleiben – das ist für unser
64 Land wie für Deutschland insgesamt eine wichtige Schlussfolgerung aus der weltweiten ökonomischen
65 Krise seit 2008. Die neue Wirtschaftsförderstrategie nimmt dies auf. Sie unterstützt unternehmerisches
66 Handeln und bindet diese Unterstützung zugleich an wichtige soziale Kriterien wie etwa die
67 Zurückdrängung des Leiharbeits-Anteils.

68 Wir haben dazu beigetragen, Brandenburg zu verändern. Aber auch um uns herum ist die Welt nicht
69 stehen geblieben.

70 Bankenkrise und Rezession, unregulierte Finanzströme mit katastrophalen Auswirkungen auf ganze
71 Volkswirtschaften, Hunger und Tod in der Dritten Welt durch ungehemmte Spekulationen mit Rohstoffen
72 und Nahrungsgütern und nicht zuletzt die immer wieder aufbrechenden militärischen Konflikte rund um
73 den Globus haben neue Themen auf die politische Tagesordnung gebracht. Die Bedrohung durch
74 militante Gegner der westlichen Kultur und der westlichen Dominanz in der Welt hält an – die Antworten,
75 die die westlichen Mächte auf die terroristische Gefahr formulieren, machen die Welt insgesamt
76 instabiler, weil die Konflikte militärisch nicht lösbar sind. Und sie werden selbst zu einer Gefahr für
77 Demokratie und Bürgerrechte, weil Überwachung und Missbrauch der heutigen technischen
78 Möglichkeiten ausufern, weil zunehmend der Zweck die Mittel heiligt.

79 In Brandenburg wie in ganz Deutschland sind wir mit einer immer weiter auseinander klaffenden Schere
80 von Arm und Reich konfrontiert. Wir erleben neue Erscheinungsformen von privater und öffentlicher
81 Armut. Wir müssen uns mit einer ungerechten und unsolidarischen Steuer- und Haushaltspolitik im Bund
82 auseinandersetzen.

83 Unverkennbar sind schon seit längerem Probleme von Demokratie, Staat und Verwaltung. Zur Dynamik
84 der wissenschaftlichen und technologischen Innovation, die schon seit geraumer Zeit die Zyklen der
85 politischen Aufarbeitung und Umsetzung überholt haben, gesellt sich jetzt bei der Krisenbewältigung die
86 Wucht der entfesselten Finanzmärkte. Zugleich übersteigt der Problem- und Regelungsdruck der
87 Globalisierung die Möglichkeiten der Nationalstaaten und überfordert die bestehenden Institutionen
88 multilateralen Handelns. Die Zeitpunkte der Bürgerbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren
89 entfernen sich wegen der Langwierigkeit dieser Prozesse immer mehr vom Zeitpunkt tatsächlicher
90 Bürgerbetroffenheit. Entscheidungen werden so immer mehr auf administrative, bürgerferne Ebenen
91 gehoben bzw. in entsprechende Strukturen verlagert oder als dorthin verlagert empfunden.

92 Wir haben die komplexen Auswirkungen des demografischen Wandels zu meistern. Die Gesellschaft wird
93 nicht nur älter, es wächst nicht nur der Anteil derjenigen im Ruhestand gegenüber denjenigen im
94 Erwerbsleben – in den nächsten Jahren wird auch eine neue Generation, die der jetzt 30- bis 40-Jährigen,
95 in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik die Dinge in die Hand nehmen.

96 Für ein kleines Land wie Brandenburg hängen Wohlstand, Sicherheit und wirtschaftlicher Erfolg direkt
97 von seiner Einbindung in die europäische Entwicklung ab. EU-Entscheidungen bestimmen die
98 Lebensbedingungen der Menschen hierzulande unmittelbar und in wachsendem Umfang mit.

99 Energiewende und Klimaschutz haben nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Dimension,
100 der wir uns stellen müssen. Die Erneuerung in Gemeinsinn braucht eine belastbare ökonomische Basis.
101 Die oftmals fragile einheimische Wirtschaft muss weiter stabilisiert werden – und zugleich müssen wir
102 den Strukturwandel im Land befördern und in eine Chance für alle verwandeln. Umwelttechnologien im
103 weitesten Sinne sowie Kommunikations- und Datenverarbeitungs-Technologien machen dabei die
104 „Hardware“ aus, auf die es ankommen wird. Das Energieland Brandenburg, das mittlerweile auch das
105 Land der Erneuerbaren Energien ist, hat damit bereits klar einen Fuß in der Tür zu einer guten Zukunft.

106 Die Zeit der Sonderförderung Ost läuft 2019 unwiderruflich ab. Dennoch hinkt der Osten in vielem weiter
107 dem Westen hinterher, viele Menschen empfinden nach wie vor materielle und moralische
108 Benachteiligungen. Ostdeutschland ist allerdings nicht als Ganzes mehr die größte geschlossene
109 Krisenregion Deutschlands, wohl aber die stärkste Zusammenballung von gefährdeten Regionen - von
110 denen es allerdings inzwischen auch im Westen welche gibt. Brandenburg insgesamt hat sich
111 mittlerweile als dynamische Wirtschafts- und Sozialregion bundesweit einen Namen gemacht - zugleich
112 ist es selbst von regionalen Unterschieden geprägt wie kaum ein anderes Bundesland. Ab 2014 wird
113 unser Land von der EU nicht mehr als strukturschwacher Raum behandelt - das bringt einen Rückgang
114 der Fördermittel mit sich, ist aber zugleich ein Hinweis auf eine erfolgreiche Entwicklung, auf die die
115 Brandenburgerinnen und Brandenburger stolz sein können.

116 Brandenburg ist im Wandel - vor allem deswegen, weil die Menschen selbst es wandeln, weil sie ihr
117 Leben ändern, ihre Lebensbedingungen bestimmen wollen, neue und ganz unterschiedliche Erfahrungen
118 dabei machen. 39 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger sind mittlerweile "Neubürger"; sie
119 sind andernorts, zumeist in Berlin und anderen Teilen Ostdeutschlands, geboren und erst im Laufe ihres
120 Lebens in unser Land gezogen. Im Berliner Umland stellen sie mittlerweile mit 55 Prozent sogar die
121 Mehrheit - etwa jeder Zehnte von ihnen kommt aus einem der westdeutschen Bundesländer.
122 Alteingesessene wie Hinzugezogene eint die auch im Bundesvergleich und durch alle Generationen wie
123 sozialen Gruppen außerordentlich hohe Zufriedenheit mit der Heimatregion: 87 Prozent leben gerne in
124 Brandenburg - vor allem wegen der schönen Natur. Auch vor diesem Hintergrund stoßen gesellschaftliche
125 wie wirtschaftliche Vorhaben, die mit Eingriffen in die Natur verbunden sind, auf besonders starken und
126 breiten Widerstand - seien es Infrastruktur-Vorhaben, Windparks, Tagebaue oder auch
127 Industrieansiedlungen. Als mangelhaft empfinden alte wie neue Einwohner Brandenburgs die hohe
128 Arbeitslosigkeit (vor allem in den Berlin-fernen Regionen spielt das eine Rolle) sowie Schwächen der
129 Infrastruktur, so beim Öffentlichen Personen-Nahverkehr (dies vor allem im Berliner Umland).
130 Unterschiedliche Kulturen, Erfahrungswelten, Lebensentwürfe koexistieren, prallen aufeinander, müssen
131 sich arrangieren - durch Interessenausgleich der unterschiedlichsten Art, auch konfliktbeladen, sei es
132 untereinander oder mit dem Gemeinwesen und dessen Repräsentanten.

133 Die Aufgabe der Politik ist es bei all dem, das Gemeinwesen den sich wandelnden Anforderungen der
134 Menschen anzupassen, soziale Standards (öffentliche Daseinsvorsorge, gute Arbeit etc.) zu wahren und zu
135 erneuern, den sozialen Ausgleich zu organisieren und Lebenschancen für alle zu gewährleisten.

136 Dabei wird es darum gehen, allgemein anerkannte bzw. notwendige Normen und Standards (Leitplanken
137 für gleichwertige Lebensverhältnisse) mit flexiblen Lösungen zu verbinden.

138 Das erfordert eine neue politische Kultur - eine Kultur des Miteinanders und der Durchlässigkeit
139 zwischen Politik und Gesellschaft, des klaren Engagements für die jeweiligen Interessen im Bewusstsein,
140 Teil eines Ganzen zu sein.

141 Wer in der hochkomplexen Welt von heute mehr will, als sich durch Sachzwänge zu wursteln, braucht
142 einen Kompass. Die Kompassnadel zeigt auf ein Ziel, das hinter dem Horizont des politischen
143 Tagesgeschäfts liegt. Wer überzeugt ist, dass so einiges grundsätzlich zu ändern und vieles zu korrigieren
144 ist, weil die heutigen Verhältnisse noch lange nicht das Beste aller Möglichkeiten darstellen, wird sich die
145 Frage stellen, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen.

146 Brandenburg ist in vielerlei Hinsicht von globalen Herausforderungen betroffen, deren Dimensionen die
147 Gestaltungsmacht unseres kleinen Landes um ein Vielfaches übersteigen. Die Welt wird sich nicht nach
148 unseren Wünschen richten. Vielmehr werden wir alle unsere Ideen und Kräfte mobilisieren müssen, um
149 Brandenburg auf die Herausforderungen einzustellen und zukunftsfähig zu machen. Hierzu braucht es
150 vorausschauende und intelligente Strategien, die das Beste aus unseren Stärken und Potenzialen machen.
151 Ohne ein gerüttelt Maß an praktischer Vernunft wird es auch nicht abgehen.

152 Klar ist aber auch: Wenn es nicht gelingt, in einer breiten Koalition der Vernunft die Welt gerechter,
153 solidarischer und friedlicher zu machen, bleibt auch der Erfolg unserer Anstrengungen für Brandenburg
154 bedroht. Vielerorts - und nicht etwa nur im linken politischen Spektrum - wird jedoch über Alternativen
155 zum heutigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nachgedacht. Die krude Realität hat neoliberale
156 Rezepte bis auf die Knochen blamiert. Denkschablonen sind aufgebrochen. Es gibt wieder Raum für
157 Neues. Wir stehen in einem breiten Wettbewerb der Ideen, wie unsere Demokratie durch selbstbewusstes
158 bürgerschaftliches Engagement stärker und lebendiger werden kann. Viele Menschen geben sich mit

159 vorgegebenen Handlungszwängen und technokratischen Projekten nicht mehr zufrieden, sondern wollen
160 in lebenswichtigen Bereichen wie Wirtschaft, Umwelt oder Klima selbst mitbestimmen und suchen
161 hierfür geeignete demokratische Formen. An diesem Wettbewerb wollen wir uns in Brandenburg
162 beteiligen.

163 Über unsere Reformvorschläge hinaus, welche die Missstände im Hier und Heute zumindest mindern
164 können, streben wir eine Transformation der Verhältnisse hin zu einer Gesellschaft an, in der die
165 entfremdete Arbeit aufgehoben und die Teilhabe aller Menschen gewährleistet ist. Wir wollen ein
166 Gemeinwesen, dessen Grundlage die individuelle Freiheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit
167 verbunden mit Gleichberechtigung und Solidarität ist.

168 Aus all diesen Gründen ist es nach vier Jahren in der Regierung Zeit, unserem Leitbild für Brandenburg
169 einen neuen Impuls zu geben. Es ist an der Zeit, die Analysen, Zielbeschreibungen und
170 Handlungsvorschläge des Leitbilds von 2009 einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und neue
171 Antworten auf die komplexen Herausforderungen finden, mit denen wir den sozial-ökologischen Umbau
172 in Brandenburg vorantreiben können und mit denen wir den gesellschaftlichen Dialog in unserem Land
173 fortführen möchten.

174 Im Leitbild werden daher zu jedem der aufgeworfenen Themen folgende Fragen beantwortet:

- 175 ■ Was müssen und können wir bei uns in Brandenburg tun? Welche Stärken und Potenziale können
176 wir selbst entfalten, um unser Land lebenswerter und zukunftsfähig zu machen?
- 177 ■ Welche Forderungen müssen wir an die deutsche und europäische Politik stellen, damit wir die
178 nötigen Rahmenbedingungen bekommen, um in Brandenburg das Richtige tun zu können?
- 179 ■ Wo müssen wir uns mit unseren bescheidenen Kräften weltweit gesellschaftlich einmischen, um zu
180 Frieden, Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit auf unserem Planeten
181 beizutragen?

182 Auf jedem Politikfeld suchen wir gemeinsam mit allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern auf
183 diese Fragen eine Antwort, die überzeugt und motiviert.

184 Für uns bildet dabei die soziale Frage den Dreh- und Angelpunkt. Keine der großen Zukunftsfragen ist
185 gelöst oder selbst lösbar ohne soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander. Sei es die
186 Energiewende, sei es der demografische Wandel oder der Weg in eine inklusive Gesellschaft: Nur wenn
187 die Belange aller Betroffenen wirklich respektiert werden, nur wenn alle Beteiligten solidarisch
188 eingebunden sind und nachhaltig gewinnen, kann ein großer Wurf gelingen.

189 Soziale Gerechtigkeit bedeutet zunächst einmal, dass Lebenschancen nicht von Geburt oder Erbe, sondern
190 von der eigenen Leistung im Rahmen der individuellen Möglichkeiten abhängen. Grotesk überspitzte
191 Managergehälter fern jeder nachvollziehbaren Leistungsrelation sind ebenso ungerecht wie
192 Dumpinglöhne, die das Existenzminimum unterschreiten. Leistungsvergütung muss sich am
193 gesellschaftlichen Nutzen messen lassen, und nicht nur am Marktwert, der zudem oft genug durch
194 Konzerne und Kartelle manipuliert wird. Wir brauchen eine breite öffentliche Debatte über den Begriff
195 des Leistungsträgers und über Wert von Arbeit in jenen Bereichen, die für Zusammenhalt und
196 Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen, wie etwa Bildung und Gesundheit.

197 Zum Thema Gerechtigkeit gehört auch, dass soziale Leistungen außerhalb der Erwerbsarbeit von der
198 Gesellschaft gefördert und gewürdigt werden. Denn wir alle sind auf sie angewiesen, für ein gutes Leben,
199 sozialen Frieden und Einklang in unserer Gesellschaft. „Menschliches Leben umfasst die physische,
200 kulturelle und geistige Reproduktion und reicht damit weit über den Bereich der Erwerbs- und
201 Lohnarbeit hinaus“, heißt es im Parteiprogramm der LINKEN. „Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, denn
202 ohne die täglich zu leistende Arbeit in der Haushaltung, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt
203 und im Kulturbereich könnte auch die in Lohnarbeit investierte Arbeitskraft sich im gesellschaftlichen
204 Maßstab nicht reproduzieren.“ „Es geht um eine global und geschlechtergerecht fair geteilte Erledigung
205 all dessen, was Menschen brauchen und wünschen. Jede und jeder muss von den Einkünften würdig
206 leben können. Alle sollen in der Lage sein, an allen gesellschaftlichen Bereichen - der Erwerbsarbeit, der
207 Familien-, Sorge- und Hausarbeit, der gesellschaftlichen Arbeit sowie der politischen Gestaltung -
208 teilzuhaben. Jede Arbeit, bezahlte oder unbezahlte, soll Wertschätzung erfahren.“

209 Soziale Gerechtigkeit bedeutet ebenso, Lebenschancen und Lebensqualität für all jene zu schaffen, die
210 aus vielfältigsten Gründen daran gehindert sind, unter den gegebenen Bedingungen ökonomisch

211 abrechenbare Leistungen zu erbringen. Junge Menschen mit schlechten Startbedingungen auf dem Weg
212 ins Leben brauchen konkrete individuelle Unterstützung, insbesondere durch Bildung. Rentnerinnen und
213 Rentner, die ihr Leben lang aus dem Teufelskreis von Niedriglohnsektor und Erwerbslosigkeit nicht
214 heraus gekommen sind oder ihre Lebensleistung in anderer Form als der Erwerbsarbeit erbracht haben,
215 dürfen dafür im Alter nicht bestraft werden. Menschen, die in Not geraten sind oder ihr Leben nicht aus
216 eigener Kraft bewältigen können, benötigen bedarfsdeckende und individuelle Unterstützungsleistungen.
217 Menschen mit Behinderungen wollen sich ohne physische oder soziale Barrieren am öffentlichen Leben
218 beteiligen. Besondere Solidarität muss jenen Menschen gelten, die wegen ihrer Abstammung, Nationalität
219 oder Sprache, einer Behinderung, ihrer religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung,
220 wegen ihres Geschlechts oder und ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

221 Gerechtigkeit und Solidarität sind zwei Seiten einer Medaille. Solidarität bedeutet aktives Handeln, um
222 jenseits formaler Chancengleichheit wirklich allen Menschen und insbesondere den Benachteiligten in
223 dieser Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Dem stehen
224 noch zu viele Barrieren entgegen. Diese Barrieren zu überwinden, ist in erster Linie eine gesellschaftliche
225 Aufgabe, zu der alle Brandenburgerinnen und Brandenburger beitragen können. Nur eine solidarische
226 Gesellschaft kann einen wirkungsvollen Solidarstaat aufbauen und pflegen.

227 Die Polarisierung von Reichtum und Armut untergräbt die Gesellschaft und die Werte unserer Kultur, sie
228 wird zunehmend auch zur Entwicklungsbremse. Denn die extremen Wohlstandsgewinne ganz Oben
229 entstehen durch Marktmacht und nicht durch Leistung. Die wirklichen Leistungsträger in der Mitte
230 gewinnen kaum und tragen zudem immer größere Lasten, damit die ganze Chose noch funktioniert. Und
231 die ganz Unten erhalten immer weniger Chancen auf wirtschaftliche Teilhabe aus eigener Kraft. Das alles
232 demotiviert und verschüttet Potenziale. Hier muss umgesteuert werden!

233 Der Markt muss daher dem Gemeinwohl dienen. Das vergangene Jahrzehnt hat vorgeführt, was
234 deregulierte Märkte mit Volkswirtschaften, Gesellschaften und Staaten anstellen können. Wir brauchen
235 keine Wirtschaftsordnung, in der Mensch, Gesellschaft und Natur nur abhängige Variable einer
236 Marktlogik sind, die nach Verwertungskriterien über Lebenschancen entscheidet. Volkswirtschaft
237 bedeutet nicht Volk für die Wirtschaft, sondern Wirtschaft fürs Volk. Wir brauchen eine
238 Wirtschaftsordnung, die den Markt durch Normen und Regeln dem Gemeinwohl, der sozialen
239 Gerechtigkeit und der Bewahrung des Lebens unterordnet, und nicht der privaten Kapitalverwertung.
240 Um eine gerechtere Wirtschaftsordnung auf den Weg zu bringen, brauchen wir einen kompetenten Staat
241 als Vollstrecker demokratischer Willensbildung, der Regeln setzt, Impulse gibt und Innovation
242 unterstützt. Einen Staat, der die Kraft für vorausschauendes Handeln zur Bewahrung der natürlichen und
243 sozialen Voraussetzungen hat, auf denen unser Leben, unsere Kultur und unsere Wirtschaft beruhen. Für
244 seine gesellschaftlichen Aufgaben muss der Staat besser ausgerüstet werden. Das erfordert, die Schere
245 zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut zu schließen, indem die Vermögenden, die am
246 meisten von den bestehenden Verhältnissen profitiert haben, auch stärker zur Finanzierung öffentlicher
247 Aufgaben herangezogen werden. Mehr öffentlicher Reichtum bedeutet mehr Lebensqualität für Alle und
248 stärkt zudem den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Mehr staatliche Handlungskompetenz auf diesen
249 Politikfeldern wird von den Menschen aber nur dann als gerecht, solidarisch und nachhaltig akzeptiert
250 werden, wenn sie mit einer Ausweitung demokratischer Entscheidungsverfahren verknüpft ist.

251 Bei der Krisenbewältigung zeigte sich tatsächlich, dass die Dynamik der entfesselten Finanzmärkte, deren
252 Erwartungsdruck und deren Reaktionsmuster mit den Fristen und Regularien demokratischer
253 Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse kollidieren. Doch „die parlamentarische Mitbestimmung
254 so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist“, wie das Angela Merkel forderte, ist die falsche
255 Antwort. Anders herum wird ein Schuh daraus! Nein, die Banken mit ihren evident eigennützigen
256 Interessen taugen nicht als Oberhüter der Finanzwelt, ebenso wenig wie Börsen oder Rating-Agenturen.
257 Ja, ein handlungswilliger und handlungsfähiger, demokratisch legitimierter und demokratisch
258 funktionierender Staat ist nötig, um Wirtschaft und Gesellschaft vor den Auswüchsen des Casino-
259 Kapitalismus zu bewahren. Das ist mittlerweile zu einer großen, schicksalhaften Auseinandersetzung
260 geworden. Sie findet nicht fern auf Gipfelkonferenzen statt, sondern überall: bei den Protesten auf den
261 Straßen und Plätzen der Bankenviertel ebenso wie an der Wahlurne und in den täglichen politischen
262 Entscheidungsprozessen bei uns in Brandenburg - in Landesregierung und Landtag ebenso wie in der
263 breitesten Öffentlichkeit.

264 Was aber können wir in Brandenburg ausrichten?

265 Einiges! Land und Kommunen können mit ihren öffentlichen Investitionen klare Maßstäbe für die
266 Einhaltung sozialer und ökologischer Standards setzen. Durch Landesplanung,
267 Infrastrukturentscheidungen und Förderinstrumente kann nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
268 wirkungsvoll unterstützt werden. Demokratische Politik kann Impulse für mehr Beteiligungskultur in
269 Wirtschaft und Gesellschaft geben. Die Sozialpartner sind aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung
270 mehr innerbetriebliche Demokratie und Mitbestimmung zu wagen. Jeder kann an seinem Arbeitsplatz
271 oder in seinem sozialen Umfeld eine solidarische Kultur des Umgangs miteinander pflegen. Wir
272 ermuntern die Menschen dazu, ihre Angelegenheiten im zivilgesellschaftlichen Miteinander anzupacken
273 und Lösungen zu finden. Wir nehmen dieses Engagement zugleich dort als Impuls und Vorgabe auf, wo
274 staatliches Handeln notwendig ist.

275 Die Privatwirtschaft trägt sehr wohl eine Verantwortung für das Gemeinwohl und kann diese
276 Verantwortung durch praktische Maßnahmen untersetzen. Hierzu zählen die betrieblichen Investitionen
277 in das Human-, Sozial- und Organisationskapital, angemessener Entlohnung der Mitarbeiterinnen und
278 Mitarbeiter, gleicher Lohn für gleiche Leistung, die betriebliche Mitbestimmung, die firmeninterne bzw.
279 betriebsfinanzierte Aus- und Weiterbildung oder die Einrichtung einer eigenen Kinderbetreuung. Auch
280 die Ausrichtung der Produkte und Produktionsprozesse nach ökologischen Kriterien trägt zum
281 Gemeinwohl bei. Mit ihren Firmenphilosophien und im praktischen Handeln können Unternehmen viel
282 dazu beitragen, dass sich Werte und Normen eines respektvollen Umgangs miteinander, der
283 gegenseitigen Unterstützung, einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt sowie nachhaltigen Wirtschaftens
284 gegenüber plattem Gewinnstreben und Ellenbogenmentalität durchsetzen.

285 In Brandenburg gibt es hierfür schon heute eine Vielzahl von hervorragenden Beispielen für
286 gemeinwohlverpflichtetes unternehmerisches Handeln. Durch die Gestaltung der rechtlichen
287 Ordnungsrahmen, der öffentlichen Vergabeverfahren und der Förderkriterien soll dafür gesorgt werden,
288 dass solche guten Beispiele zur Norm werden und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen
289 generationenübergreifend erfolgreich sein können. Insbesondere sollten die ordnungspolitischen
290 Rahmenbedingungen für Genossenschaften verbessert werden, die bereits durch ihre Rechtsform ein
291 hohes Maß an sozialer Verantwortung sowie weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten für ihre
292 Mitglieder aufweisen. Hier geht es darum, bürokratische Hindernisse für die Gründung und den Betrieb
293 von Genossenschaften abzubauen und ihnen zumindest den gleichen Zugang zu Fördermitteln zu
294 gewähren, wie einzelnen Unternehmen.

295 **2. Innovative Wirtschaft – erfülltes Arbeitsleben – gerechte** 296 **Verteilung**

297 **2.1 Wirtschaftlicher Strukturwandel: Zukunftsfähigkeit durch Innovation**

298 Der vor zwei Jahrzehnten begonnene Prozess der Restrukturierung und Stabilisierung der Wirtschaft in
299 Brandenburg setzt sich weiter fort. Die Wirtschaftsstruktur wird von einer starken Industrie und einem
300 wachsenden Dienstleistungssektor geprägt, wobei sich die Branche der Unternehmensdienstleistungen
301 besonders dynamisch entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2010 bei 55,8 Mrd. Euro und
302 übertraf den Vergleichswert aus dem Jahr 1991 um das 2,2-fache. Während der vergangenen Dekade
303 wuchs das BIP schneller als im ost- und gesamtdeutschen Durchschnitt.

304 Die wirtschaftliche Dynamik wurde auch vom konjunkturellen Einbruch zwischen 2008 und 2010 nicht
305 nachhaltig gebremst. Eine weit größere Herausforderung als die konjunkturellen Schwankungen stellen
306 strukturelle Defizite und Ungleichgewichte dar, die einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in
307 Brandenburg noch im Wege stehen. Es mangelt an industriellen Kernen, die Innovationsimpulse geben
308 und regionale Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern bilden. Im Vergleich zu anderen
309 Bundesländern sind die Ausrüstungsinvestitionen unterdurchschnittlich gewachsen. Der wirtschaftliche
310 Aufholprozess zu den alten Ländern hat sich verlangsamt, wobei große regionale Unterschiede zwischen
311 der Metropolregion um Berlin und dem ländlichen Raum zu verzeichnen sind. Es gibt noch wenige
312 Funktionseinheiten mit hoher Wertschöpfung und Humankapitalintensität. Der Anteil von Forschung und
313 Entwicklung an der Wirtschaftsleistung liegt nur bei 1,4 Prozent und damit deutlich unter dem

314 bundesdeutschen Durchschnitt. Der vergleichsweise geringe Studierendenanteil in den MINT-Fächern
315 wirkt für den Aufbau einer wissensbasierten nachhaltigen Wirtschaftsstruktur ebenfalls als
316 Entwicklungsbremse.

317 Um eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten, setzt Brandenburg auf einen integrativen
318 ressortübergreifenden Politikansatz für die Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Technologiepolitik,
319 Infrastrukturpolitik, ländlicher Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik. Nach den zum Teil ernüchternden
320 Erfahrungen mit industriepolitisch gepuschten Großprojekten auf der grünen Wiese verfolgt das Land
321 nun eine Strategie, die sich auf die vorhandenen eigenen Stärken und die daraus erwachsenden
322 Potenziale stützt. Entwicklung wird dort unterstützt, wo sie sich vollzieht. Die wirtschaftspolitischen
323 Handlungsschwerpunkte werden auf Wachstumsbranchen und Regionale Wachstumskerne gelegt.

324 Die Wachstumsbranchen, die bislang in
325 Branchenkompetenzfeldern zusammengefasst
326 waren, sollen zu Kompetenzclustern
327 weiterentwickelt werden. Von dieser
328 Clusterbildung wird ein Innovationsschub
329 erwartet, der Impulse und Synergien für das
330 gesamte Wirtschaftsgeschehen im Land auslöst
331 und damit auch die bisherigen strukturellen

Projektvorschlag:

Priorität für Förderung von Kompetenzclustern in
Wachstumsbranchen; Sektorale und regionale
Wirtschaftsförderung weiter zusammenführen;
Eigenkapitalstärkung der KMU fortsetzen

332 Defizite überwindet. Die Entwicklung international wettbewerbsfähiger Kompetenzcluster kann nur
333 gelingen, wenn Brandenburg und Berlin ihre Kräfte vereinigen, insbesondere in Forschung und
334 Entwicklung. Der Großraum Berlin-Brandenburg weist mit 7 Universitäten, 21 Hoch- und Fachschulen
335 sowie rund 250 Forschungsinstituten eine europaweit einmalige Dichte an wissenschaftlichen
336 Einrichtungen auf, die ein herausragendes Innovationspotenzial darstellen. Dieser Tatsache Rechnung
337 tragend, haben wir eine gemeinsame Innovationsstrategie auf den Weg gebracht. Damit ist es erstmals in
338 der Bundesrepublik gelungen, eine länderübergreifende Strategie zu entwickeln. Im Rahmen der
339 Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg wurden fünf gemeinsame Kompetenzcluster ausgewählt. Die
340 Entwicklung solcher Cluster beschränkt sich aber nicht auf die Zusammenarbeit mit Berlin. Um den
341 spezifischen Brandenburger Verhältnissen Rechnung zu tragen, wurden vier brandenburgspezifische
342 Cluster etabliert. Die Förderung der Kompetenzcluster soll künftig neben der Verbesserung der
343 Eigenkapitalausstattung absolute Priorität genießen, auch angesichts des Rückgangs der zur Verfügung
344 stehenden Mittel. Gerade letzteres muss dazu führen, in der nichtmonetären Förderung eine neue
345 Qualität zu erreichen.

346 Die Förderung von Kompetenzclustern allein ist nicht hinreichend. Einerseits muss sie flankiert werden
347 durch eine moderne Industriepolitik. Der vom LINKS geführten Wirtschaftsministerium vorgelegte Plan
348 „Pro Industrie“ ist dabei eine Grundlage für die weitere Entwicklung Brandenburgs als Industrieland.
349 Andererseits geht es um eine Strukturpolitik, die Impulse für alle Regionen setzt und krasse Disparitäten
350 verhindert. Jede Region hat ein Recht darauf, bei der Aktivierung ihrer Potenziale und Überwindung
351 ihrer Schwächen vom Land unterstützt zu werden. Deshalb muss es auch weiterhin um die
352 Zusammenführung von sektoraler und regionaler Wirtschaftsförderung gehen. Die Aufhebung der
353 regionalen Bindung für die Förderung von Branchenkompetenzen war dazu ein wichtiger Schritt. Die 15
354 Regionalen Wachstumskerne, die über besondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale
355 verfügen, sind über ganz Brandenburg verteilt. Die Förderung dieser Wachstumskerne wird durch EU-
356 wie auch Landesmittel fortgesetzt, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Breite zu unterstützen und
357 somit die ökonomischen Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnissen im ganzen Land zu schaffen.
358 Dies gilt auch für die technische und soziale Infrastruktur.

359 Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind die Hauptträger von Wirtschaftsentwicklung und
360 Beschäftigung im Land Brandenburg. Sie bilden das Rückgrat einer robusten und wettbewerbsfähigen
361 Wirtschaftsstruktur. Sie haben sich im konjunkturellen Auf und Ab als Grundpfeiler für Stabilität und
362 Krisenresistenz erwiesen. Auch deshalb bildet die Förderung dieser Unternehmen einen wesentlichen
363 strategischen Schwerpunkt in der neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung des Landes und bleibt eine
364 wirtschaftspolitische Daueraufgabe. Handlungsschwerpunkte sind die Substanzpflege und die Stärkung
365 der Innovationskraft der KMU. Das Programm zur Eigenkapitalstärkung von KMU, das wir in der ersten
366 Legislaturperiode von Rot-Rot aufgelegt haben, muss kontinuierlich fortgesetzt werden. Die Förderung
367 von Existenzgründungen, die Investitionsförderung und der Technologietransfer sind feste Bestandteile
368 der Förderpolitik. Die maximalen Fördersätze für kleine und mittlere Unternehmen sollen weiterhin

369 deutlich höher liegen als für Großbetriebe. Auf der Tagesordnung steht auch eine Verbesserung der
370 sozialen Absicherung von Selbständigen und kleinen Unternehmern mit vergleichbaren Rechten und
371 Pflichten wie bei Arbeitnehmern.

372 Internationalität ist seit Jahren eine Grundvoraussetzung und ein wichtiger Pfeiler wirtschaftlich
373 ökologisch nachhaltiger Zukunftsfähigkeit unseres Landes und wirkt stabilisierend in Europa und
374 darüber hinaus. Brandenburg ist ein gefragter Handels- und Wirtschaftspartner. Die
375 Außenwirtschaftsbeziehungen zu unseren Nachbarn in Polen und in anderen mittel- und osteuropäischen
376 Ländern, aber auch in den Ostseeraum, nach Westeuropa und nach Übersee sind - auch und gerade im
377 Rahmen von EU-Programmen - stetig gewachsen. Unser Land betreibt für sich und seine Partner
378 gegenseitig gewinnbringende Kooperation rund um die Welt, im Rahmen grenzüberschreitender
379 nachbarschaftlicher, interregionaler, transnationaler bis hin zu internationaler Zusammenarbeit über die
380 europäischen Grenzen hinaus. Dem Nachbarland Polen kommt eine besondere Rolle zu; es ist unser
381 wichtigstes Partnerland in der EU. Die Partnerschaftsbeauftragten in Polen und Rumänien und das
382 geplante Verbindungsbüro des Landes in Szczecin sollen als Bindeglied zwischen Landespolitik,
383 Wirtschaft und Gesellschaft in Brandenburg und den Partnerregionen wirken.

384 Die Potenziale der Brandenburger Wirtschaft sollen dabei noch mehr als bisher entwicklungspolitisch
385 zum Tragen kommen. Brandenburger Know-how soll weltweit für die Unterstützung von ressourcen- und
386 klimagerechten Wirtschaftsstrukturen und für eine nachhaltige, friedliche Entwicklung nutzbar gemacht
387 werden. Hierzu trägt auch die vielgestaltige internationale Zusammenarbeit der Ressorts der
388 Landesregierung bei. Ein breiter wirtschaftlicher Informations- und Erfahrungstransfer nutzt nicht nur
389 den Partnern, sondern auch Brandenburg. Er sichert nicht zuletzt auch Arbeitsplätze.

390 **2.2 Auf dem Weg zu einer Förderarchitektur der Nachhaltigkeit**

391 Die Wirtschaftspolitik in Brandenburg muss wirksame Anreize und klare Rahmenbedingungen für eine
392 energie- und ressourceneffiziente Produktionsweise schaffen, um die technologische Erneuerung
393 voranzutreiben und eine höhere Wertschöpfung zu erzielen. Nachhaltige Strukturentwicklung orientiert
394 nicht auf die Finanzierung »verlängerter Werkbänke« in strukturschwachen Regionen, sondern auf sozial-
395 ökologische Innovation als industrielle Basis der Regionalentwicklung. Der Brandenburgische Plan
396 ProIndustrie setzt auf die Verbindung von Forschung, Entwicklung und Produktion in eigenständigen
397 Wertschöpfungsketten. In besonders zukunftssträchtigen Bereichen muss auch die Forschung besonders
398 gefördert werden. Geeignete Förderinstrumente sind Zuschüsse, zinsgünstige Darlehen und
399 Steuerbefreiung. Wichtig ist es zudem, die Kreativwirtschaft als Mittler zwischen Forschung und
400 Verwertung zu ertüchtigen, die Potenziale für eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit hoher
401 Wertschöpfung zu aktivieren (speziell in Gesundheit und Pflege) sowie regionaler Kreisläufe und
402 nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen.

403 Für den Einsatz öffentlicher Mittel bilden sich neue Maßstäbe heraus. In Brandenburg hat der Umbau der
404 Förderarchitektur bereits begonnen. Neben engen betriebswirtschaftlichen Effekten und der Entwicklung
405 industrieller Potenziale rücken soziale und Innovationskriterien immer stärker in den Fokus. Fördermittel
406 werden an Tarifbindung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekoppelt. Leiharbeit
407 wird bekämpft, führt schon bei Quoten über 10 Prozent zu reduzierten Zuwendungen und bewirkt bei
408 einem Anteil von mehr als 30 Prozent einen gänzlichen Förderausschluss. Demgegenüber werden
409 Maßnahmen für familienfreundliche Beschäftigung und Mitbestimmung im Betrieb beim
410 Fördermittelentscheid besonders gewürdigt. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden.

411 Da die finanziellen Spielräume durch das Auslaufen des Solidarpakts, die Haushaltskonsolidierung in
412 Land und Bund sowie das Abschmelzen der Europäischen Strukturfonds in den kommenden Jahren
413 geringer werden, müssen die verbliebenen Mittel umso konsequenter auf die Handlungsschwerpunkte
414 konzentriert werden. Immerhin standen in der Förderperiode 2007 bis 2013 noch 3,2 Mrd. Euro an
415 Mitteln aus EU-Fonds für Brandenburg zur Verfügung. Die Programme der Europäischen Union haben in
416 den vergangenen 2 Jahrzehnten ganz wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land
417 beigetragen.

418 Die EU-Fonds sollen in Brandenburg zielgerichtet eingesetzt werden, um wissensbasiertes nachhaltiges
419 Wirtschaften fördern und den sozial-ökologischen Umbau in Brandenburg voranbringen. Das vorhandene

420 Geld soll vordringlich für besonders zukunftswirksame Investitionen in Bildung, Wissenschaft und
421 Innovation genutzt werden. Im Mittelpunkt muss künftig die Förderung der Kompetenzcluster und
422 regionalen Wachstumskerne, der Innovationsverbund mit Berlin, die Fachkräftesicherung sowie die
423 schonende und effiziente Ressourcennutzung und der Ausbau erneuerbarer Energien liegen. Darüber
424 hinaus gibt es für Brandenburg eine Reihe von drängenden Querschnittsaufgaben, zu deren Lösung
425 vielfach auch die EU-Fonds herangezogen werden können. Hierzu zählen die Bewältigung des
426 demografischen Wandels, die verzahnte Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen, die
427 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen EU in allen
428 Wirtschaftsbereichen sowie Bildung und lebenslanges Lernen, Beschäftigungsförderung und soziale
429 Eingliederung.

430 Auf lange Sicht brauchen wir eine integrierte öffentliche
431 Investitionsstrategie - ein Investitionsprogramm 2020
432 plus, das ressortübergreifend und koordiniert mit den
433 Kommunen alle Vorhaben von Wirtschaftsförderung,
434 Infrastrukturentwicklung, Bildung und Forschung,
435 Umweltschutz, Kultur und Freizeit zusammenführt,
436 welche zur Stärkung der »harten« und »weichen«
437 Komponenten des Wirtschaftsstandorts Brandenburg
438 beitragen und somit unser Land für private Investoren wie auch für Fachkräfte attraktiv machen.

Projektvorschlag:

Investitionsprogramm 2020 plus -
ressortübergreifend und koordiniert mit
den Kommunen Ressourcen zusammen-
führend, um Brandenburg/Berlin zu einer
Innovationsregion zu entwickeln

439 **2.3 Die Energiewende – tiefgreifender gesellschaftlicher Strukturwandel** 440 **in Richtung Nachhaltigkeit**

441 Energieversorgung - kontinuierlich und zu sozial verträglichen Preisen - ist ein wesentlicher Bestandteil
442 der Daseinsvorsorge und Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

443 Brandenburg ist Energieland und will Energieland bleiben. Es war und ist noch ein Land der
444 Braunkohlenförderung und Braunkohleverstromung - es ist bereits und wird in zunehmendem Maße ein
445 Land der Erneuerbaren Energien. Schon jetzt hat unser Land dabei eine Vorreiterrolle in Deutschland und
446 Europa inne. Mit der von der rot-roten Koalition beschlossenen Energiestrategie 2030 geht Brandenburg
447 einen weiteren wichtigen Schritt - vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin
448 zur Gestaltung des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. Kern
449 ist dabei die Systemintegration Erneuerbarer Energien. Wir rücken damit eine Basistechnologie unserer
450 Zeit ins Zentrum politischer, ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Anstrengungen und
451 Veränderungen. Damit werden nicht nur technische Innovationen herausgefordert.

452 In der Energieerzeugung erfolgt der Übergang von der Zentralität zur Dezentralität. Auf der
453 Unternehmensseite fächert sich die Struktur auf - die Bedeutung des bisherigen Monopolisten Vattenfall
454 geht zurück, neue Unternehmen treten auf, neue Organisationschancen können und müssen genutzt
455 werden.

456 Das zukünftige Energiewirtschaftssystem wird dezentraler und mittelständischer geprägt sein. Es
457 zeichnen sich weitreichende Veränderungen vor allem in den Erzeugungs- und Netzinfrastrukturen ab.
458 Stadtwerke als wesentlicher Eckpfeiler einer nachhaltigkeitsgerecht fortentwickelten Energiewirtschaft
459 sind mit ihren dezentralen Erzeugungs- sowie Netzinfrastrukturen und Energiedienstleistungen
460 verlässliche Partner. Mit ihren geplanten umfangreichen Investitionen in effizientere Kraftwerke, die
461 Erhaltung und Erweiterung der zukünftig »intelligenten« Verteilernetze sowie durch den Ausbau ihres
462 Energiedienstleistungsangebots für die Wirtschaft und die Privatkunden können Stadtwerke auch einen
463 beachtlichen Beitrag zur Erreichung der gesellschaftlich gewollten Energiewende leisten. Das
464 Engagement der Stadtwerke ist in wesentlichem Maße darauf angewiesen, dass langfristig belastbare
465 ordnungspolitische Rahmenbedingungen gesetzt und die kommunale Energiewirtschaft auf ausreichende
466 Investitionsanreize vertrauen kann. Wir setzen langfristig auf Energienetze in öffentlicher Hand.

467 Im Zuge der Energiewende verwandeln sich bisherige Schwächen in gefragte Ressourcen - Flächen in
468 dünn besiedelten Gebieten können in Wind- oder Solarparks umgewandelt werden. Neue Konkurrenzen
469 entstehen - bei der Frage, ob Äcker landwirtschaftliche Nutzfläche bleiben oder dem Anbau von

470 Biomasse nutzen sollen. Bürgerinteressen werden berührt; für viele bricht der bislang abstrakte Wunsch
471 nach Erneuerbaren Energien an der Frage, ob und wie weit sie das eigene Lebensumfeld verändern
472 dürfen. Bürgerinnen und Bürger wie auch Gemeinden fragen sich, ob sie den Aufbau einer Erneuerbare-
473 Energien-Wirtschaft fremden Investoren überlassen sollen, oder ob sie sich selbst engagieren, ob sie
474 selbst investieren – zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der Allgemeinheit.

475 Beteiligung an den Prozessen der Energiewende bedeutet aber nicht nur Beteiligung an
476 Planungsprozessen. Es bedeutet vielmehr auch, Wege aufzuzeigen, wie Bürgerinnen und Bürger und
477 Kommunen direkt Vorteile aus der dezentralen Stromproduktion ziehen können. Mit der vom
478 Wirtschaftsministerium vorgelegten Studie zu Bürgerbeteiligungsmodellen werde dazu Wege
479 vorgeschlagen. Neue Chancen, neue Interessen keimen auf. Das Veränderungspotenzial der Erneuerbaren
480 Energien ist größer, als es durch eine Top-Down-Strategie von Landespolitik und interessierten
481 Unternehmen ausgeschöpft werden könnte. Politik und (umwelt-)politisch Engagierte können und müssen
482 mehr leisten, als für die Erneuerbaren Energien zu werben oder Widerstand von Bürgerinnen und
483 Bürgern aus höherer Überzeugung tapfer argumentativ zu widerstehen.

484 Wer die Gesellschaft nach vorn verändern will, muss Interessen daran wecken, organisieren, unterstützen
485 und bündeln. Warum sollen Menschen nur individuell ihr eigenes Haus mit Solarzellen energetisch
486 unabhängig machen? Wir wollen erreichen, dass das auch ganze Gemeinden, Kieze oder
487 Eigentümergeinschaften tun. Man kann kommunale oder Bürger-Genossenschaften bilden, die kleine
488 Wind- oder Solarparks betreiben – zum Nutzen der Kommune, zum Nutzen der Einzelnen.
489 Erfolgversprechende Pilotprojekte und kluge Modelle dafür gibt es. Diese Impulse sind von der
490 Landesregierung bereits in vielfältiger Art und Weise aufgegriffen worden – das muss kraftvoll und in
491 der Breite fortgesetzt werden. Die Basis dafür ist gegeben: Akzeptanz und Beteiligung sind als neuer
492 Bestandteil in das bisherige Zieldreieck von Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit
493 und Wirtschaftlichkeit aufgenommen worden. Durch das REN plus-Programm werden Regionale
494 Planungsgemeinschaften und Kommunen bei der Erstellung regionaler Energiekonzepte unterstützt.
495 Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz werden durch ein aus
496 Landes- und EU-Mitteln finanziertes Programm der ILB gefördert.

497 Schon heute gibt es Kommunen, die zur Produktion von
498 Energie zum Eigenbedarf übergegangen sind. Diese
499 Entwicklung führt zur Bildung von Gemeineigentum bzw.
500 genossenschaftlichem Eigentum, stärkt somit Demokratie,
501 Selbstgestaltung und Selbstverwaltung in den Gemeinden
502 und bringt Unabhängigkeit von den Energiemonopolen.

Projektvorschlag:

Energiewende in Bürgerhand – Bürger-
und Kommunalgenossenschaften
betreiben Wind- und Solarparks

503 Kommunale bzw. genossenschaftliche Energievorhaben müssen noch wirksamer gefördert werden. Dies
504 betrifft Konzepterstellung und Umsetzung, Coaching und Verbreitung von Best Practices, aber auch den
505 Abbau rechtlicher und administrativer Hürden sowie die fachliche Unterstützung in juristischen und
506 finanziellen Auseinandersetzungen mit den Monopolisten

507 Wir brauchen ein neues Verhältnis von Zentralität und Dezentralität in der Energieversorgung. Wir
508 stehen zu dem Grundsatz, Energie am besten dort zu produzieren, wo sie auch verbraucht wird. Daher
509 sollen Konzepte zur dezentralen Energieversorgung auf lokaler Ebene sowie deren Umsetzung gefördert
510 werden. Hierzu zählen insbesondere gemeinschaftliche Unternehmungen wie Energiegenossenschaften
511 und Bioenergiedörfer.

512 Der Umstieg auf Erneuerbare Energien wird uns nur gelingen, wenn wir in einen breiten
513 gesellschaftlichen Grundkonsens erzeugen und eine wirksame bürgerschaftliche Mitsprache etablieren.
514 Genau diesen Gedanken greift die Akzeptanzstrategie des Ministeriums für Wirtschaft und
515 Europangelegenheiten auf. Für den Aufbau von Kapazitäten zur regenerativen Energiegewinnung ist eine
516 effektive Planungsbeteiligung und wirtschaftliche Teilhabe der Menschen vor Ort unabdingbar. Die
517 Förderinstrumente sollen konsequent auf den gesamtwirtschaftlichen Nutzen für Land und Gemeinde
518 ausgerichtet werden. Wir brauchen keine neuen Abschreibungsmodelle für Privatvermögen, die
519 individuelle Gewinne sichern und das wirtschaftliche Risiko den Stromabnehmern bzw. der öffentlichen
520 Hand überhelfen. Darüber hinaus muss die Energiewende sozial gestaltet werden, bezahlbare Strompreise
521 müssen gewährleistet sein.

522 Strukturwandel wird nie ein eindimensionaler, widerspruchsfreier Vorgang sein. Strukturwandel ist die
523 Gleichzeitigkeit von Vergehen und Entstehen, er ist das möglichst vorwärts gewandte Lösen von

524 Konflikten. Mit dem Erstarren der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der
525 Braunkohleverstromung heran. Eine Vollversorgung Brandenburgs und Berlins aus erneuerbarem Strom
526 zu jeder Stunde des Jahres ist spätestens bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch möglich; die Energiestrategie
527 2030 hält sogar einen früheren Zeitpunkt für möglich. Dies auch technisch zu ermöglichen, setzt aber die
528 Speicherfähigkeit der Erneuerbaren Energien und, wie in der Energiestrategie als Aufgabe benannt, deren
529 Systemintegration voraus.

530 Die Vorreiterrolle Brandenburgs und die bisher aufgebauten Kapazitäten bei der Erzeugung Erneuerbarer
531 Energien bieten auch die Chance für eine engere Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin bei
532 der Bewältigung der Energiewende.

533 Für die Region Brandenburg-Berlin verbindet sich damit
534 eine große Chance - aber auch eine Vielzahl ungelöster
535 Aufgaben. Berlin sucht nach Möglichkeiten, sich
536 zunehmend aus Erneuerbaren Energiequellen zu
537 versorgen - nicht nur durch die Erzeugung von
538 Windenergie auf den in Brandenburg gelegenen
539 Stadtgütern. Das wiederum ist nicht auf jeder der
540 betroffenen Flächen möglich. Die Befreiung Berlins aus

Projektvorschlag:

Brandenburg und Berlin gemeinsam
forcieren die Versorgung des
Ballungsraumes mit preiswerter und
versorgungssicherer Energie aus
regenerativen Quellen

541 seiner energietechnischen „Insellage“ ist eine Schlüsselfrage der Energiewende, die auf Dezentralität
542 nicht nur im lokalen, sondern auch im regionalen Maßstab beruht. Berlin wird die Energiewende mit
543 einem „Insel-Stromnetz“ nicht schaffen - Brandenburg und Brandenburg aber haben gemeinsam die
544 Kapazitäten, den Ballungsraum perspektivisch mit Erneuerbaren Energien zu versorgen. Jetzt müssen
545 auch die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

546 Die Region Berlin-Brandenburg ist jedoch kein autarkes
547 Versorgungsgebiet. Brandenburg ist fest eingebunden im
548 deutschen bzw. europäischen Energieverbund - und wird
549 dort auch gebraucht, so lange z. B. Länder wie Baden-
550 Württemberg den Ausfall des dort erzeugten Atomstroms
551 nicht aus selbst produzierten Erneuerbaren Energien oder
552 durch Zulieferungen von Überschüssen aus Erneuerbaren Energien aus dem Norden Deutschlands
553 kompensieren können. Dafür allerdings müssen die notwendigen Netze und Speichertechnologien erst
554 kommen.

Projektvorschlag:

Technologieoffene Förderung von
Projekten zur Speicherung regenerativer
Energien aus regenerativen Quellen

555 An einem weiteren Netzausbau kommen wir also nicht vorbei. Die Erfahrung lehrt uns allerdings
556 erhebliche Skepsis gegenüber Großvorhaben von Großakteuren, deren langfristige Folgewirkungen für
557 Mensch, Natur und öffentliche Finanzen nicht wirklich absehbar sind. Weitläufige Stromexporte
558 verursachen letztlich vermeidbare Netzausbau- und Durchleitungskosten; sie verzögern die Erschließung
559 regenerativer Energiequellen und Energiespeicher.

560 Also: so viele Großstrukturen wie nötig, so viele dezentrale Erzeuger wie möglich. Und: Großindustrielle
561 Verbraucher müssen für ihre energetische Selbstversorgung aus regenerativen Quellen und Speichern
562 vor Ort Verantwortung übernehmen.

563 Wir wollen eine Demokratisierung der Energieversorgung, die uns unabhängig von den
564 Investitionsstrategien und Preisdiktaten der Monopolversorger macht. Man kann auch darüber
565 nachdenken, ob Netzautobahnen nicht ähnlich betrieben werden sollten, wie Bundesautobahnen: Ein
566 staatliches Netz, auf dem gegen angemessenes Nutzungsentgelt alle Produzenten ihre Angebote
567 gleichberechtigt an den Verbraucher bringen können, ohne Erpressungspotenzial der Monopolisten und
568 mit einer Mindestkapazität zur Stromerzeugung bei sporadischen Deltas.

569 Nicht nur für den Netzausbau aber hat der Bund seit der jähren Wende zum Atomausstieg in der letzten
570 Legislaturperiode keine Strategie, keine Koordination und keinen Masterplan. Das EEG ist dringend
571 reformbedürftig, umlagefinanzierte Anreize stoßen an ihre Grenzen. Anreize fehlen oder laufen aus - mit
572 dramatischen Folgen wie für die Solarindustrie. Wirksame Finanzierungsinstrumente sind nicht
573 vorhanden, gegen die wachsenden Energiekosten für die Verbraucher fehlt ein Konzept. Hier besteht
574 dringender Änderungsbedarf! Brandenburg allein kann diese Defizite nicht kompensieren. Welche
575 widersprüchlichen Effekte mit der Energiewende einhergehen, wird im ländlichen Raum besonders
576 deutlich. Die Wende hin zu den Erneuerbaren Energien trägt mit zu einer Flächennutzungskonkurrenz

577 bei, für die es vernünftige Kriterien und Rahmen braucht. Der weiter um sich greifende Anbau von
578 Energiepflanzen löst nicht nur Ackerland aus dem Bestand landwirtschaftlicher, also auf
579 Nahrungsmittelproduktion ausgerichteter Nutzfläche heraus, sondern droht die Böden auszulaugen, weil
580 Fruchtwechsel nicht stattfinden. Ein anderer Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche geht an Bau- und
581 Infrastrukturprojekte, aber auch an den Naturschutz verloren.

582 Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, die einen hohen regionalen Verarbeitungsgrad
583 haben, sind dennoch zu recht fester Bestandteil künftiger Entwicklung im ländlichen Raum. Das Dorf
584 muss aber sowohl in seiner traditionellen Rolle als Lebensmittelproduzent als auch in den neuen
585 Funktionen als Landschaftspfleger und Hersteller nachwachsender Rohstoffe eine Perspektive erhalten.

586 Je schneller es uns gelingt, unser vordringliches Vorhaben, die Energieversorgung aus erneuerbaren
587 Quellen und deren Systemintegration, so umzusetzen, dass zugleich Grundlastfähigkeit und
588 Versorgungssicherheit zu sozial verträglichen Preisen gewährleistet sind, desto eher ist es möglich, aus
589 der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern auszusteigen. In diesem Sinne betrachten wir die
590 Braunkohleverstromung als Brückentechnologie - sie darf nur solange wie nötig fortgesetzt und muss so
591 früh wie möglich beendet werden. Unser Ziel ist, dass spätestens ab 2040 keine einheimische Braunkohle
592 mehr verstromt wird. Den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung wollen wir in einer Art und Weise
593 gestalten, dass Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt, die bislang in der Braunkohle Beschäftigten
594 solidarisch eingebunden werden und die Kosten sozial gerecht verteilt werden.

595 Der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien und deren Systemintegration bringt einen tiefgreifenden
596 Strukturwandel in Brandenburg mit sich, der weit über technische Erneuerungen hinausgeht. Änderung
597 der Erzeugerstrukturen, unmittelbare Betroffenheit an Standorten der Energieerzeugung, neue
598 Eigentümerstrukturen und nicht zuletzt auch die Entwicklung neuer Technologien stellen neue
599 Ansprüche an regionale Entwicklungen. Davon ist nicht nur die Lausitz betroffen. Wir unterstützen
600 deshalb für alle Regionen Strategien, die sich den neuen Bedingungen stellen und durch die Akteure vor
601 Ort selbst entwickelt und getragen werden.

602 Das alles sind keine Herausforderungen erst der Zukunft, sondern schon der Gegenwart.

603 **2.4 Nachhaltige Landwirtschaft voranbringen**

604 In Brandenburg hat sich eine leistungsfähige Landwirtschaft herausgebildet, die erheblich zur
605 ökonomischen und sozial-ökologischen Entwicklung im ländlichen Raum beiträgt. Weite Bereiche der
606 Landwirtschaft werden von hochproduktiven Agrarbetrieben geprägt. Manche sind aus früheren
607 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hervorgegangen, aber landwirtschaftliche
608 Großbetriebe hat es in Brandenburg schon immer gegeben, sie waren Teil der märkischen Agrikultur.
609 Ihre wirtschaftliche Kompetenz sollte künftig noch wirksamer für den Aufbau regionaler
610 Wirtschaftskreisläufe und für die Entwicklung einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft
611 genutzt werden.

612 Es gibt Unterschiede, aber keinen Gegensatz zwischen Agrarbetrieben und Bauernhöfen. Eine
613 verantwortliche Agrarpolitik wird dafür sorgen, dass die hohen qualitativen und ökologischen
614 Anforderungen an Produkt und Herstellungsverfahren von allen landwirtschaftlichen Produzenten zu
615 jeder Zeit eingehalten werden - unabhängig von der Betriebsgröße. Hierzu bedarf es auch einer
616 kontinuierlichen Evaluierung und Erneuerung der Prüf- und Kontrollverfahren. Die gegenseitige
617 Ergänzung von größeren Agrarbetrieben und kleinteiligen bäuerlichen Wirtschaftsformen zählt zu den
618 Grundpfeilern einer stabilen und nachhaltigen Landwirtschaft in Brandenburg. Das soll auch so bleiben.

619 Die Agrarpolitik sollte so ausgestaltet werden, dass sie stärker als Strukturpolitik wirkt, regionale
620 Wirtschaftskreisläufe stärkt und kreative örtliche Potenziale entfaltet, damit ein größerer Teil der
621 Wertschöpfung im Dorf erfolgt. Dies gilt ganz besonders in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Der
622 Aufbau regionaler Verwertungs- und Vermarktungsstrukturen soll durch verbesserte Infrastruktur und
623 Förderung von Pilotprojekten unterstützt werden. Berlin spielt dabei als Markt für brandenburgische
624 Produkte eine entscheidende Rolle. Regionalen und lokalen Kreativitätspotenzialen für die Vernetzung
625 von landwirtschaftlicher Produktion, Handwerk, Gemeinwesenstrukturen und Tourismus muss mehr
626 Raum zur Entfaltung gegeben werden. Solche Wirkungszusammenhänge begründen wirtschaftliche

627 Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Integration auf dem flachen Land. Sie stehen in der Tradition
628 märkischen Lebens und machen das kulturelle Erbe für unsere Zukunft fruchtbar.

629 Der ökologische Landbau in Brandenburg hat während der vergangenen zwei Jahrzehnte einen enormen
630 Aufschwung erfahren. Jeder achte Agrarbetrieb in Brandenburg wirtschaftet ökologisch. Mehr als 10
631 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus
632 bewirtschaftet. Die Verbreitung eines qualitäts- und umweltbewussten Verbraucherverhaltens hat den
633 Markt für ökologisch erzeugte Produkte in den vergangenen Jahren anwachsen lassen. Dennoch werden
634 die Nachfragepotenziale für hochwertige Bioprodukte, die speziell in Berlin, aber auch in anderen
635 Großstädten und Ballungsräumen bestehen, bislang bei Weitem nicht ausgeschöpft. Im Land müssen
636 Projekte zur Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen des ökologischen Landbaus besser
637 unterstützt werden. Die Qualitätsmarke Brandenburg muss über Region und Land hinaus massiver und
638 wirkungsvoller platziert werden.

639 In der Agrarpolitik ist Gentechnik eine Gretchenfrage. DIE LINKE lehnt Gentechnik in der Landwirtschaft
640 grundsätzlich ab, denn Gentechnik in landwirtschaftlichen Produkten widerspricht den Interessen der
641 Verbraucher, ist mit nicht abschätzbaren Risiken verbunden und nicht mehr rückholbar. Landwirte
642 werden in die Abhängigkeit von Saatgutunternehmen getrieben. Für den ökologischen Landbau zählt die
643 Bewahrung von gentechnikfreien Räumen zu den unabdingbaren Voraussetzungen. Solche Initiativen
644 brauchen angesichts komplizierter rechtlicher Aspekte und vielfältiger Interessenlagen von Beteiligten
645 und Betroffenen eine engagierte landespolitische Unterstützung mit Rat und Tat.

646 Die Sicherung der Daseinsvorsorge durch Nahrungsmittel- und Energieproduktion sowie die Bedeutung
647 des ländlichen Raums für Mensch, Landschaft und Wirtschaft rechtfertigen auch zukünftig einen
648 erheblichen Fördermitteleinsatz aus dem EU-Haushalt. Besser als bisher muss es in der nächsten EU-
649 Förderperiode gelingen, diese Ziele mit anderen gesellschaftlichen Anforderungen wie dem Schutz der
650 natürlichen Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt zu verbinden. Der Förderung von
651 Arbeitsplätzen und Guter Arbeit muss ein besonderer Stellenwert beigemessen werden. Die hierfür
652 notwendige Kapitalausstattung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze sollte weiterhin über
653 Investitionszuschüsse unterstützt werden. Der Abgleich der unterschiedlichen öffentlichen Interessen bei
654 der Gestaltung und Umsetzung der Agrarförderung ist eine große Herausforderung für die Agrarpolitik
655 auf EU-, Bundes- und Landesebene. Die im Juni 2013 beschlossene Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik
656 zielt auf gerechtere Verteilung der EU-Gelder an die Landwirte sowie auf mehr Nachhaltigkeit durch
657 Bindung der Direktzahlungen an ökologische Kriterien ab. Diese Beschlüsse sind die Antwort der EU auf
658 die Herausforderungen der Ernährungssicherheit, des Klimawandels, des Wachstums und der
659 Beschäftigungssituation in ländlichen Gebieten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

660 Die Verfügbarkeit des Bodens als Produktionsfläche ist unabdingbare Voraussetzung für eine
661 funktionierende Landwirtschaft. Der Staat darf durch seine Privatisierungspolitik nicht Boden und
662 Betriebe in die Hände landwirtschaftsfremder Investoren treiben, sondern muss vielmehr eine gesunde
663 Landwirtschaftsstruktur und den Verbleib von Wertschöpfung in der Region sichern. Dies gilt im Grunde
664 auch für die Forstwirtschaft.

665 **2.5 Qualifiziert arbeiten für ein Leben in Würde**

666 In der heutigen Gesellschaft bestimmt faktisch die Erwerbsarbeit über das Maß an gesellschaftlicher
667 Teilhabe. Obwohl menschliche Arbeit weitaus mehr umfasst, ist die Erwerbsarbeit Hauptquelle des
668 materiellen Wohlstands, gehört zu einem sinnerfüllten Leben und prägt den sozialen Status. Zu den
669 Prinzipien einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zählen in diesem Zusammenhang die
670 Vergütung nach Leistung, die Chancengleichheit im Berufsleben und die besondere Unterstützung derer,
671 die zur Wahrnehmung von Chancengleichheit physische, mentale oder soziale Barrieren überwinden
672 müssen. Zum erfüllten Arbeitsleben gehören die demokratische Mitbestimmung im Betrieb und die
673 gesellschaftliche Würdigung guter Arbeit.

674 Gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind eine Forderung, die in der Mitte der
675 Gesellschaft beginnt, und nicht erst an den prekären Rändern des Erwerbslebens. In Brandenburg sind
676 die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im vergangenen Jahrzehnt zwar um 13 Prozent gewachsen,
677 die Verbraucherpreise jedoch um 16 Prozent. Faktisch wurde die Steigerung bei den Erwerbseinkommen

678 durch die Inflation aufgefressen. Die Arbeitslosenquote ist zwischen 2000 und 2012 von 19 auf 10
679 Prozent gesunken. Demgegenüber haben prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit oder befristete
680 Anstellung deutlich zugenommen, mehr als jeder dritte Beschäftigte befindet sich heute in einer solchen
681 Erwerbssituation.

682 Ziel ist, eine gerechte Teilhabe der abhängig Beschäftigten an den Gewinnsteigerungen zu erreichen, die
683 durch Produktivitätsfortschritt und gesteigerte Wertschöpfung erzielt werden. Wir brauchen einheitliche
684 Sozialstandards für alle Beschäftigungsarten. Die Armut in der Erwerbsarbeit muss beendet werden. Auf
685 der Tagesordnung steht ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, der ein Leben deutlich über der
686 Armutsschwelle ermöglicht und Armut im Alter verhindert. Allen Erwerbslosen soll eine
687 bedarfsorientierte soziale Grundsicherung zur Verfügung stehen, die eine menschenwürdige Existenz
688 hierzulande erlaubt. Diskriminierungen jeglicher Art sind konsequent entgegenzutreten. Eine
689 Frauenquote für wirtschaftliche Führungspositionen ist überfällig.

690 Diese Forderungen können nur gesamtgesellschaftlich und bundesweit durchgesetzt werden. Die
691 Sozialpartner und die Politik in Brandenburg müssen hierzu ihren Beitrag leisten. Darüber hinaus stehen
692 der Landespolitik Steuerungsinstrumente und Regelungsmöglichkeiten zur Verfügung, um in
693 Brandenburg selbst Maßstäbe zu setzen und Signalwirkungen für eine gerechte und solidarische
694 Umgestaltung der Arbeitswelt zu erzeugen. Wir treten dafür ein, dass der Gesamtkomplex der
695 Arbeitsbeziehungen, inklusive der Rechte der Beschäftigten, der Mitbestimmung, des
696 Gesundheitsschutzes, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Organisation der beruflichen
697 Qualifikation, in einem Arbeitsgesetzbuch zu bündeln.

698 Zudem muss wieder über eine Verkürzung der Arbeitszeit und über die Sozialversicherungspflicht ab der
699 ersten Arbeitsstunde geredet werden. Weiterhin setzen wir uns im Fall von Arbeitslosigkeit wieder für
700 die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges sowie für zumutbarere Kriterien für die Arbeitsaufnahme
701 aus Arbeitslosigkeit ein.

702 Auf dem Weg hin zu einem „Sozialen Europa“ streben wir europaweit ein einheitliches Arbeitsrecht
703 und für an den nationalen Verhältnissen ausgerichtete Mindestlöhne an.

704 Neben der Förderung der beruflichen Kompetenzen und
705 Reintegration von Arbeitslosen in Erwerbsarbeit
706 bekennen wir uns ebenso konsequent zu einem
707 nachhaltigen und zukunftsfähigen Öffentlichen
708 Beschäftigungssektor. Eine Weiterentwicklung dieses
709 Projektes durch Soziales Unternehmertum könnte auf
710 einer Verknüpfung von Förderinstrumenten des Bundes

Projektvorschlag:

Soziales Unternehmertum im Öffentlichen
Beschäftigungssektor – eine Chance für
die am Arbeitsmarkt Chancenlosen, eine
Stärkung der lokalen Ökonomie

711 mit denen von Land und Kommunen beruhen, wobei auch die Fördermöglichkeiten durch die EU-
712 Strukturfonds in der Förderperiode ab 2014 verstärkt genutzt werden sollten. Soziales Unternehmertum
713 zielt nicht auf Gewinnmaximierung ab, sondern darauf, Beiträge zum gesamtgesellschaftlichen
714 Gemeinwohl zu leisten. So lässt sich dieses Konzept der Finanzierung von Erwerbsarbeit statt
715 Arbeitslosigkeit mit sozialer Integration, Teilhabe und Bildung für Menschen verknüpfen, die sonst keine
716 andere Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und voraussichtlich trotz Förderung auch nicht bzw. nur
717 sehr langfristig wieder erlangen werden. Zugleich wird die Wirtschafts- und Sozialstruktur in den
718 Kommunen durch Projekte verbessert, die an den örtlichen Bedürfnissen orientiert sind, die lokale
719 Ökonomie stärken, gesellschaftliche Zielsetzungen verfolgen und ökologisch nachhaltig sind. Die
720 bisherigen Defizite des ÖBS, wie Lohnuntergrenzen, begrenzte Förderdauer, Verzicht auf
721 Arbeitslosenversicherung und eingeschränkte Tätigkeitsprofile müssen beseitigt werden.

722 Mehr als jeder zehnte Erwerbstätige ist im öffentlichen Dienst beschäftigt. Öffentliche Einrichtungen
723 wirken als sozial verantwortliche Arbeitgeber mit Vorbildfunktion und setzen Normen, die auf die
724 Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsbeziehungen einwirken. Das Vergabegesetz für öffentliche
725 Aufträge fixiert Mindestlöhne und setzt soziale Standards, die weit in die Privatwirtschaft hineinwirken.
726 Tarifliche und soziale Kriterien bei der Bewilligung von Fördermitteln stärken verantwortliches
727 Unternehmertum und steigern die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für Fachkräfte.

728 Guter Lohn für gute Arbeit geht nur mit starken Gewerkschaften. Es ist nötig, die Tarifbindung im Land
729 zu erhöhen und - unter anderem durch erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von
730 Tarifverträgen - prekäre Beschäftigung energisch zurückzudrängen. Damit Brandenburg im Wettbewerb

731 um hochqualifizierte und engagierte Fachkräfte bestehen kann, muss es sein früheres Image als
732 Billiglohnland endgültig abstreifen. Vorausschauend Fachkräftesicherung erfordert ein
733 wettbewerbsfähiges Lohnniveau und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Attraktive
734 Ausbildungsangebote sollen helfen, junge Menschen im Land zu halten. Zudem müssen die bisher eher
735 vernachlässigten jungen Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren Beachtung finden, die ohne jeden
736 beruflichen Abschluss dastehen und kaum Aussicht und Chancen auf eine Zukunft mit
737 sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit haben. Diese Gruppe zählt in der Region Berlin-Brandenburg
738 mehr als 50.000 junge Menschen. Daher begrüßen wir Vorschläge des DGB für eine gemeinsame
739 Initiative von Arbeitsagenturen und Unternehmen, die ungelernten jungen Erwachsenen mittels
740 geeigneter Aus- und Weiterbildung eine zweite Chance zum Berufseinstieg schaffen soll. Dies wäre sozial
741 verantwortlich sowie würde mit helfen, den landesweiten Fachkräftebedarf zu decken.

742 Weiterhin sollen ein Recht auf Weiterbildung und Fortbildungsangebote auch für Menschen in
743 Erwerbsarbeit helfen, mit dem Tempo technologischer Innovation Schritt zu halten und den spezifischen
744 Fachkräftebedarf auch innerbetrieblich abzusichern. Zuwanderung muss als wirkliche Chance für eine
745 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg begriffen und im Interesse gesellschaftlicher
746 Integration verantwortlich gestaltet werden. Wirtschaftliche Teilhabe durch innerbetriebliche
747 Mitbestimmung soll verbessert werden, wobei für die unterschiedlichen Unternehmensgrößen und
748 Organisationsformen maßgeschneiderte Lösungen im gemeinsamen Interesse der Sozialpartner zu finden
749 sind.

750 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss vor allem
751 auch für Wanderarbeitnehmerinnen und
752 Wanderarbeitnehmer gelten, die im Rahmen der
753 seit 2011 für mittel- und osteuropäische EU-Staaten geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit und
754 Dienstleistungsfreiheit in unser Land kommen, um hier zu arbeiten und zu leben. Es müssen effektive
755 Maßnahmen ergriffen werden, um für sie gleiche Rechte und Standards wie für Deutsche im Land
756 sicherstellen. Unternehmen und Arbeitgebern müssen daran gehindert werden, bestehende
757 Sprachbarrieren oder Unkenntnis bestehender Arbeitsrechte zu nutzen, um durch Werkverträge,
758 erzwungene Scheinselbständigkeit oder auf andere Weise Dumpinglöhne zu zahlen oder Löhne sogar
759 komplett zurückzuhalten. Auch hier muss gelten: Gleiche Sozialstandards für alle in unserem Land
760 lebenden und arbeitenden Menschen - gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Projektvorschlag:

Im Land ein „Bündnis für gute Arbeit“ schaffen

761 Die Vielzahl der Einzelthemen erfordert einen ganzheitlichen Ansatz zur Neuordnung der
762 Arbeitsverhältnisse im Land. Im Mittelpunkt muss die Teilhabe der Beschäftigten am Wirtschaftsleben
763 stehen. Wir schlagen ein »Bündnis für Gute Arbeit in Brandenburg« vor, in dem Landespolitik und
764 Arbeitsagentur, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Kommunen und Bildungseinrichtungen,
765 Selbstvertreter- und Interessengemeinschaften sowie die Verbände der Wohlfahrtspflege vertreten sind.

766 **3. Bildung hat Vorfahrt im Kulturland Brandenburg**

767 **3.1 Bildung ist die Quelle aller Nachhaltigkeit**

768 In der heutigen, stark auf Wissen basierten Gesellschaft ist Bildung die wichtigste Voraussetzung für
769 gesellschaftliche Teilhabe, für individuellen Wohlstand und für die politische Bewältigung der großen
770 gesellschaftlichen Herausforderungen. Ohne Bildung kein selbstbestimmtes, kulturvolles Leben.

771 Dieses Potenzial kann nur dann in vollem Umfang aktiviert werden, wenn der Zugang zur Bildung für
772 Alle nicht nur auf dem Papier steht, sondern auf breiter Front umgesetzt wird. Im vergangenen Jahrzehnt
773 ist zwar die Zahl der Abiturienten bei insgesamt sinkender Schülerzahl leicht gestiegen. Der Anteil von
774 Schulabgängern ohne Abschluss ist um fast die Hälfte gesunken. Unter Rot-Rot wurden mehr Lehrer
775 eingestellt. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Noch immer ist eine umfassende soziale Gleichheit in
776 der Bildungsteilhabe nicht gesichert. Der Zugang zu höherer Bildung ist zu stark vom Status der Eltern
777 abhängig. Frühe Auswahl durch das gegliederte Schulsystem schneidet Bildungschancen ab. Die
778 Schulklassen sind, speziell in den Ballungsräumen, noch immer zu groß. Eine nachhaltige
779 Personalausstattung ist noch immer nicht gesichert. Hinzu kommt, dass die Schulbildung strukturell

780 nicht hinreichend auf die Anforderungen eingestellt ist, die aus den divergierenden demografischen
781 Entwicklungen in den verschiedenen Landesteilen erwachsen.

782 Kurz und gut: Wir haben in den vergangenen Jahren vieles stabilisieren und manches verbessern können,
783 aber bei dem notwendigen Paradigmenwechsel, der dem Thema Bildung wirklich oberste Priorität in der
784 Gesellschaft, in Denken und Handeln, verschafft, stehen wir noch am Anfang. Wir brauchen einen
785 entsprechenden gesellschaftlichen Lernprozess, der letztlich auch konsequentes politisches Handeln auf
786 allen Ebenen erzwingt. Dieser Diskurs muss in Brandenburg noch intensiver geführt werden. Angesichts
787 der erheblichen Diskrepanzen in der Finanzausstattung der Länder muss auch der Bund hier stärker in
788 die Verantwortung genommen werden.

789 Aber Politik darf nicht nur auf Veränderungen im gesellschaftlichen Meinungsbild warten. Sie ist Teil des
790 öffentlichen Diskurses. Und sie muss auf offen liegende Probleme mit sachdienlichen Entscheidungen
791 reagieren - mit Augenmaß und Perspektive zugleich, werbend und dialogorientiert, selbstkritisch und
792 transparent.

793 Zentraler Bestandteil unseres
794 bildungspolitischen Leitbilds ist die
795 Gemeinschaftsschule, die als inklusive Schule
796 des gemeinsamen Lernens auf die Aufteilung
797 von Lernenden verzichtet. Gemeinschaftsschulen haben den Anspruch und entwickeln die Fähigkeit, alle
798 Kinder und Jugendlichen unabhängig von persönlichen und sozialen Voraussetzungen zum
799 bestmöglichen Lernfortschritt und zum höchstmöglichen Schulabschluss zu führen. Diese Schule wollen
800 wir, beginnend mit der nächsten Legislaturperiode, in Brandenburg einführen.

Projektvorschlag:

Einführung der Gemeinschaftsschule - beginnend
mit der Legislaturperiode 2014 bis 2019

801 Was bedeutet das? Zweierlei: den Einstieg in längeres gemeinsames Lernen aller Kinder sowie den
802 praktischen Übergang zu einem inklusiv-integrativen Schulsystem als Ganzes, in dem alle
803 Bildungsabschlüsse - von der Berufsbildungsreife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife - erreicht
804 werden können und in dem die gebildete Persönlichkeit im besten Sinne im Mittelpunkt steht.

805 Die Leistungs- und Begabungsklassen werden wieder in das allgemeine Schulsystem zurückgeführt,
806 Grundschulen und weiterführende Schulen treten in eine engere Zusammenarbeit ein - ebenso wie Kita,
807 Hort und Grundschule. Erste gemeinsame Schulen werden eingerichtet.

808 Wir sehen in dem Weg zur Gemeinschaftsschule die größte bildungspolitische Herausforderung der
809 kommenden Jahre, denn sie ist mit einem veränderten pädagogischen Konzept verbunden - und es wird
810 nur getragen durch ein Umdenken in der Gesellschaft, das einen breiten Dialog voraussetzt. Sowohl
811 Eltern als auch Schulträger gilt es davon zu überzeugen, dass alle davon profitieren. Der inklusive
812 Bildungsansatz fördert die fachliche und soziale Kompetenz aller Schüler. Besondere Fähigkeiten werden
813 individuell gefördert, ebenso wie Defizite durch individuelle Zuwendung behoben werden. Soziale
814 Barrieren und Behinderungen werden in der Gemeinschaft überwunden. Die Schule bereitet auf eine
815 Gesellschaft vor, die vom Einzelnen hohes Fachwissen und Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft und
816 sozial verantwortliches Handeln gleichermaßen einfordert. Bildung und Erziehung gehören zusammen.

817 Individuelle Förderung bedeutet individuelle Zuwendung. Im Klartext bedeutet dies bessere Lehrer-
818 Schüler-Quoten, kleinere Klassen sowie zusätzliches Personal für den Kleingruppenunterricht, für die
819 Begabtenförderung und die Nachhilfe. Junge kompetente und motivierte Lehrerinnen und Lehrer werden
820 heutzutage in allen Bundesländern gesucht. Wer in diesem Wettbewerb um Fachkräfte bestehen will,
821 muss eine gute Bezahlung und ordentliche Berufsperspektiven bieten. All dies ist ohne eine deutlich
822 bessere Finanzausstattung des Schulsystems nicht zu haben.

823 Wissenserwerb und praktisch-produktive Anwendung sollten wieder stärker miteinander verknüpft
824 werden. Dies stärkt nicht nur die lebensweltliche Kompetenz der Schülerinnen und Schüler, sondern
825 bereitet auch besser auf das Berufsleben vor. Durch Kooperationsbeziehungen können sich Schule und
826 Wirtschaft gegenseitig unterstützen. Die Schülerinnen und Schüler lernen die Arbeitswelt kennen, die
827 Unternehmen können frühzeitig vermitteln, welche Anforderungen sie an Auszubildende und
828 Beschäftigte stellen. Die praktische Einführung in die regionale Wirtschaft sollte wieder Pflichtfach
829 werden.

830 Wir brauchen einen Innovationsschub in der Lehrerbildung. Der Erwerb von Fachwissen bleibt eine
831 wichtige Voraussetzung. Entscheidend für den Bildungserfolg ist aber nicht, wie viel die Lehrkraft weiß,
832 sondern wie viel von diesem Wissen den Schülerinnen und Schüler vermittelt werden kann.

833 Unterrichtsmethoden und Didaktik der Wissensvermittlung werden in der Lehrerbildung einen höheren
834 Stellenwert erhalten. Diskursive Lehr- und Lernformen werden eine größere Rolle spielen, sowohl im
835 Lehrer-Schüler-Verhältnis als auch im Klassenverband; Vielfalt und Anwendungsorientierung müssen die
836 Lehramtsausbildung prägen. Darauf sollte auch die Lehrerfortbildung stärker ausgerichtet werden.

837 Die regionalen Diskrepanzen erfordern maßgeschneiderte Konzepte, von verdichteten Bildungsangeboten
838 mit pädagogischer Vielfalt in den Ballungsräumen bis hin zu Kleinstschulen und dezentralen Strukturen
839 in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Zumindest im Grundschulbereich sollte ein möglichst
840 engmaschiges Netz an wohnortnahen Schulangeboten bewahrt bleiben. Weiterführende Schulen sollen in
841 den zentralen Orten konzentriert werden, und dort möglichst in multifunktionalen Stadtzentren, wo die
842 Einrichtungen der Daseinsvorsorge einander ergänzen und sich gegenseitig in ihrer wirtschaftlichen
843 Tragfähigkeit unterstützen. Integrative Gemeinschaftsschulansätze brauchen Orte - wir wollen daher
844 Schulstandorte erhalten.

845 Der öffentlichen Schule gilt unsere Hauptaufmerksamkeit; hier vor allem wollen wir auch pädagogische
846 Vielfalt gewährleisten. Zugleich bleiben Schulen in freier Trägerschaft fester Bestandteil der
847 brandenburgischen Bildungslandschaft und tragen ihrerseits zur pädagogischen Vielfalt bei. In seinem
848 Beitrag zur finanziellen Ausstattung der freien Schulträger orientiert sich Brandenburg am Grundsatz der
849 Chancengleichheit für jede Schülerin und jeden Schüler im Land.

850 Landes- und Kommunalpolitik müssen sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der in Brandenburg
851 gesprochenen und europarechtlich geschützten Sprachen Niedersorbisch, Niederdeutsch und Romanes
852 stellen. DIE LINKE setzt sich in der Verantwortung für eine integrative Minderheitenpolitik, die die
853 Kulturen und Sprachen der ethnischen Minderheiten wie die Regionalsprachen als Bereicherung im
854 Zusammenleben von Menschen in unserem Land betrachtet. Das Brandenburger Bildungssystem muss
855 sehr viel stärker als heute die Bedürfnisse derjenigen berücksichtigen, die eine anerkannte Minderheiten-
856 oder Regionalsprache noch als Muttersprache sprechen oder sich diese als Mutter- oder Fremdsprache
857 aneignen wollen. Insbesondere die mehr als 10jährigen Erfahrungen mit dem bilingualen Witaj-Projekt
858 sind endlich auf die notwendigen konzeptionellen, schulorganisatorischen, personellen und auch
859 finanziellen Grundlagen zu stellen. Auf der Grundlage der laufenden Evaluierung sind mit einem
860 Gesamtkonzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache konkrete Schritte zur
861 Fortführung des „Witaj-Projekts“ zu formulieren, um vor allem die Qualität der sprachlichen Bildung zu
862 sichern. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums
863 Cottbus. Darüber hinaus hat das Land die Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Lehrer, die
864 Niedersorbisch/Wendisch im Sprach- wie im Fachunterricht vermitteln, zu erweitern. Denn
865 Niedersorbisch gehört zu unserem Land -
866 dauerhaft!

867 Bildung beginnt in der frühen Kindheit. In
868 Brandenburg wird traditionell großer Wert auf
869 frühkindliche Bildung und Erziehung gelegt.
870 Unter Rot-Rot wurde der Betreuungsschlüssel
871 in den Kitas verbessert. Die Zahl der Kita-
872 Plätze und der Kindertageseinrichtungen ist in
873 den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.
874 Inzwischen besuchen fast die Hälfte aller
875 Kinder unter 3 Jahren und nahezu alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren eine Kindertageseinrichtung.

Projektvorschlag:

Brandenburg baut seine Spitzenposition bei der
frühkindlichen Bildung weiter aus -
Versorgungsdichte bedarfsgerecht halten,
Betreuungsschlüssel erneut aufstocken, Aus- und
Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher
verbessern

876 Im Hinblick auf Versorgungsdichte und Qualität der frühkindlichen Erziehung nimmt Brandenburg in
877 Deutschland eine Spitzenposition ein. Um diese Position dauerhaft zu halten, müssen die wohnungsnahen
878 Betreuungsangebote entsprechend der jeweiligen demografischen Entwicklung in den einzelnen
879 Regionen weiter ausgebaut und in ihrer Struktur bedarfsgerecht diversifiziert werden. Zur Sicherung der
880 Qualität der frühkindlichen Bildung muss der Betreuungsschlüssel weiter deutlich verbessert werden.
881 Der erhöhten Verantwortung und Arbeitsbelastung von Erzieherinnen und Leiterinnen müssen die
882 Arbeitszeiten angepasst werden. Das Zusammensein mit den Kindern ist nicht die ganze Arbeit -
883 pädagogische Tätigkeit verlangt gründliche Vor- und Nachbereitung. Die kann nicht nebenbei erledigt
884 werden - ebenso wenig wie Leitungstätigkeit in Kindereinrichtungen.

885 Die Qualifikation der Erzieherinnen kann durch spezialisierte Bildungsangebote im Hochschulbereich
886 verbessert werden.

887 Wir befürworten einen breiten und fairen Wettbewerb der unterschiedlichen Konzepte frühkindlicher
888 Bildung um die besten Ergebnisse. Die vielfältigen regionalen Ressourcen – Kita und Grundschule,
889 Vereine, Musikschulen uvm. – wollen wir durch Vernetzung miteinander wirksam werden lassen.
890 Inklusion darf nicht erst in Schule, sondern muss bereits in Kita beginnen.

891 Bildung hört nach Schule oder Universität nicht auf. Die Wissensgesellschaft fordert lebenslanges Lernen
892 ein. Ein breites Angebot zur Qualifikation und Weiterbildung im Erwachsenenbereich ist zugleich auch
893 ein Beitrag zu mehr sozialer Chancengleichheit, speziell für Menschen, die aus sozial benachteiligten
894 Verhältnissen kommen. Das Netz der Volkshochschulen soll bewahrt und auf die zentralen Orte
895 konzentriert bleiben. Zudem sollen die Einrichtungen der innerbetrieblichen Fortbildung und die freien
896 Bildungsträger unterstützt und gefördert werden, auch durch den Einsatz von EU-Mitteln.

897 Zugleich muss sich Bildung in Brandenburg auf neue Formen und Herausforderungen des
898 gesellschaftlichen Lebens einstellen. Wenn digitale Kommunikation auch in der öffentlichen
899 Daseinsvorsorge und Verwaltung zunehmend eine Rolle spielt, brauchen Menschen aller Generationen
900 dafür mehr Kenntnisse, als sie sich beim Learning-by-Doing oder der allein hobbymäßigen Nutzung von
901 Computern, Internet und sozialen Netzwerken erlernen und einüben lassen. Medienkompetenz als
902 Bildungsziel muss um Internet-Kompetenz erweitert werden.

903 **3.2 Globales Lernen**

904 Unsere Welt ist noch immer zum Großteil durch Armut und Unterentwicklung geprägt. Vor diesem
905 Hintergrund hat sich Brandenburg verpflichtet, eine eigenständige, am Leitbild der Nachhaltigkeit
906 ausgerichtete Entwicklungspolitik umzusetzen. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der
907 Landesregierung, die 2012 auf unsere Initiative hin beschlossen wurden, sind eine gute Grundlage dafür.

908 Der Gedanke der Einen Welt, in der wir alle leben und für die wir gemeinsam Verantwortung tragen,
909 muss noch stärker in die Mitte der Gesellschaft getragen werden, er muss stärker in allen Bereichen des
910 lebenslangen Lernens verankert werden. Dies schließt auch Bildungsarbeit gegen Rassismus,
911 Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und die Förderung eines kritischen Bewusstseins zur
912 Kolonialgeschichte ein. In enger Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum an
913 entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und ebenfalls unter Nutzung der Möglichkeiten
914 und Erfahrungen, die die in Brandenburg lebenden Migrantinnen und Migranten haben, ist auch die
915 Politik gefordert, in Brandenburg und darüber hinaus die Notwendigkeit der nachhaltigen Bekämpfung
916 von Armut, Unterentwicklung und Klimaschutz sowie von entwicklungspolitischer Bildungs- und
917 Öffentlichkeitsarbeit immer wieder zu verdeutlichen. Dazu gehört auch, die Kommunen zu
918 entwicklungspolitischen Initiativen, wie zum Beispiel Kommunalpartnerschaften oder Fair-Trade-
919 Aktionen, zu ermutigen.

920 Im Land muss zudem eine breite europäische Werte- und Kulturerziehung etabliert werden, mit deren
921 Hilfe europäische Identität gestärkt und die Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer
922 Einzigartigkeit gefördert wird. Dies ist auch ein Beitrag gegen Rechtsextremismus und
923 Fremdenfeindlichkeit. Europapolitischen Bildungsangeboten in allen Schulen und Kindertagesstätten
924 kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

925 Brandenburger Landespolitik muss zudem die Voraussetzungen für den Ausbau der Mehrsprachigkeit
926 schaffen, so wie es vom Europarat und von der Europäischen Kommission angeregt wurde
927 („Muttersprache plus zwei“). Sprachkenntnisse tragen zur persönlichen und kulturellen Bereicherung bei.
928 Sie sind eine der notwendigen Grundfähigkeiten, die jede europäische Bürgerin und jeder europäische
929 Bürger erwerben muss, um sich erfolgreich an der europäischen Wissensgesellschaft zu beteiligen, sie
930 fördern Mobilität und erleichtern die Integration in die Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt. Die
931 Kenntnis von Fremd-, Minderheiten- und Regionalsprachen erhöht die Aussichten auf einen besseren
932 Arbeitsplatz. Eine besondere Bedeutung kommt in Brandenburg der Vermittlung der Nachbarsprache
933 Polnisch zu.

934 Und schließlich geht es auch um eine Verstärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dieses
935 Bildungskonzept setzt vor allem auf den Erwerb gesellschaftlicher Gestaltungs- und

936 Entscheidungskompetenz, es muss in der schulischen wie in der außerschulischen Bildung
937 vorangetrieben werden.

938 **3.3 Zukunftspotenzial Wissenschaft**

939 Wissenschaft, Forschung und Bildung sind unser größtes Potenzial, das wir in Brandenburg für
940 nachhaltige Entwicklung, für wirtschaftliche Strukturen mit hoher Wertschöpfung, für soziale Kompetenz
941 und für vorausschauende Daseinsvorsorge in die Waagschale werfen können. Im Land hat sich eine
942 vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft herausgebildet, die es pflegen und weiter zu ertüchtigen
943 gilt. Hierzu zählen 3 Universitäten, 10 Hoch- und Fachhochschulen und 16 Forschungsinstitute. Ein
944 Markenzeichen der Hochschulen in Brandenburg ist ihre vergleichsweise starke Forschungskompetenz
945 und die enge Verbindung zur Wirtschaft. Gegenwärtig sind an den Universitäten und Hochschulen etwa
946 50.000 Studierende immatrikuliert, knapp die Hälfte davon kommt aus Brandenburg selbst.

947 Die Universitäten und Hochschulen in Brandenburg sind noch immer dramatisch unterfinanziert. Im
948 bundesweiten Vergleich rangiert die Finanzausstattung der Brandenburger Hochschullandschaft auf den
949 hinteren Plätzen. Vor allem fehlt es an personellen Kapazitäten für die Lehre. Das schlechte
950 Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrkräften bewirkt eine hohe Abbrecherquote. Damit
951 wird das Ziel, den Anteil hochgebildeter Fachkräfte aus eigener Kraft aufzustocken, deutlich verfehlt.
952 Auch hier muss der Bund erheblich stärker als bislang seiner bildungspolitischen Verantwortung gerecht
953 werden und sich massiver an der Finanzierung der Hochschullandschaft beteiligen.

954 Hier steht, ebenso wie in der Schulbildung, ein wirklicher Wandel politischer Prioritäten, der zu einer
955 nachhaltigen Verlagerung öffentlicher Investitionen auf die zentralen Handlungsfelder von
956 Zukunftsfähigkeit führt, noch bevor. Trotz der künftig abnehmenden Zahl von Schulabgängern wollen wir
957 das gegenwärtige Niveau von etwa 50 000 Studierenden dauerhaft halten und damit den Anteil von
958 Hochschulabsolventen schrittweise auf internationales Niveau bringen. Hierfür werden erhebliche
959 zusätzliche Investitionen erforderlich, insbesondere in den akademischen Mittelbau, dessen Einsatz für
960 die Qualität der Lehre von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Trend, Lehraufgaben quasi nebenbei
961 über Zeitstellen in drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten abzusichern, muss gebrochen werden.
962 Prekäre Beschäftigung in diesem Bereich schadet sowohl dem wissenschaftlichen Nachwuchs als auch
963 der Lehre. Wir brauchen für die akademische Lehre eigene Bewertungskriterien und stabile
964 Berufsperspektiven im Mittelbau. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, schlagen wir vor,
965 dass die Hochschulen des Landes im Verbund eine Post-Doc-Akademie gründen, die
966 Forschungsstipendien an junge Wissenschaftler mit Entwicklungsperspektive vergeben. Die Hochschulen
967 sollten verpflichtet werden, kontinuierlich eine ausreichende Anzahl an Stellen für den
968 wissenschaftlichen Nachwuchs vorzuhalten.

969 Die Bildung, und damit auch die Hochschulbildung,
970 gehören zum Kernbestand der Daseinsvorsorge.
971 Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Alle
972 bestehenden Hochschulstandorte sollen erhalten
973 bleiben. Unnötige Doppelstrukturen können
974 abgebaut werden, was in jedem Falle aber eine
975 sorgfältige Abwägung und Verständigung innerhalb
976 wie auch zwischen den betroffenen Hochschulen
977 erfordert. Allerdings gibt es bereits heute
978 Leerstellen im akademischen Angebot, für deren
979 Auffüllung auf absehbare Zeit keine öffentlichen
980 Mittel aufgebracht werden können. In diesen
981 Bereichen sollten Gründungsinitiativen privater
982 Träger vom Land Brandenburg wohlwollend begleitet werden, wenn Finanzausstattung und
983 Qualitätsstandards verlässlich gesichert sind. Als Beispiel hierfür kann das Projekt einer Medizinische
984 Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“ als private Hochschule in Öffentlicher Hand dienen, die von
985 den kommunalen Kliniken Neuruppin und Brandenburg an der Havel getragen und von medizinischen

Projektvorschlag:

Verbund der brandenburgischen Hochschulen für Post-Doc-Akademie und landesweite Präsenzstellen – prekäre Beschäftigung an den Hoch- und Fachschulen zurückdrängen, Zugang zu Studium und lebenslangem Lernen verbessern. Initiative für einen Hochschulpakt III.

986 Einrichtungen sowie Berufsverbänden unterstützt wird, um mit innovativen Lehrmethoden und
987 Ärztenachwuchs im märkischen Land zu sichern.

988 Wir streben eine Gleichwertigkeit der Bildungsangebote von Hochschule und Universität auf hohem
989 Niveau an. Ein besser strukturiertes Studium mit stärkerer Praxisorientierung und europaweit
990 anerkannten Abschlüssen dient den Studierenden und dem Bildungsstandort. Die Gleichwertigkeit der
991 Abschlüsse wertet auch (Fach)Hochschulen auf, die gerade in Brandenburg eine sehr gute Arbeit leisten.
992 Master-Studienplätze dürfen aber kein Luxusgut, kein Instrument sozialer Selektion sein. Unser Ziel sind
993 Master-Studienplätze für alle.

994 Wir treten zudem für eine klar strukturierte Arbeitsteilung zwischen Hochschule und traditionellen
995 Berufsbildungsformen wie duales System oder Meisterstudium ein. Das duale System der Berufsbildung
996 bringt Fachkräfte mit sehr guter theoretisch-praktischer Qualifikation hervor. Es ist ein Wert, um den uns
997 viele Länder beneiden. Im Spektrum der weiterführenden Bildungsangebote sollte dieser Bildungsweg
998 auch künftig seinen Platz behalten und seine Qualitäten weiter ausprägen. Durch die Ausprägung der
999 jeweiligen Stärken soll ein breites Ausbildungsangebot entwickelt werden, das der Vielfalt an
1000 individuellen Kompetenzen und Neigungen wie auch der realen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gerecht
1001 wird.

1002 Eine sozial gerechte und solidarische Bildungspolitik muss die Türen zur Hochschule weit offen halten.
1003 Dies gilt insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten.
1004 Studiengebühren soll es weiterhin nicht geben. Wir treten grundsätzlich für ein elternunabhängiges
1005 Bafög ein, zumindest aber für Vergabekriterien, die Schwellenhaushalte mit mittleren Einkommen
1006 entlasten. Generell soll es mehr Durchlässigkeit in der höheren Bildung geben: Für die Zulassung zum
1007 Studium, zwischen den Studiengängen sowie zwischen den Hochschulen und speziell auch zwischen
1008 Hochschulen und Universitäten. Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit weiter voranzutreiben,
1009 sollte jede akademische Lehrereinrichtung ein Diversity-Konzept erarbeiten und umsetzen. Zugang zu
1010 höherer Bildung hat auch eine räumliche Dimension. Daher sollten die Brandenburger Hochschulen als
1011 Verbund in Zentralen Orten der dünner besiedelten ländlichen Räume eigene Präsenzstellen einrichten,
1012 wo sie ihre Angebote vermitteln und das Interesse an einem Studium wecken. Dies kann verknüpft
1013 werden mit Weiterbildungsplattformen, die lebenslanges Lernen im ganzen Land unterstützen.

1014 Der Praxisbezug und insbesondere die enge Kooperation mit der Wirtschaft in der Region zählen zu den
1015 Stärken der brandenburgischen Hochschulen, die weiter gefördert werden sollen. Die Vernetzung mit den
1016 entstehenden Kompetenzclustern sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen im Metropolenraum um
1017 Berlin wie auch in den Wachstumskernen Brandenburgs stellen ein großes Potenzial dar, das es weiter
1018 auszuschöpfen gilt. Die Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
1019 kann durch gemeinsame Forschungsprojekte und Berufungen von Professoren bzw. Führungskräften
1020 weiter vorangebracht werden. Verstärkt zu fördern wäre die Einrichtung von Gründerzentren an
1021 Hochschulen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ebenso wie Studierenden helfen,
1022 technologische Innovation und in tragfähige Unternehmenskonzepte zu verwandeln. Zur Unterstützung
1023 bei der Ausgründung von Unternehmen werden Räumlichkeiten und Ausstattung, betriebswirtschaftliche
1024 Beratung sowie Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung und Fördermittelakquisition angeboten. Mit
1025 dieser Strategie werden Innovationspotenziale und innovative Menschen für ein Leben und Arbeiten in
1026 Brandenburg gewonnen.

1027 Brandenburg sollte die Initiative für einen »Hochschulpakt III« übernehmen, der Bund und Länder,
1028 Lehrende und Studierende, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammenführt, um die Rahmenbedingungen
1029 für Forschung und Lehre grundhaft zu verbessern, die bildungspolitischen Ziele konsequent an den
1030 Anforderungen einer solidarischen Wissensgesellschaft auszurichten und die Hochschullandschaft
1031 zukunftsfähig zu machen.

1032 **3.4 Kulturland Brandenburg**

1033 Unsere Kultur ist Ausdruck des Zivilisationsniveaus unserer Gesellschaft. Sie setzt die moralischen Werte
1034 und Normen für den menschenwürdigen Umgang, den wir in unserem Land inzwischen untereinander
1035 pflegen. Diese Werte und Normen sind, wie uns die Geschichte lehrt, nicht in Stein gemeißelt, sondern
1036 müssen immer wieder neu gewonnen werden. Dort, wo Kultur verschwindet, entstehen wieder Räume

1037 für Menschenhass und Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Daher liegt eine umfassende
1038 Teilhabe am kulturellen Leben ohne physische und soziale Barrieren im Interesse aller Demokraten und
1039 der gesamten Gesellschaft.

1040 Brandenburg weist eine reiche und weit gefächerte Kulturlandschaft auf. Die Schlösser und Gärten in
1041 Potsdam stehen auf der Welterbeliste der UNESCO. Im Land gibt es 6 moderne Theaterhäuser, vier feste
1042 Ensemble und über 20 professionelle Freie Theater. Hinzu kommen 6 Kulturorchester. Es gibt ein
1043 flächendeckendes Netz an Museen und Bibliotheken, Kulturzentren und Parks. Im Land lebt eine
1044 vielfältige freie Kulturszene. Viele Brandenburger sind heute als Laien in Orchestern, Theatergruppen
1045 und Chören aktiv. Der kulturelle Reichtum gehört zur Lebensqualität in Brandenburg und prägt die
1046 regionalen Identitäten im Land.

1047 Ein Großteil der kulturellen Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren erneuert oder modernisiert
1048 worden, unter anderem durch Theaterneubauten in Potsdam und Brandenburg, durch Sanierung
1049 denkmalgeschützter Theater in Cottbus und Senftenberg, durch die Rekonstruktion von Schloss und Park
1050 Branitz, durch Renovierung, Umbau und Instandsetzung vieler Museen sowie durch die permanente
1051 Pflege der Parks und Landschaftsgärten. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat es aber auch einige
1052 tiefe Einschnitte in das öffentliche Kulturangebot gegeben, die von veränderten Ansprüchen der
1053 Menschen, vor allem aber durch finanzielle Engpässe und die Folgen des demografischen Wandels
1054 bedingt waren.

1055 Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, welchen Stellenwert Kultur in unserem
1056 Leben künftig haben soll, welche Kultur wir brauchen, wer Träger dieser Kultur sein soll und wie Kultur
1057 finanziert werden kann. Leitmotiv dieser Debatte sollte die Nachhaltigkeit sein. Nachhaltigkeit im Effekt
1058 auf Schöpferkraft und Solidarität in unserer Gesellschaft, Nachhaltigkeit in Bezug auf das zivilisatorische
1059 Niveau unseres Zusammenlebens und natürlich auch Nachhaltigkeit im Hinblick auf wirtschaftliche
1060 Tragfähigkeit und ökologische Bilanz.

1061 Nachhaltig sind vor allem solche Netzwerke, die stabile Kultureinrichtungen, feste Ensembles,
1062 freischaffende Künstler, Laien und Ehrenamtliche, Lernende und Kulturinteressierte integrieren und
1063 somit für ein «selbstgemachtes» Kulturleben vor Ort sorgen, das auf das ganze Gemeinwesen ausstrahlt,
1064 aktiviert und Identität stiftet. Musik- und Kunstschulen, Chöre und Kantoreien, Malzirkel und
1065 Jugendtheatergruppen wirken nachhaltig, da sie selbsttätige Kultur in einem breiten sozialen Spektrum
1066 von Generation zu Generation weitertragen. Eventkultur kann nachhaltig sein, wenn sie in periodischer
1067 Form organisiert wird, wenn sie der Förderung von Kunst bzw. künstlerischer Ausbildung dient und
1068 wenn sie lokal oder regional fest im gesellschaftlichen Leben verankert ist.

1069 Um die Kultur nachhaltig in unserer Gesellschaft zu
1070 verankern, braucht es die finanzielle Verpflichtung
1071 und den inhaltlichen Gestaltungswillen des Landes
1072 ebenso wie das eigenverantwortliche Engagement
1073 der Bürgerinnen und Bürger. Kulturelles Leben
1074 braucht kreative Akteure ebenso wie gute
1075 Organisatoren. Das finanzielle Engagement des
1076 Landes ist dort am besten eingesetzt, wo das
1077 Zusammenwirken möglichst vieler Kulturakteure
1078 unterstützt wird. Besonders gefördert werden

Projektvorschlag:

Klare Arbeitsteilung zwischen Kommunen und Land – Verantwortung beider für das kulturelle Leben. Kultur als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen – Land verantwortet kulturelle Infrastruktur

1079 sollten künstlerische Innovation, die Pflege unseres kulturellen Erbes, die Verbreitung kultureller
1080 Kompetenz und der internationale Kulturaustausch. Unterstützung verdienen auch Projekte, die zur
1081 kulturtouristischen Entwicklung der Regionen beitragen, insbesondere im ländlichen Raum. Wenn es um
1082 Landesentwicklungsplanung geht, sollten wir nicht nur über industrielle Kerne reden, sondern auch die
1083 kulturellen Kerne benennen. Dazu zählen unter anderem die Theater als Leuchttürme der
1084 Kulturlandschaft und Knotenpunkte von regionalen kulturellen Netzwerken.

1085 Die öffentliche Finanzausstattung bzw. Förderung institutioneller Kulturträger und freier Strukturen
1086 sollte in einer angemessenen Gewichtung erfolgen, die keine Seite benachteiligt. Noch immer auf der
1087 Tagesordnung steht eine klare Abgrenzung der Kulturaufgaben zwischen Land und Kommunen. Es ist
1088 sinnvoll, die Verantwortlichkeiten bzw. Trägerschaften für regionale Einrichtungen oder lokale Projekte
1089 auf die Landkreise, Städte oder Gemeinden zu verlagern. Dies gelingt nachhaltig aber nur dann, wenn der
1090 Transfer von Verantwortung mit der Übertragung der Finanzausstattung einhergeht. Kultur sollte zu

1091 einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden. Jedoch kann dies nicht die Verantwortung des
1092 Landes für die kulturelle Infrastruktur ersetzen.

1093 Ebenso muss unsere demokratische Kultur weiterhin energisch gegen Rechtsextremismus verteidigt
1094 werden. Zu Brandenburgs Werdegang gehört der deutsche Zivilisationsbruch des vorigen Jahrhunderts
1095 mit Nazi-Regime, Völkermord und Weltkrieg. Es gibt für unser Land keine gute Zukunft, wenn diese böse
1096 Vergangenheit verdrängt, wenn die Lehren daraus gering geschätzt werden oder man sich darüber
1097 hinweg setzt. Wir haben der Aufnahme eines Staatszieles in die Landesverfassung den Weg bereitet, das
1098 das Land verpflichtet, das friedliche Zusammenleben der Menschen zu schützen und der Verbreitung
1099 rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenzutreten. Zusammen mit anderen wollen
1100 wir so bekunden: Das Land Brandenburg sieht sich in der Pflicht, mit allen Mitteln den Kampf der
1101 Zivilgesellschaft gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu unterstützen. Das
1102 Handlungskonzept »Tolerantes Brandenburg« muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die
1103 vielfältigen Kooperationsvereinbarungen sind ein deutliches Zeichen dafür, wie sich das Land
1104 Brandenburg und seine Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven für eine demokratische,
1105 weltoffene Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren.

1106 Eine tragende Säule der kulturellen Vielfalt im Land Brandenburg ist die Kultur der Sorben/Wenden. Die
1107 Bewahrung, Pflege und Entwicklung dieser Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eine
1108 verlässliche öffentliche Förderung verdient. Dies schließt Sprache und Lebenswelt ebenso ein wie die
1109 historischen Zeugnisse sorbischen/wendischen Lebens. Das Recht der Sorben/Wenden auf Schutz,
1110 Erhaltung und Pflege ihrer nationalen Identität und ihres angestammten Siedlungsgebietes durch das
1111 Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände hat in Brandenburg Verfassungsrang. Damit die Minderheit
1112 ihre Interessen wirksam vertreten kann, braucht sie eine stabile, im Alltag funktionierende Kultur- und
1113 Bildungsautonomie sowie einen starken Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten beim Landtag. Es
1114 bleibt eine politische und gesellschaftliche Daueraufgabe, die bestehenden Strukturen
1115 sorbischen/wendischen Lebens zu unterstützen, Menschen für die Bewahrung und Revitalisierung dieses
1116 kulturellen Erbes zu gewinnen und damit der nationalen Minderheit auch eine nachhaltige
1117 Zukunftsperspektive zu bieten. Vor diesem Hintergrund bleibt die Anpassung der Regelungen über die
1118 Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg an die jeweils zu lösenden Aufgaben ebenso eine
1119 wichtige Aufgabe wie die Sicherung einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Stiftung für das
1120 sorbische Volk.

1121 Vielfältige Möglichkeiten bietet die kulturelle Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum. Sie ist
1122 heute bereits weit entwickelt, vor allem in den Euroregionen. Dies trägt trotz der fortbestehenden
1123 Sprachbarrieren zu einer besseren Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn bei und strahlt auch
1124 auf andere Bereiche des Zusammenlebens aus. Durch Vereinbarungen über kulturelle Zusammenarbeit
1125 sind die bestehenden Potenziale noch besser zu nutzen. Zweisprachigkeit sollte in den deutsch-polnischen
1126 Grenzregionen sowie darüber hinaus auf beiden Seiten mehr und mehr Normalität werden. Hierfür
1127 müssen in den Schulen wie auch in den Fortbildungseinrichtungen attraktivere und praktikablere
1128 Angebote unterbreitet werden.

1129 **4. Armut überwinden – Wege zur Teilhabe öffnen**

1130 **4.1 Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal**

1131 Auch im 21. Jahrhundert gibt es gute Gründe, die soziale Frage auf die politische Tagesordnung zu setzen,
1132 und zwar ganz nach oben. Trotz abnehmender Arbeitslosigkeit hat sich das Armutsrisiko in Brandenburg
1133 erhöht. Zwischen 2000 und 2012 ist die Armutsquote im Land um mehr als ein Fünftel gestiegen. Hierfür
1134 gibt es viele Gründe. Der am meisten skandalöse besteht darin, dass Erwerbsarbeit per se nicht mehr vor
1135 Armut schützt, was in beiden deutschen Staaten bis 1990 zu den großen sozialen Errungenschaften zählte.
1136 Der Druck auf die Erwerbseinkommen hat durch prekäre Erwerbsverhältnisse, wie Leih- und Zeitarbeit,
1137 geringfügige Beschäftigung oder Scheinselbständigkeit stetig zugenommen. Die Hartz-Gesetze mit dem
1138 Zwang, jede Arbeit anzunehmen, haben maßgeblich zur Ausbreitung des Niedriglohnssektors beigetragen.
1139 Einem besonders hohen Armutsrisiko unterliegen zudem Menschen mit Behinderungen, deren

1140 Nachteilsausgleiche nach wie vor nicht einkommens- und vermögensunabhängig finanziert werden. Die
1141 stigmatisierende Grundsicherung für Arbeitssuchende, besser bekannt als Hartz-IV oder ALG II, ist durch
1142 eine individuelle sanktionsfreie Mindestsicherung, oberhalb der Armutsrisikogrenze in Höhe von zurzeit
1143 mindestens 1.050 Euro zu ersetzen.

1144 Ein besonderer Skandal ist die verbreitete Kinderarmut. In Brandenburg gilt jedes vierte Kind im Alter
1145 von unter 3 Jahren und jedes fünfte Kind zwischen 4 und 15 Jahren als arm. Aber auch die Altersarmut
1146 wird zu einem wachsenden Problem. Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, die wir in den letzten
1147 Jahren erlebten, ist weniger auf Agendapolitik und Hartz-Gesetze zurückzuführen, sondern wurde ganz
1148 wesentlich vom demografischen Wandel verursacht. Geburtenstarke Nachkriegsjahrgänge rücken in
1149 Rentenalter, extrem geburtenschwache Jahrgänge wachsen nach. Unter den neuen Rentnerinnen und
1150 Rentnern in Brandenburg befinden sich viele, die zur Mitte ihres Arbeitslebens von den wirtschaftlichen
1151 Umbrüchen und der Massenarbeitslosigkeit der 1990er Jahre erfasst wurden, gebrochene
1152 Erwerbsbiografien vorweisen und mit sehr niedrigen Altersrenten klarkommen müssen.

1153 Armut hat heutzutage viele Gesichter. Daher braucht es auch vielfältige Strategien, um dieser Geißel
1154 wirkungsvoll begegnen zu können. Langzeitarbeitslose und arbeitslose Jugendliche ohne Berufserfahrung
1155 brauchen vor allem einen sozialen und fachlichen Kompetenzzuwachs und die Befähigung zur
1156 Selbstorganisation, um wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Ein weiterer
1157 Handlungsschwerpunkt ist der Ausgleich geschlechtsspezifischer und behinderungsbedingter
1158 Ungleichbehandlung. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Aktivierung von jungen Erwerbsfähigen mit
1159 Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen sowie jungen Müttern (insbesondere
1160 Alleinerziehenden) für einen Ausbildungsabschluss bzw. die Aufnahme einer Berufstätigkeit.

1161 Ein gutes Mittel gegen die Folgen von Kinderarmut
1162 sind kostenfreie und unkomplizierte
1163 Teilhabeangebote in den Bereichen Sport, Freizeit
1164 und Bildung, die von den Kindern selbständig
1165 wahrgenommen werden können. Dies gilt auch für
1166 das Schulesen oder Klassenfahrten sowie
1167 organisierte Kino- oder Theaterbesuche. Zugleich
1168 bleibt die Forderung nach einer bundesweiten
1169 Regelung für eine armutsfeste Grundsicherung für
1170 Kinder auf der Tagesordnung. Sie soll Kinder- und
1171 Jugendarmut verhindern, allen beste Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bieten und vor
1172 Ausgrenzung und Diskriminierung schützen.

Projektvorschlag:

Ausbau von Sozialtickets für Kinder und Familien. Zielgerichtete materielle und immaterielle Unterstützung von jungen Müttern (insbesondere Alleinerziehenden) für einen Ausbildungsabschluss bzw. die Aufnahme einer Berufstätigkeit

1173 Immer wichtiger wird die Unterstützung für Familien, die in dauerhafte Armut geraten sind und aus
1174 eigener Kraft den Alltag nicht mehr bewältigen. Hilfetemen sind der geregelte Tagesablauf,
1175 Haushaltsführung, Ernährung, Gesundheit und nicht zuletzt die Finanzen. Ein Instrument, das den
1176 Bedürfnissen aller Menschen in Armut gerecht wird, sind »Sozialtickets«, die sich über ein breites
1177 Spektrum an Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Mobilitätsangeboten für Einkommensschwache erstrecken.

1178 Um mit Armut und ihren sozialen Folgen fertig werden zu können, brauchen wir in Brandenburg ein
1179 integriertes Netz von Gemeinwesenakteuren, Bildungsträgern, Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfegruppen
1180 und Bürgerinitiativen. Entscheidend ist eine dauerhaft verlässliche Finanzierung und Personalausstattung
1181 der Sozialarbeit. Mit kurzatmigen Projekten und dauerhaft wechselnden Bezugspersonen sind soziale
1182 Probleme nicht zu lösen. Armutsbekämpfung ist einer der Bereiche, für den Mittel aus dem Europäischen
1183 Sozialfonds eingesetzt werden sollen, wobei verstärkt auf nachhaltige Effekte zu setzen ist. Da sich
1184 soziale Konflikte in den Städten ballen, sollte sich Brandenburg im Bund energisch für die
1185 Wiederbelebung der Sozialen Stadt einsetzen.

1186 Auch in Brandenburg gibt es die Diskussion darüber, ob ein Bedingungsloses Grundeinkommen
1187 eingeführt werden kann und soll, ob es tatsächlich eine Lösung für die Probleme der
1188 Erwerbsarbeitsgesellschaft von heute ermöglicht. Das Bedingungslose Grundeinkommen soll für alle
1189 Existenz und Mindestteilhabe sichern und mit einem individuellen Rechtsanspruch verbunden sein; es
1190 soll ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit gewährt werden. Eine Entscheidung darüber
1191 liegt nicht in der Kompetenz eines Bundeslandes. Die Auseinandersetzungen darüber aber führen zu
1192 grundsätzlichen Aspekten der Zukunft der Sozialsysteme, der linken Strategie sowie zu der Frage, wie wir

1193 arbeiten und leben wollen. Sie sind damit Teil der Debatte über die Zukunft unseres Landes, die wir aktiv
1194 führen wollen.

1195 **4.2 Brandenburg – Land für junge Menschen**

1196 Junge Menschen sollen gut gebildet, weltoffen, tolerant, mobil und flexibel sein. Mit ihnen wird die
1197 Hoffnung von Verantwortungsübernahme, gesellschaftlichen Mehrwert und einem attraktiven
1198 Lebensumfeld verbunden. Gleichzeitig stellen Kinder und Jugendlichen einen verhältnismäßig kleinen
1199 Bevölkerungsanteil in unserem Bundesland. Sie werden in Kindertagesstätten betreut, besuchen die
1200 Schule und angeschlossene Angebote. Ihr Tag ist oftmals genauso lang, wie der von Erwachsenen. Zeit für
1201 Freizeit, eigene Entfaltung und sinnfreie Beschäftigung wird weniger. Individueller Erfolgsdruck und
1202 gesellschaftliche Erwartungshaltungen nehmen zu. Dabei wird verkannt, dass es die jungen Menschen so
1203 nicht gibt. Während mancher sein Leben lang in der Uckermark leben möchte, kann eine andere es gar
1204 nicht erwarten Elbe-Elster alsbald nach bestandener Führerscheinprüfung zu verlassen.

1205 Herausforderungen für unsere Gesellschaft sind es, allen jungen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen,
1206 ihnen bei Bedarf Orientierung und Unterstützung zu bieten, Angebote vor Ort vorzuhalten und dennoch
1207 auch den Wunsch nach Kennenlernen der Welt zu befördern. Wir wollen Kindern und Jugendlichen
1208 entsprechend ihres Alters und mit zunehmenden Erfahrungen als Expertinnen und Experten für ihr
1209 eigenes Leben wahrnehmen und ihnen die Möglichkeit einräumen sich auch entsprechend mittels
1210 vorhandener und jugendspezifischer Partizipationsverfahren zu beteiligen. Diese sind an den Interessen
1211 und Organisationsformen junger Menschen auszurichten, mit Kompetenzen sowie fachlicher
1212 Unterstützung auszustatten. Alibiveranstaltungen brauchen wir nicht.

1213 Eine Grundvoraussetzung, um selbstständig leben zu können und für das eigene Leben die volle
1214 Verantwortung zu übernehmen, ist ein eigenständiges Einkommen. Wir brauchen für Azubis und
1215 Studierende bundesweite Regelungen zur Sicherung eines auskömmlichen individuellen Orientierungs-,
1216 Ausbildungs- und Studienhonorars ohne Altersbegrenzung.

1217 Sozial mündig werden und politisch mündig werden sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb war die
1218 Entscheidung für ein Wahlrecht in Land und Kommunen ab 16 Jahren richtig.

1219 Ein gutes Schulangebot, Ausbildungsplätze und gute Arbeit, attraktive Wohnungen, eine kinder- und
1220 familienfreundliche soziale Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangebote sind die Voraussetzung, um
1221 jungen Menschen eine Perspektive im Land zu eröffnen – eine Garantie sind sie nicht. »Jugend in
1222 Brandenburg – heute und morgen« soll als landesweite Gemeinschaftsaufgabe verantwortliche Akteure
1223 aus allen Bereichen und Ebenen vernetzen und Strategien ermöglichen, um Brandenburg auch zukünftig
1224 als Heimat für junge Menschen zu gestalten.

1225 **4.3 Generationswechsel solidarisch und gerecht gestalten**

1226 Seit über einem Jahrzehnt nimmt in Brandenburg die Zahl der über-50-jährigen Beschäftigten in
1227 Wirtschaft und Verwaltung kontinuierlich zu. Dies resultiert weniger aus Neueinstellungen älterer
1228 Erwerbstätiger, sondern zeugt von einer wachsenden Alterung der Belegschaften. Der Generationen-Mix
1229 stimmt nicht mehr. Etwa jeder dritte Betrieb in Brandenburg hat eine unausgeglichene Altersstruktur. In
1230 der öffentlichen Verwaltung, bei unternehmensnahen Dienstleistungen, im Gesundheits- und
1231 Sozialwesen, im verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel sind diese Entwicklungen am stärksten
1232 ausgeprägt. Brandenburg muss sich dem anstehenden und unausweichlichen Generationswechsel stellen
1233 und ihn gestalten, insbesondere auch durch politische Rahmensetzungen.

1234 Was tun? Am schwierigsten gestaltet sich der Zugang für Jüngere in Brandenburg bei Klein- und
1235 Kleinstbetrieben. Sie stellen die Mehrheit der Unternehmen. Zugleich haben die betroffenen Betriebe
1236 absehbar einen besonderen Bedarf an hoch qualifiziertem Personal, an Hoch- und Fachschulabsolventen.
1237 Hier muss die politische Unterstützung ansetzen. Existenzgründungen von jüngeren Menschen,
1238 insbesondere von Absolventinnen und Absolventen brandenburgischer Hoch- und Fachschulen, sind

1239 besonders zu fördern. Im Dialog mit den Bildungseinrichtungen, den Kammern und den Kommunen
1240 wollen wir dafür geeignete Ansätze und Instrumente finden.

1241 In der öffentlichen Verwaltung schlägt zu Buche, dass die Personalzahlen insgesamt stagnieren bzw.
1242 reduziert werden. So erhielten nur 5 Prozent derjenigen, die 2011 in Brandenburg eine berufliche
1243 Ausbildung absolvierten, eine Anstellung in der öffentlichen Verwaltung – obwohl deren Personal
1244 insgesamt 10 Prozent der Beschäftigtenzahl im Lande ausmacht. Die ohnehin unausgeglichene
1245 Altersbilanz verschärft sich dadurch weiter, der anstehende Generationswechsel wird behindert. DIE
1246 LINKE hat daher in der Regierungsverantwortung nicht nur erfolgreich Wert darauf gelegt, bei der
1247 Anpassung des Öffentlichen Dienstes an veränderte Bedingungen und Ressourcen einerseits
1248 betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und andererseits Neueinstellungen in zentralen Bereichen
1249 wie Bildung vorzunehmen. Zugleich setzte DIE LINKE Einstellungskorridore für Jüngere durch. Dieser
1250 Orientierung wollen wir verstärkt folgen.

1251 Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und
1252 politische Querschnittsaufgabe in allen zentralen Handlungsfeldern. Generationengerechtigkeit muss sich
1253 auf umfassende Solidarität und auf Verantwortung für die kommenden Generationen gleichermaßen
1254 gründen. Wir brauchen einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme, der demografische Nachhaltigkeit
1255 gewährleistet. Wir treten dafür ein, den Generationenvertrag nicht dem Gewinnstreben privater
1256 Versicherer zu opfern, sondern weiter zu entwickeln. Dabei müssen sich alle Altersgruppen mit ihren
1257 jeweiligen Interessen und Befindlichkeiten wiederfinden.

1258 Unbedingt zu verstärken ist die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Kindern und Jugendliche.
1259 Die Kinderrechte nach der einschlägigen UN-Konvention sind inzwischen einklagbar, aber die daraus
1260 erwachsenden Beteiligungsrechte und Verfahren sind in Deutschland noch immer nicht durchgängig
1261 gesetzlich geregelt. Hier ist das Land Brandenburg mit einer gesetzgeberischen Initiative im Bund aktiv
1262 geworden. Wichtig ist vor allem, die Kinder- und Jugendlichen bei der Planung kommunaler Vorhaben
1263 von Beginn an zu beteiligen, wie es seit neuestem auch im Baugesetzbuch verankert ist. Kinder und
1264 Jugendliche müssen in die Entscheidungen eingebunden werden, und zwar so, dass sie wirklich und
1265 spürbar Einfluss haben. Dies hilft nicht nur, kommunale Investitionen an den wirklichen Bedürfnissen
1266 von Kindern und Jugendlichen auszurichten, die Akzeptanz der Projekte zu stärken und Fehlallokationen
1267 öffentliche Mittel zu vermeiden. Die Teilhabe an den Entscheidungsverfahren stärkt auch das
1268 Verantwortungsbewusstsein für die Geschicke des Gemeinwesens und ist die beste Schule für
1269 demokratisches Handeln.

1270 Kinder und Jugendliche können selbstbestimmt Entscheidungen treffen. Diese Fähigkeit muss unterstützt
1271 und gefördert werden. In manchen Städten und Gemeinden bestehen Jugendparlamente. Das ist ein guter
1272 Weg. Noch besser wird es, wenn es gelingt, die heute übliche, räumlich und zeitlich flexible digitale
1273 Kommunikation mit der Regelmäßigkeit und Kontinuität demokratischer Gremienarbeit zu vernetzen.
1274 Stetigkeit und Relevanz sind die Schlüsselbegriffe. Hierzu kann ein eigenes Budget in eigener
1275 Entscheidungshoheit zählen, ebenso wie das Rederecht in kommunalen Entscheidungsgremien,
1276 möglicherweise bis hin zum Vetorecht in Angelegenheiten, die Kinder- und Jugendliche direkt betreffen
1277 und deren Belange im Verfahren offenkundig missachtet worden sind.

1278 **4.4 Solidarität und Teilhabe im Alter**

1279 Die Menschen in Brandenburg werden immer älter und zum Glück auch immer gesünder älter. Die
1280 Relationen zwischen den Generationen verschieben sich, was erhebliche Auswirkungen auf alle
1281 Lebensbereiche hat. Noch sind Wirtschaft und Gesellschaft zu wenig auf die Interessen, Bedürfnisse und
1282 Potenziale des wachsenden Anteils von Älteren in unserem Land eingerichtet. Noch zu wenige Betriebe
1283 stellen ihre Arbeitsverhältnisse durch gezielte Maßnahmen auf die speziellen Anforderungen älterer
1284 Beschäftigter ein. In der gesellschaftlichen Debatte und in der gesellschaftlichen Praxis wird Alter allzu
1285 schnell mit Hilflosigkeit, Hilfsbedürftigkeit oder auch nur eingeschränkter Handlungsfähigkeit
1286 gleichgesetzt.

1287 Der Eintritt in den Ruhestand ist heute für die meisten noch lange nicht der Abschied vom aktiven,
1288 selbstbestimmten Leben. Zwischen dem Beginn der Rente und dem Moment, wo Alter vor allem Last und
1289 Einschränkung bedeutet, liegt immer mehr Zeit. Viele Menschen suchen in dieser Phase nach neuem

1290 Lebenssinn, nach Aufgaben, nach Gebrauchtwerden. Andere haben - insbesondere aufgrund gebrochener
1291 Erwerbsbiografien - Mühe, gesellschaftliche Teilhabe materiell abzusichern. Wir behalten die sozialen
1292 Nöte im Blick. Wir treten dafür ein, die Risiken von Altersarmut zu beseitigen. Dazu gehören eine den
1293 Lebensstandard sichernde Rente und Initiativen für die Angleichung des Rentenwertes Ost. Wir
1294 plädieren wir für den Übergang zu einer solidarischen Rentenversicherung, in die alle, also auch Beamte,
1295 Abgeordnete und Freiberuflerinnen und Freiberufler, einzahlen, wobei die Beitragsbemessungsgrenze
1296 abzuschaffen ist. Zum Schutz vor Altersarmut ist eine solidarische monatliche Mindestrente in Höhe von
1297 derzeit mindestens 1.050 Euro netto monatlich im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung
1298 einzuführen.

1299 Die Gesellschaft kann von der sozialen Kompetenz, von den Erfahrungen und vom Zeitbudget der aktiven
1300 Älteren viel profitieren. Das gilt nicht nur für die Jüngeren, sondern auch für die eigenen Altersgenossen.
1301 Das Engagement Älterer für gemeinnützige Zwecke sollte also gezielter gefördert werden, vor allem durch
1302 materielle und immaterielle Investitionen in geeignete Projekte und Organisationsformen. Einrichtung
1303 und Betrieb Sozialer Ankerpunkte könnten ein solches Betätigungsfeld sein. Je nach sozialer Lage kann
1304 das Engagement Älterer im Ehrenamt, aber auch gegen eine finanzielle Anerkennung erfolgen. Die
1305 Förderung von Teilhabe ist uns wichtig, aber um des gesellschaftlichen Ertrags willen, und nicht als
1306 Instrument gegen drohende Altersarmut.

1307 Voraussetzung für den Erfolg all dieser Ansätze ist, dass die Akteure vor Ort die Handlungsfreiheit
1308 bekommen, mit ihren eigenen Stärken die eigenen Probleme zu lösen. Das schließt ein, das Ehrenamt zu
1309 stärken und stärker anzuerkennen. Um die Fähigkeiten und Potentiale der Senioren für gemeinnützige
1310 Arbeit zu nutzen und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, bietet das Ehrenamt einen
1311 bereits maßgeschneiderten Lösungsansatz, der breitenwirksam eingesetzt werden und funktional noch
1312 optimiert werden kann.

1313 Aber es geht auch um mehr. Altersgerechte Mobilitäts- und Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser und
1314 nachbarschaftliche Netzwerke können durch die Wohnungs- und Städtebauförderung sowie über
1315 spezielle Landesprogramme unterstützt werden. Die öffentlichen Bildungsträger sollten, möglichst auch
1316 mit Inanspruchnahme von EU-Mitteln, vielfältigere und konsequenter zielgruppenorientierte Angebote
1317 für lebenslanges Lernen unterbreiten.

1318 Wo Pflege und Betreuung notwendig sind, sollen sie den Wünschen der Betroffenen entsprechen. Dazu
1319 gehören selbst gewählte und selbstorganisierte Wohnformen. Wo Menschen die Pflege und Betreuung
1320 hilfsbedürftiger Seniorinnen und Senioren zum Beruf gemacht haben, steht ihnen eine anständige
1321 Bezahlung zu. Das ist leider nicht die Regel - und betrifft viele. Fast 10.000 Arbeitsplätze sind seit 2001
1322 allein im Pflegebereich entstanden.

1323 Es geht darum, in Würde alt zu werden. Und irgendwann auch darum, in Würde zu sterben. Hospize
1324 leisten dafür Großes - oft im Ehrenamt. Doch immer mehr Menschen sind allein, wenn es für sie auf das
1325 Ende zugeht. Sie haben schon lange vorher als Singles gelebt oder ihre Angehörigen müssen arbeiten, oft
1326 in der Ferne. Die Gesellschaft steht hier in Pflicht.

1327 **4.5 Die Zukunft ist weiblich**

1328 Es heißt aus guten Gründen: die Zukunft. Auch Brandenburgs Zukunft ist weiblich. Unser Land hat in
1329 dieser Hinsicht allerdings noch viel aufzuholen. Es stimmt hoffnungsvoll, dass der Anteil junger Frauen
1330 an denjenigen, die unser Land verlassen, nicht mehr überdurchschnittlich hoch ist.

1331 Aber nach wie vor liegen auch in Brandenburg die Löhne und Gehälter von Frauen bei gleicher
1332 Qualifikation unter den vergleichbaren Bezügen von Männern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein
1333 elementares Gebot des Anstandes und kein besonderes Geschenk an Frauen. Der Anteil von Frauen in
1334 Führungspositionen ist dramatisch gering. Grundsätzlich geht es darum, die Potentiale, die Kreativität
1335 und die Schöpferkraft der Frauen für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung voll zur Geltung zu
1336 bringen. Eine Frauenquote für Führungspositionen ist überfällig. Die Umsetzung dieser Ziele ist nicht
1337 allein eine Aufgabe von Sozialpolitik oder Frauenvertretungen. Ein neuer Aufbruch im gesellschaftlichen
1338 Bewusstsein steht an. Wir brauchen ein soziokulturelles Umfeld, das Frauen nicht nur eine berufliche

1339 und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht
1340 und dadurch neue gesellschaftliche Entwicklungspotentiale freisetzt.

1341 Im Zusammenwirken mit dem Frauenpolitischen Rat wurde mit dem Gleichstellungspolitischen
1342 Rahmenprogramm 2011 bis 2014 ein konkretes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die
1343 Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und
1344 strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm wird im Dialog mit
1345 Frauenorganisationen und Initiativen regelmäßig aktualisiert und mündet in konkreten Schritten im
1346 Sinne der weiteren Gleichstellung von Frauen.

1347 Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
1348 im Beruf, in der Politik, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert. Quoten sind ein Mittel und
1349 kein Ziel, um paritätische Beteiligung von Frauen zu gewährleisten.

1350 Alle Politikbereiche müssen ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten.

1351 Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eine andere Verfügungsmöglichkeit über die vorhandene Zeit: für
1352 Erwerbsarbeit, für Familie, für Bildung und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für
1353 ausreichend Erholung und Zeit für sich selbst. Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und
1354 Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben zu vereinbaren; Arbeitszeit ist so zu
1355 gestalten, dass alle die Möglichkeit haben Beruf, Familie Freizeit und Engagement in ihren Alltag zu
1356 integrieren.

1357 Dabei müssen ein existenzsichernder Lohn oder ein anderes Einkommen gesichert sein, das ein
1358 würdevolles Leben sichert. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, für Politik und Wirtschaft.
1359 Ein kraftvolles, selbstbewusstes „Wir verdienen mehr!“ aus dem Mund der brandenburgischen Frauen
1360 kann eine solche Entwicklung nur befördern!

1361 Die Entwicklung in den ländlichen Räumen erweist sich dabei als besondere Herausforderung. Durch den
1362 Rückbau von Strukturen sind besonders die Frauen betroffen - z.B. durch eingeschränkte Mobilität. Es
1363 geht um die Schaffung gleichwertiger geschlechtergerechter Lebensbedingungen.

1364 Wir wollen eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss allen
1365 Menschen ein gutes planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche
1366 Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden. Dazu zählen bedarfsgerechte und
1367 qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder, die ihren unterschiedlichen und
1368 altersspezifischen Bedürfnissen gerecht werden.

1369 Sexismus sagen wir klar den Kampf an! Hier geht es nicht um „Kavaliersdelikte“, sondern um
1370 Machtverhältnisse in der Gesellschaft. Verbale und erst recht tätliche Gewalt gegen Frauen muss
1371 ausgemerzt werden. Opfern von Gewalt gehört unsere ganze Zuwendung. Wir sorgen für die Finanzierung
1372 und für die Arbeitsfähigkeit von Frauenhäusern.

1373 Auch wir in der LINKEN müssen lernen, die Formen des Umgangs und unserer politischen Arbeit so zu
1374 verbessern, dass sie für auch für Frauen mit Familie und Beruf attraktiv sind, das sie vor allem auch bei
1375 jungen Frauen politisches Mitmachen befördern.

1376 **5. Lebensgrundlagen bewahren**

1377 **5.1 Ressourcen schonen, sozial-ökologischen Wandel schaffen**

1378 Die globale ökologische Herausforderung macht um Brandenburg keinen Bogen. Wir erleben den
1379 Klimawandel in Form von extremen Wetterphänomenen und Temperaturänderungen, verbunden mit
1380 dramatischen Zukunftsszenarios für Natur und Lebensbedingungen in unserem Land. Wir sind mit den
1381 Kollateralschäden von grenzenloser Mobilität und technischen Fortschritt für die heimische Tier- und
1382 Pflanzenwelt konfrontiert. Wir müssen mit ausgedehnten Bergbaufolgelandschaften umgehen, deren
1383 Rekultivierung eine Generationenaufgabe darstellt.

1384 Noch nie ist uns so klar gewesen wie heute, dass unser Überleben von einer menschenfreundlichen
1385 Umwelt abhängt, für deren Erhalt wir selbst verantwortlich sind. Diese Einsicht gehört zum

1386 gesellschaftlichen Grundkonsens in unserem Land. Jede politische Kraft hat die Umwelt in ihr Programm
1387 aufgenommen. Konzept und Handeln der LINKEN werden von der Überzeugung bestimmt, dass ein
1388 ökologischer Umbau nur dann wirklich tiefgreifend und nachhaltig gerät, wenn er solidarisch und sozial
1389 gerecht erfolgt. Mit diesem Anspruch sollen technologische Innovation und wirtschaftspolitische
1390 Steuerung eingesetzt werden. Die Pioniere der Erneuerung brauchen gute Startbedingungen und den
1391 Freiraum, um das neue auf den Weg bringen zu können. Anreize können helfen, erfolgreiche
1392 Modellprojekte massentauglich zu machen. Jene, deren wirtschaftliche Existenz durch den Wandel
1393 betroffen ist, brauchen keine warmen Worte über abstrakte Chancen, sondern konkrete Unterstützung
1394 bei Umschulung, Qualifizierung und beruflichem Neustart. Die wirtschaftliche, die soziale und die
1395 regionale Dimension des anstehenden Umbaus müssen in Gleichklang gebracht werden.

1396 Der sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn alle gewinnen, wenn Nutzen und Lasten zwischen den
1397 sozialen Gruppen wie auch zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. DIE LINKE will dafür
1398 sorgen, dass Nachhaltigkeit ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird. Nachhaltigkeitsprüfungen
1399 können sich als taugliche Instrumente erweisen, um Strategien und Projekte auf ihre Langzeiteffekte für
1400 Gesellschaft und Umwelt zu prüfen und ihre Zielwirkung zu verbessern.

1401 Ein vorrangiges Handlungsfeld ist die Energiewende. Brandenburg will sich seiner internationalen
1402 Verantwortung stellen und durch eine Minderung der CO₂-Emissionen um 72 Prozent bis 2030
1403 gegenüber 1990 zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen, wobei der Anteil erneuerbarer Energien
1404 am Primärenergieverbrauch auf 32 Prozent gesteigert wird.

1405 Energiewende bedeutet nicht nur den Umstieg auf ökologisch vertretbare Energiequellen, sondern ebenso
1406 auch eine technologische Innovation zur Senkung des spezifischen Energieverbrauchs. Forschung und
1407 Umsetzung in diesem Bereich sollen besser strukturiert und effektiver gefördert werden. Die
1408 energetische Gebäudesanierung hilft nicht nur, Energieverbrauch und Schadstoffausstoß nachhaltig zu
1409 senken, sondern führt zu mehr Wohnqualität und langfristige Kostensenkung, wenn die Preise für fossile
1410 Energieträger unaufhaltsam weiter steigen. Sie unterstützt zudem die technologische Entwicklung und
1411 Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft. Zugleich muss gesichert werden, dass die Mieten bezahlbar
1412 bleiben. Die Förderinstrumente von Landesinvestitionsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie
1413 der Wohnungs- und Städtebauförderung sollten konsequenter auf diese sozial-ökologischen
1414 Zusammenhänge ausgerichtet werden.

1415 Wer Ressourcen schonen und die Umwelt schützen will, kommt an geschlossenen Stoffkreisläufen nicht
1416 vorbei. Dies gilt für die Industrie ebenso wie für Handwerk und Landwirtschaft. Das Thema sollte -
1417 speziell in ländlichen Regionen - auch für die einzelnen Privathaushalte entschlossener angegangen
1418 werden. Konzepte und Technologien für geschlossene Stoffkreisläufe, für eine nachnutzende Beseitigung
1419 von Mülldeponien sowie für die Verwertung von Biomasse sollten einen neuen Förderschwerpunkt in
1420 Wissenschaft und Wirtschaft bilden. Wasser und Boden sind als Lebensgrundlage und Gemeingut
1421 unverzichtbar. Der sparsame Umgang mit ihnen und ihr Schutz vor Verunreinigungen muss deshalb das
1422 Ziel ressourcenschonender Politik sein. Wie auch andere Funktionen der Daseinsvorsorge gehören die
1423 Wasserver- und Entsorgung sowie die Müllentsorgung ohne Wenn und Aber in öffentliche Hand.

1424 Es muss uns gelingen, dass der ökologische Umbruch und die Energiewende trotz aller Probleme, Hürden
1425 und Belastungen am Ende des Tages als Gewinn für die Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner
1426 Wirtschaft wie auch für Wohlstand und Lebensqualität jedes Einzelnen verbucht werden können!

1427 **5.2 Hochwertige Infrastruktur überall und für jeden**

1428 Eine flächendeckend hochwertige technische Infrastruktur und Versorgung mit modernen
1429 Kommunikationsmedien bildet die wichtigste technische Voraussetzung für Daseinsvorsorge und
1430 Teilhabe, für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse überall im Land. Dies gilt ganz
1431 besonders für dünn besiedelte ländliche Räume mit einer weitmaschigen Infrastruktur.

1432 Grundsätzlich gilt aber auch, dass unser Land angesichts der regionalen Diversität nicht mit einer
1433 Einheitsschablone werkeln kann, sondern maßgeschneiderte individuelle Lösungen für die
1434 unterschiedlichen Landesteile braucht. Im verdichteten Siedlungsraum um Berlin bestehen gute
1435 Voraussetzungen für eine effiziente zentralisierte Ver- und Entsorgungswirtschaft. In dünner besiedelten

1436 ländlichen Räumen muss im Dialog mit Gemeinden und Öffentlichkeit sorgsam abgewogen werden,
1437 welche technische und organisatorische Lösung den jeweils größten Effekt und die geringste finanzielle
1438 Belastung für Bewohnerinnen und Bewohner bzw. die Kommunen hat. Je weniger sinnvoll eine
1439 zentralistische Großstruktur zu sein scheint, desto größer sollten die gesetzlichen und administrativen
1440 Spielräume für dezentrale Einheiten und autonome Selbstorganisation vor Ort werden.

1441 Nach den ernüchternden Erfahrungen mit den Folgen der Privatisierungsorgien öffentlicher
1442 Infrastruktureinrichtungen während der vergangenen zwei Jahrzehnte sollte dieser Irrweg, der auf
1443 Kosten von Verbrauchern und Kommunen ging, beendet werden. Infrastruktur muss zuallererst dem
1444 Gemeinwohl dienen. Unser Ziel ist, die öffentliche Daseinsvorsorge auf wirtschaftlich stabile Grundlagen
1445 zu stellen. Wir wollen die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Ver- und
1446 Entsorgungswirtschaft zu stärken. Um tragfähige Größenordnungen und Betriebsstrukturen zu erreichen,
1447 stehen außerhalb der Ballungsräume auch interkommunale Arbeitsteilung und Kooperation bis hin zu
1448 Verflechtung und Fusion auf der Agenda.

1449 Durch langfristige Ver- und Entsorgungskonzepte sollen die Kommunen in ihren Struktur- und
1450 Vergabeentscheidungen besser in die Lage versetzt werden, einen nachhaltigen Nutzen für das
1451 Gemeinwesen zu sichern. Autonome Ver- und Entsorgung in dünn besiedelten Landstrichen soll durch
1452 Formulierung von verbindlichen technischen Standards, Schaffung von Rechtssicherheit und
1453 angemessene Förderung unterstützt werden. Zudem müssen wir unsere Infrastruktur auf den
1454 demografischen Wandel einstellen. Daher sollten nachhaltige und werthaltige Modellvorhaben gefördert
1455 werden.

1456 Die digitale Kommunikation bietet exzellente Möglichkeiten, um die Gleichwertigkeit der
1457 Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Landesteilen zu stärken. Auch in dünner besiedelten
1458 Regionen können sich Bewohner und Gewerbetreibende optimal vernetzen, um ihre wirtschaftlichen und
1459 lebensweltlichen Chancen zu nutzen. Daher ist unser Ziel, Breitbandanschlüsse flächendeckend im
1460 ganzen Land zu gewährleisten sowie die Barrierefreiheit im digitalen Angebotsspektrum konsequent
1461 voranzubringen.

1462 **5.3 Handlungsschwerpunkt Gesundheit**

1463 Gesundheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein aktives und erfülltes Leben, für die
1464 gleichberechtigte Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft. Soziale Verantwortung, bestmögliche Fürsorge
1465 und Vorsorge für jeden Einzelnen, gleichberechtigter Zugang zu allen medizinischen Leistungen sowie
1466 flächendeckende verlässliche Versorgung und schnelle Hilfe bilden die Leitmotive einer gerechten und
1467 solidarischen Gesundheitspolitik.

1468 Kinder sollen in Brandenburg gesund aufwachsen, Männer und Frauen gesund alt werden können. Wir
1469 wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsrisiken so gut wie möglich bewahrt bleiben, bei
1470 Krankheit oder Verletzung nach dem höchsten Stand ärztlichen Wissens versorgt werden und schließlich
1471 auch in Würde sterben können. Nachhaltige Gesundheitspolitik setzt auf eine gesundheitsbewusste
1472 Lebensgestaltung und gesellschaftliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie auf eine
1473 Akteursvernetzung innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens. Im Bündnis »Gesund Aufwachsen
1474 in Brandenburg« haben sich freiwillig knapp 70 staatliche und nichtstaatliche Akteure im Interesse einer
1475 ganzheitlichen Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche zusammengeschlossen. Das Bündnis
1476 »Gesund Älter werden in Brandenburg« engagiert sich für die Belange der Seniorinnen und Senioren.
1477 Bereits 2020 wird jeder vierte Einwohner in Brandenburg älter als 65 Jahre sein, in ländlichen Regionen
1478 ist noch mit erheblich höheren Seniorenanteilen zu rechnen.

1479 Die regionale Vielfalt und die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den einzelnen Landesteilen
1480 stellen auch bei der Gesundheitsversorgung die größte Herausforderung dar. Während in den
1481 Großstädten und im Speckgürtel weitgehend bedarfsgerechte Betreuungsangebote zur Verfügung stehen,
1482 bereitet die Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum immer größere Probleme.

1483 Brandenburg braucht ein integriertes Gesamtkonzept, um eine flächendeckende, bedarfsgerechte und
1484 kostenbewusste Gesundheitsversorgung dauerhaft zu sichern. Die Kooperation und Arbeitsteilung
1485 zwischen den einzelnen Trägern der medizinischen Versorgung muss verbessert werden.

1486 Krankenhausstandorte nehmen die Funktion von Kompetenzzentren wahr. Die ambulante Betreuung
1487 wird qualifiziert und verbreitert, effizienter gestaltet und besser vernetzt. Vor allem im ländlichen Raum
1488 nehmen medizinische Versorgungszentren mit integrierten fachübergreifenden Konzepten eine
1489 Schlüsselstellung ein. In dünn besiedelten Regionen muss die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten
1490 durch bessere Rahmenbedingungen für die hausärztliche Berufstätigkeit unterstützt werden. Dies
1491 schließt finanzielle Hilfen bei Aufbau oder Übernahme einer Arztpraxis, Förderung für Weiterbildung
1492 und Qualifizierung sowie besondere Anreize für den ärztlichen Nachwuchs ein. Wenn es um attraktive
1493 Arbeits- und Lebensbedingungen für niedergelassene Ärzte und deren Lebenspartner bzw. Familien auf
1494 dem flachen Land geht, ist auch ein größeres Engagement der jeweiligen Kommunen gefragt.

1495 Brandenburg ist Vorreiter bei Konzept und Einsatz
1496 von Gemeindeschwestern. Durch das Modellprojekt
1497 AGNES wurden Grundlagen geschaffen, um
1498 arztentlastende Fachkräfte im ländlichen Raum
1499 flächendeckend einsetzen zu können. Dieses Modell
1500 sollte nun in ganz Brandenburg flächendeckend zum
1501 Einsatz kommen, wofür die finanziellen Voraussetzungen im Landeshaushalt geschaffen werden müssen.
1502 Mit dem medizinischen Versorgungszentrum, der Gemeindeschwester und der Telemedizin werden
1503 zukunftsfähige Strukturen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum gesichert.

Projektvorschlag:

Gemeindeschwester AGNES: Vom
Modellprojekt zum Standard

1504 Entscheidende Rahmenbedingungen für das Gesundheitssystem werden vom Bund geregelt. Brandenburg
1505 wird sich ganz entschieden für Erhalt und Ausbau des solidarischen Krankenversicherungssystems
1506 einsetzen. Die Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden! Wir wollen eine einheitliche
1507 Bürgerversicherung, zu der alle Versicherten nach Maßgabe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit
1508 beitragen. Nötig ist zudem eine effektivere Ausgabenkontrolle der Krankenkassen, die nicht zu Lasten
1509 der Leistungen für die Versicherten geht, sondern Preistreiberei und Preiskartelle der Pharmaindustrie
1510 wirksam bekämpft. Zudem brauchen Länder wie Brandenburg mehr eigenständigen
1511 Gestaltungsspielraum bei der Festlegung der Rahmenbedingungen für hausärztliche Tätigkeit, um die
1512 Versorgung auch in dünn besiedelten Regionen sichern zu können. Wir treten für eine Re-
1513 Kommunalisierung der Krankenhäuser ein, da eine Herauslösung aus privaten Konzernstrukturen es
1514 erlaubt, die Einrichtungen besser auf den lokalen Bedarf einzustellen.

1515 Damit wir gesund leben, spielt der Sport eine wichtige Rolle, und zwar für alle Generationen. Sport gehört
1516 zu den wichtigsten Kulturgütern und ist für die Selbstverwirklichung der Menschen, für Lebensqualität
1517 und eine aktive Gesellschaft unverzichtbar. Der Sport verbindet Menschen unterschiedlicher sozialer und
1518 ethnischer Herkunft, unterschiedlichen Alters und Geschlechts. Er führt Menschen mit und ohne
1519 Behinderungen zusammen. Er kann Kinder von der Straße holen, fördert soziale Kompetenz und wirkt
1520 Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen. Wir wollen die Einheit von Breiten-,
1521 Freizeit und Gesundheitssport, von Kinder- und Seniorensport sowie von Behinderten- und
1522 Rehabilitationssport. Dazu gehören bedarfsgerechte Sportstätten, ein förderliches Vereinsrecht sowie
1523 breites ehrenamtliches Engagement, das entsprechend zu würdigen ist. Auch Leistungssport soll
1524 nachhaltig in Brandenburg beheimatet bleiben – chancengleich und manipulationsfrei.

1525 **5.4 Ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Mobilität**

1526 In Brandenburg ist während der vergangenen zwei Jahrzehnte viel an der Verkehrsinfrastruktur saniert
1527 und gebaut worden. Das Straßennetz wurde in großen Teilen von Grund auf erneuert und – speziell in
1528 den Ballungsräumen – auch erweitert. Vor allem auf den Magistralen, die Berlin mit anderen
1529 Metropolregionen verbinden, ist das Schienennetz für Hochleistungsverbindungen ertüchtigt worden. In
1530 Teilen haben sich die Bahnverbindungen zwischen den Oberzentren und anderen wichtigen zentralen
1531 Orten im Land verbessert. Auch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Wasserstraßen ist gewachsen
1532 und darf zukünftig nicht eingeschränkt werden. Die großen Entwicklungsachsen in Richtung Hamburg
1533 und Dresden sollen auf der Schiene weiter ausgebaut und modernen Anforderungen gerecht werden.
1534 Eine gemeinsame Region an Oder und Neiße und die bessere Anbindung unseres Landes an die östlichen
1535 Nachbarn braucht stabile und regelmäßige Verbindungen im Schienenverkehr, nach Poznań, Szczecin,
1536 Wrocław und über Küstrin und Kostrzyn hinaus auf der ehemaligen Ostbahn.

1537 Die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs ist heute ungewisser denn je. Auf der einen Seite droht ein
1538 erheblicher Rückgang der öffentlichen Mittel. So ist im Grundgesetz verankert worden, dass die Mittel
1539 des Bundes für den Ausbau von Busnetzen, Straßenbahnen und U-Bahnen spätestens ab 2020 den
1540 Ländern gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Dazu kommen klamme Kassen im Land und in immer
1541 mehr Kommunen. Auf der anderen Seite will der Bund im städtischen Nahverkehr einen ungezügelter
1542 Wettbewerb und die Privatisierung der Bahn. Das lehnen wir ab. Mobilität und damit die Teilhabe von
1543 Menschen darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb kann sich auch der Bund nicht aus der
1544 Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zurückziehen.

1545 Wir wollen einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr,
1546 der von allen Menschen bezahlbar und bis in die äußeren
1547 ländlichen Regionen Brandenburgs benutzbar sein muss.
1548 Dazu ist es auch notwendig, Barrieren für in ihrer Mobilität
1549 eingeschränkte Menschen zu beseitigen. Der Nahverkehr
1550 muss konsequent mit dem Fernverkehr verknüpft werden.
1551 Streckenschließungen und die Ausdünnung von
1552 Haltepunkten als alleinige Antwort auf geringere Nutzerzahlen lehnen wir ab. Es geht um regionale
1553 Verkehrskonzepte, die überregional angebunden sind und dafür haben auch zukünftig Bund und Land
1554 Verantwortung. Interkommunale Kooperation und Arbeitsteilung können ermöglichen, dass Zielverkehre
1555 zu den zentralen Funktionen der Daseinsvorsorge gebündelt werden. Regionale Verkehrsverbände sind
1556 zu unterstützen. Der bestehende Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg soll fortgeführt und weiter
1557 ausgebaut werden.

Projektvorschlag:

Entwicklung und Umsetzung von regionalen Verkehrskonzepten, die überregional angebunden sind

1558 Angesichts der bereits erreichten Dichte unserer Verkehrsinfrastruktur muss sich eine vorausschauende
1559 Verkehrspolitik auf die Qualifizierung der Funktionsfähigkeit der bestehenden Netze sowie auf
1560 intelligente Strategien zur Verkehrsvermeidung, Verkehrsabwicklung und Verkehrslenkung
1561 konzentrieren. Planungen von verkehrlichen Infrastrukturvorhaben sind im Dialog mit Nutzern und
1562 Betroffenen sorgfältig abzuwägen und über einen Nachhaltigkeitscheck von den Folgen für die Umwelt
1563 zu bedenken. Der Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, der steigende Klimabelastungen
1564 verursacht. Zunehmend müssen auch die gesundheitlichen Auswirkungen durch Lärm mehr Beachtung
1565 finden.

1566 In den Städten soll eine langfristig orientierte Standortentwicklung der kommunalen Infrastruktur mit
1567 kurzen Wegen zur Verkehrsvermeidung beitragen. Elektromobilität im ÖPNV soll sowohl bei der
1568 Technologieentwicklung und beim direkten Einsatz gefördert werden. In den Innenstädten sollen
1569 Fußgängerinnen und Fußgänger wie auch Radfahrerinnen und Radfahrer den Vorrang vor dem
1570 motorisierten Individualverkehr haben. Innerstädtische und überörtliche Radwege sind auszubauen und
1571 besser miteinander zu vernetzen. Die Instandhaltung des bestehenden Straßennetzes erfordert enorme
1572 finanzielle Anstrengungen, die vom Land bzw. den Kommunen zu leisten sind. Daher ist es unabdingbar,
1573 dass auch künftig eine Ko-Finanzierung durch Mittel durch EU-Mittel gesichert werden kann.

1574 Die Netze des öffentlichen Personennahverkehrs sollen bedarfsgerecht erhalten bleiben. Um dem
1575 sozialen Auftrag zur Gewährleistung von umweltverträglicher Mobilität für alle nachkommen zu können,
1576 muss der ÖPNV in Brandenburg eine kommunale Pflichtaufgabe bleiben und darf nicht Verfügungsmasse
1577 der Haushaltskonsolidierung werden. Vor Ort kann entschieden werden, wie Nutzerfreundlichkeit und
1578 Wirtschaftlichkeit am besten vereinbart werden können. Durch flexible Angebote wie Anruf-Sammel-
1579 Taxis und Bürger-Ruf-Busse kann der Nahverkehr dort ergänzt werden, wo es wenige Fahrgäste gibt.
1580 Schülerbeförderung soll für alle Fahrgäste zugänglich sein. Das Mobilitätsticket ist weiterzuführen.

1581 In kleinen Orten kann die Mobilität auch durch nachbarschaftliche Hilfe verbessert werden, aber nicht
1582 als Alibi für den Rückzug des Staates aus seinen Verpflichtungen. Zur Solidarität gehört, die Mobilität für
1583 alle ohne physische oder soziale Zugangsbarrieren zu gewährleisten. Das Mobilitätsticket ist als
1584 Sozialticket so auszugestalten, dass Teilhabe auch für Einkommensschwache unter allen Umständen
1585 gewährleistet wird. DIE LINKE prüft Modelle und Studien zur Einrichtung eines fahrscheinlosen
1586 Personennahverkehrs in Kommunen und unterstützt Vorhaben in diese Richtung.

1587 **5.5 Landschaft pflegen – Vorrang für naturnahen Tourismus**

1588 Die vielfältigen Landschaftsräume in Brandenburg von der Prignitz bis zur Niederlausitz sind ein Schatz,
1589 den es zu bewahren gilt. Denn sie bilden eine Voraussetzung für kulturelle Vielfalt, mannigfaltige
1590 Erwerbschancen und individuelle Lebensgestaltung. Wir wollen die Kulturlandschaften in ihrer
1591 jeweiligen Einzigartigkeit weiter ausprägen, um ihre Potenziale für ein nachhaltiges Zusammenleben von
1592 Mensch und Natur besser auszuschöpfen.

1593 Heute wird ein Drittel der brandenburgischen Landesfläche durch besondere Schutzgebiete geregelt.
1594 Hierzu zählen Naturparks, Biosphärenreservate und ein Nationalpark. Drei Schutzgebietsregionen sind
1595 länderübergreifend, darunter auch der Nationalpark Unteres Odertal, der Bestandteil eines
1596 internationalen Projekts in Kooperation mit der Republik Polen ist. Die Schutzgebiete sollen in ihren
1597 jetzigen Größenordnungen bewahrt und strukturell weiterentwickelt werden, um ihre Funktionen noch
1598 besser erfüllen zu können. Sie bilden das wichtigste Instrument, um die Artenvielfalt zu erhalten, die den
1599 einzigartigen Charakter unserer Landschaften prägt und konstitutiv für die natürlichen
1600 Lebensgrundlagen des Menschen ist. Wir streben die Umsetzung der Nationalen Strategie zum Erhalt der
1601 biologischen Vielfalt in Brandenburg an. Dazu gehört es, Wildnisgebiete der natürlichen Entwicklung zu
1602 überlassen. In der Kulturlandschaft mit umweltverträglicher Nutzung für Land- und Forstwirtschaft,
1603 Gesundheit und Tourismus, Forschung und Bildung soll dem Erhalt der biologischen Vielfalt Rechnung
1604 getragen werden. Zu unterstützen sind naturnahe Produktionsweisen, die zum Natur- und
1605 Grundwasserschutz sowie für die Gesunderhaltung der Bevölkerung beitragen. Auf diesem Wege sollen
1606 die Schutzgebiete zu Modellregionen entwickelt werden, die das Zusammenleben von Mensch und Natur
1607 vorbildhaft gestalten.

1608 Der Braunkohleabbau in der Lausitz hat die massivsten Landschaftsveränderungen seit der Eiszeit
1609 bewirkt. Im Jahr 1990 bestanden 30 Prozent der Niederlausitz aus Tagebaufläche. Etwa 80 Orte mit
1610 40.000 Einwohnern mussten den Tagebauen weichen, darunter auch viele Sorben/Wenden. Zu den
1611 ökologischen Langzeitfolgen zählen ein gestörter Wasserhaushalt, übersäuerte Böden und knapp 250
1612 Altlastenverdachtsflächen. Auf den stillgelegten Tagebauflächen findet seit 1990 eine großräumige
1613 Landschaftssanierung statt. Bislang wurden mehr als 80.000 ha Land für die Forst- und Landwirtschaft,
1614 den Naturschutz oder die Erholung wiedergewonnen.

1615 Die Renaturierung der verbleibenden Bergbaufolgelandschaften wird auf lange Frist eine wichtige
1616 Aufgabe der Umweltpolitik in Brandenburg bleiben. Für die Finanzierung der Maßnahmen stehen jene
1617 Wirtschaftsakteure in der Pflicht, die vom Rohstoffabbau profitiert haben. Eine nachhaltige »Wieder-in-
1618 Wert-Setzung« der Flächen, über die der Bergbau hinweggegangen ist, wird jedoch nur gelingen, wenn
1619 sich die Menschen in der Region mit ihren Ideen und ihrer Kraft selbst einbringen. Die Menschen haben
1620 erkannt, dass das fossile Zeitalter vorbei ist und investieren Kraft und Geld in Alternativen, damit
1621 nachhaltige Entwicklung gelingen kann. Die Internationale Bauausstellung »Fürst-Pückler-Land« hat mit
1622 originellen Konzepten wichtige Impulse gegeben und Pilotprojekte angeschoben. Die Ansätze zur
1623 Aktivierung regionaler Entwicklungspotenziale sollten in geeigneter Form fortgesetzt werden. Hierfür
1624 braucht es einen dauerhaften, verlässlichen und zielgenauen Einsatz von Bundes- und Landesmitteln.

1625

1626 Ein Kernthema im Umgang mit den
1627 Bergbaufolgen ist die Wiederherstellung
1628 eines selbst regulierenden Wasserhaushalts.
1629 Brandenburg hat aber über die Lausitz
1630 hinaus ein generelles Problem mit dem
1631 Landschaftswasserhaushalt. Auf der
1632 Tagesordnung steht die Einrichtung eines
1633 Wassermanagements, das auf Basis von
1634 Langzeitkonzepten kontinuierlich für einen
1635 ausgeglichenen Wasserhaushalt, eine sichere
1636 Trinkwasserversorgung und eine umweltverträgliche
1637 Abwasserbehandlung sorgt. Hochwasserschutz und
1638 Wassermanagement sind zudem grenzüberschreitende Themen, die eine engere Kooperation mit Sachsen
wie auch mit den polnischen und tschechischen Nachbarn erfordern. Für solche grenzüberschreitende
Projekte an Oder und Neiße sollten auch EU-Strukturfonds nutzbar gemacht werden.

Projektvorschlag:

Einrichtung eines Wassermanagements, das auf Basis von Langzeitkonzepten kontinuierlich für einen ausgeglichenen Wasserhaushalt, eine sichere Trinkwasserversorgung und eine umweltverträgliche Abwasserbehandlung sorgt.

1639 Die Potenziale des Tourismus für die wirtschaftliche Entwicklung der Landschaften und die Entwicklung
1640 in den ländlich geprägten Räumen Brandenburgs sind noch nicht ausgeschöpft. Angesichts des
1641 intensiven Wettbewerbs zwischen den vielen attraktiven Urlaubsregionen in Deutschland und
1642 Mitteleuropa müssen ausstrahlungskräftigere Dachmarken etabliert werden, die mit komplexen
1643 Angebotspaketen mit prägnanten Profilen untersetzt sind. Schon heute bietet Brandenburg hierfür gute
1644 Voraussetzungen: Aktiverholung und Sport, Wandern und Radeln, Ferien auf dem Bauernhof, Erlebnis-
1645 und Kulturtourismus. Der barrierefreie Tourismus ist als ein bedeutendes Querschnittsthema in der
1646 Landestourismuskonzeption verankert. Die flächendeckende Umsetzung von Barrierefreiheit ist als
1647 Qualitätsmerkmal festgeschrieben. Auf der Tagesordnung bleiben die Vernetzung der touristischen
1648 Infrastruktur und die Schließung von Lücken. Darüber hinaus gilt es den erreichten Standard langfristig
1649 zu sichern und zu erhalten. Lokale Traditionsfeste und Kulturevents haben auch eine wichtige
1650 touristische Funktion und verdienen daher verlässliche bürgerschaftliche und öffentliche Förderung.
1651 Auch in der Entwicklung gemeinsamer touristischer Konzepte mit den Nachbarn in der Republik Polen
1652 liegen wichtige Potenziale, die es künftig noch stärker zu nutzen gilt.

1653 **5.6 Gesunde Produkte – Faire Dienstleistungen – Mündige Verbraucher**

1654 Verbraucherschutz ist ein Kernthema linker Politik. Es setzt den Werbestrategien der Wirtschaft
1655 Standards entgegen, die Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte Entscheidung über ihr
1656 Konsumverhalten und die Wahrnehmung ihrer Rechte ermöglichen. Unter Federführung des links
1657 geführten Verbraucherschutzministeriums hat sich die Landesregierung 2012 erstmals eine
1658 Verbraucherpolitische Strategie gegeben.

1659 Ziele des Verbraucherschutzes umspannen verschiedenste Themen. Die Rechte der Verbraucherinnen
1660 und Verbraucher müssen gestärkt werden, aber sie müssen diese Rechte auch kennen.
1661 Verbraucherinformation, -beratung und -bildung haben einen hohen Stellenwert. Das reicht von
1662 Etikettierungsregeln für Produkte über regionale Beratungsangebote bis zu Lehrinhalten in der Schule.
1663 Die Verbraucherzentrale spielt dabei auch zukünftig eine wichtige Rolle. Verbraucherinformation muss
1664 alle erreichen können, gerade auch Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen in prekären
1665 Lebenssituationen. Dafür sind spezielle, auf die Zielgruppen zugeschnittene Angebote nötig.

1666 In Zeiten des Internethandels muss Verbraucherberatung auch grenzüberschreitend agieren. Zum Schutz
1667 der Verbraucherinnen und Verbraucher ist die Produktüberwachung, insbesondere die
1668 Lebensmittelüberwachung weiterhin abzusichern. Ihre Ergebnisse dürfen nicht geheime Verschlussache
1669 sein, sondern sollen öffentlich transparent gemacht werden. So bekommen die Verbraucherinnen und
1670 Verbraucher die notwendigen Informationen.

1671 **6. Für ein zukunftsfähiges Brandenburg**

1672 **6.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt**

1673 Was zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört, wird maßgeblich dadurch bestimmt, dass alle Menschen
1674 gleiche Grundrechte haben. Was öffentliche Daseinsvorsorge zu leisten hat, darf daher nicht von den
1675 Regeln des Marktes bestimmt und nicht den Gesetzen des Profitstrebens unterworfen werden.
1676 Daseinsvorsorge bedeutet staatliche Verantwortung und kommunale Pflicht. Die Zielstellung der
1677 Angleichung der Lebensverhältnisse hat nicht nur eine räumliche Dimension, sie muss vor allem der
1678 sozialen Differenzierung in der Gesellschaft Rechnung tragen!

1679 Brandenburg ist ein Land mit ausgeprägter regionaler Vielfalt, was auch auf die konkreten
1680 Lebensumstände in den einzelnen Landesteilen zutrifft. Die sozioökonomischen Unterschiede sind
1681 aufgrund divergierender wirtschaftlicher und demografischer Entwicklungen in den vergangenen Jahren
1682 eher noch gewachsen. Dies gilt vor allem im Vergleich zwischen dem Metropolenraum um Berlin und den
1683 Regionen im ländlichen Raum. Die Bruchlinien gehen oft direkt durch die Landkreise hindurch. Zudem
1684 nehmen kleinräumige Diskrepanzen zu.

1685 Umso wichtiger ist es, das gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie die brandenburgische
1686 Landesverfassung im Artikel 44 postuliert, das übergeordnete Ziel der Landesentwicklung bleiben. Alle
1687 Brandenburgerinnen und Brandenburger das Recht auf einen Grundkanon öffentlicher Leistungen, der
1688 eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall im Land herstellt. Ein flächendeckendes Netz von
1689 starken Zentren, die als wirtschaftliche Lokomotiven, öffentliche Dienstleister, kulturelle Mittelpunkte
1690 und soziale Versorger für ihre jeweiligen Regionen funktionieren, bleibt für unser Land unverzichtbar.

1691 Die gemeinsame Landesentwicklungsplanung Berlin-Brandenburg hat gegen Ende des vergangenen
1692 Jahrzehnts mit dem Abschied vom Leitbild der dezentralen Konzentration ein Stück weit vor der Macht
1693 des Faktischen kapituliert. Mit dem Wegfall der Grundzentren und der Verringerung der Zentralen Orte
1694 auf ein Drittel wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass viele kleinere Städte ohnehin bereits die
1695 Tragfähigkeit verloren haben, um wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Durch
1696 Kooperation und Koordinierung zwischen den Gemeinden sollten mittelzentrale
1697 Verantwortungsgemeinschaften gebildet werden. Es kommt nun darauf an, diese
1698 Verantwortungsgemeinschaften mit Leben zu erfüllen. Noch ist nicht absehbar, ob diese neuen
1699 Planungsansätze nachhaltige Steuerungseffekte zur Verringerung bestehender Entwicklungsunterschiede
1700 bewirken können.

1701 Allein mit den herkömmlichen Instrumenten von Landesentwicklungsplanung, Strukturpolitik und
1702 Verwaltungsorganisation kann Brandenburg seinem Verfassungsauftrag nicht mehr gerecht werden. Wir
1703 brauchen neue Ideen und Strategien, um die regionale Vielfalt als Entwicklungspotenzial zu entfalten.
1704 Wir wollen die Daseinsvorsorge flächendeckend, aber regional differenziert organisieren. Zentrale Orte,
1705 mobile Dienste und lokale Selbstorganisation müssen zu einem integrierten Netz verknüpft werden.
1706 Unterschiedliche Regionen brauchen maßgeschneiderte Konzepte, die auf die jeweiligen Bedingungen
1707 abgestimmt sind. Solche Konzepte entstehen am Besten in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs vor
1708 Ort.

1709 Ein innovativer Ansatz sind soziale Ankerpunkte.
1710 Damit ist eine Kombination von öffentlichen
1711 Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Vereinen und

Projektvorschlag:

Soziale Ankerpunkte im ländlichen Raum

1712 Verbänden sowie ehrenamtlichem bürgerschaftlichen Engagement gemeint, das vor allem im dünner
1713 besiedelten ländlichen Raum die Funktionen von sozialer Infrastruktur, Gemeinwesenintegration und
1714 gesellschaftlicher Teilhabe räumlich konzentriert und verknüpft.

1715 Soziale Ankerpunkte sollen keine kalten Verwaltungsstuben sein, sondern Anlaufpunkte für Fürsorge
1716 und Unterstützung, für moderne Kommunikation nach außen und traditionelle Kommunikation
1717 miteinander. Kultur, Service, Selbstorganisation, Behörden-Guides, eGovernment-Schalter. Rechtsberatung
1718 durch Vereine oder Gewerkschaften. Mobile Bibliotheken und anderes – das alles kann nicht von allein
1719 „von oben“ organisiert werden. Voraussetzung für den Erfolg all dieser Ansätze ist, dass die Akteure vor

1720 Ort die Handlungsfreiheit bekommen, mit ihren eigenen Stärken die eigenen Probleme zu lösen. Das
1721 schließt ein, das Ehrenamt zu stärken und stärker anzuerkennen.

1722 Andererseits braucht solches Engagement auch Begleitung und Ressourcen. Verwaltung und
1723 Daseinsvorsorge müssen neu organisiert, starre Grenzen zwischen Ressorts und Aufgabenträgern Schritt
1724 für Schritt überwunden werden. Das reicht bis hinein in bundesrechtliche Regelungen. Soziale
1725 Ankerpunkte könnten über ESF-Mittel gefördert werden.

1726 Die regionale Vielfalt bietet Chancen! Sicher kann nicht jeder Standortvorteil und jede Daseinsvorsorge
1727 an jedem Ort in gleichem Maße vorhanden sein. Aber Großstädte und Ballungsräume bieten andere
1728 Qualitäten als ländlich geprägte Regionen mit ihren Kleinstädten, Dörfern und naturnahen Siedlungen. Es
1729 kommt darauf an, die jeweiligen Stärken vor Ort weiter auszuprägen. So entstehen in der Summe
1730 gleichwertige, aber im Einzelnen nicht gleichartige Lebensverhältnisse. Dies entspricht den
1731 unterschiedlichen regionalen Ausgangsbedingungen ebenso wie den individuellen Lebensentwürfen,
1732 Bedürfnissen und Potenzialen der Menschen in unserem Land.

1733 Nachhaltige Strukturpolitik in dünn besiedelten Regionen bedeutet mehr Investitionen in die
1734 Wachstumsbereiche der Daseinsvorsorge. Öffentliche Investitionen für Bildung, Gesundheit und
1735 Verkehrsinfrastruktur müssen noch konsequenter auf die regionalen Leistungszentren als Anker in der
1736 Region konzentriert werden. Deshalb sind besondere Anstrengungen für die Stabilisierung und Stärkung
1737 der Ober- und Mittelzentren in bevölkerungsschwachen Regionen zu unternehmen. Hierzu zählt auch die
1738 Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Berlin sowie in die Ballungszentren in den benachbarten
1739 Räumen außerhalb von Brandenburg, wie etwa nach Leipzig und Dresden. Es geht um einen stimmigen
1740 Mix von Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaft und soziokulturellen Faktoren, der Regionen
1741 sowohl für wirtschaftliche Vorhaben als auch für die Menschen als Standort und Lebensort attraktiv
1742 macht und Potenziale vor Ort freisetzt.

1743 Die Entwicklung im »Speckgürtel« um Berlin wird ganz maßgeblich von der Dynamik der Metropolregion
1744 bestimmt. Hier ballen sich industrielle Kompetenz und technologische Innovation. Hier wird ein großer
1745 Teil der Wirtschaftsleistung des Landes Brandenburg erzeugt. Hier wachsen Umland und Hauptstadt
1746 zusammen, räumlich wie funktional. Hier sind städtische Lebenskultur und erheblicher Wohlstand zu
1747 finden, wie etwa in Potsdam oder Falkensee. Hier gibt es weiträumige suburbane Siedlungen. Hier
1748 konzentrieren sich Industrie- und Logistikstandorte. Raum ist knapp, Wohnungen und Gewerbeflächen
1749 sind Mangelware. In den Schulen und Kindertagesstätten wird es eng. Eine weitsichtige und der
1750 Nachhaltigkeit verpflichtete Politik steht vor der Herausforderung, für neue Kapazitäten an bezahlbarem
1751 Wohnraum und sozialer Infrastruktur für alle Einkommensschichten zu sorgen, zugleich aber eine
1752 weitere ökologisch kontraproduktive Zersiedlung des Umlands zu verhindern. Dies alles geht nur in
1753 enger Kooperation und Abstimmung mit Berlin.

1754 Das ländliche Brandenburg ist ein Raum, der von der Gravitationskraft und den Wachstumsimpulsen
1755 verschiedenartiger traditioneller und neu heranwachsender Metropolregionen erfasst wird. Neben der
1756 zentral gelegenen Metropole Berlin zählen hierzu Hamburg im Nordwesten, die mitteldeutsche
1757 Metropolregion um Halle und Leipzig im Süden, der Wachstumsraum um Dresden und Chemnitz im
1758 Südosten, Poznań und Wrocław im Südosten und die Region um Szczecin im Nordosten. Die
1759 wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den benachbarten städtischen und ländlichen Regionen sind
1760 schon heute bedeutungsvoll, die Potenziale dieser Entwicklungsachsen werden jedoch bei weitem noch
1761 nicht ausgeschöpft. Handlungsfelder für gemeinsame Strategien und Kooperationsprojekte bieten sich in
1762 der Energiewirtschaft, im Kultur- und Naturtourismus, in der Entwicklung von industriellen
1763 Kompetenzclustern sowie in Umweltschutz, Wassermanagement und Landschaftspflege an. Ein konkretes
1764 Beispiel ist der sich entwickelnde Anschluss von Wittenberge im Nordwesten an das Hafennetzwerk
1765 Rotterdam, Amsterdam, Hamburg und Rostock. Vor allem in den Räumen entlang der Landesgrenzen
1766 bietet es sich an, die Nachbarn zu Partnern zu machen, um vorhandene Strukturen und Funktionen der
1767 Daseinsvorsorge abgestimmt und arbeitsteilig zu entwickeln und zu nutzen. Das ermöglicht mehr Qualität
1768 bei effektiverem Mitteleinsatz und ist wegen der oft kürzeren Wege für die Nachbargemeinden auch noch
1769 bürgerfreundlicher.

1770 In immer dünner besiedelten Räumen wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse künftig nur
1771 noch dann gewährleistet werden können, wenn für die Verwaltung und Versorgung neue Strukturen und
1772 kreative Verfahren gefunden werden, die flexibel auf die jeweiligen örtlichen Erfordernisse eingestellt
1773 werden können. Dort wollen wir mehr Raum für selbstbestimmte und selbst verantwortete

1774 bürgerschaftliche Organisation der Daseinsvorsorge schaffen. Hierfür sind die nötigen rechtlichen und
1775 administrativen Voraussetzungen zu schaffen. Es geht nicht um die bestmögliche Verwaltung des
1776 Mangels, sondern um die Schaffung von Spielräumen.

1777 **6.2 Starke Städte**

1778 Städte sind das Rückgrat des Landes. Hier lebt die Mehrzahl der Brandenburgerinnen und
1779 Brandenburger, hier wird der Hauptanteil der Wertschöpfung des Landes erarbeitet, hier finden sich die
1780 meisten Unternehmen und Arbeitsplätze, die meisten Bildungs- und Forschungseinrichtungen und hier
1781 sind die Zentren der Versorgung des Landes. Städten kommt eine zentrale Rolle bei der Daseinsvorsorge
1782 für das Umland, wie auch für die eigene Bevölkerung zu. Mit Angeboten des Nahverkehrs, kultureller
1783 und Freizeiteinrichtungen sowie behördlicher Institutionen fungieren sie als Dienstleister auch für
1784 umliegende Gemeinden und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Nicht zuletzt sind Städte
1785 Anziehungspunkte für Besucher von außen und damit Visitenkarten für unser Land. Daher bleibt
1786 Stadtentwicklung ein vorrangiger Handlungsschwerpunkt der Landespolitik.

1787 Die Städte in Brandenburg haben seit 1990 einen erheblichen Entwicklungsschub erfahren, waren
1788 zugleich jedoch von tiefgreifenden wirtschaftlichen Umbrüchen und gravierenden demografischen
1789 Verschiebungen betroffen. Auf der einen Seite wurden historische Stadtkerne saniert, Wohnviertel
1790 modernisiert, Einfamilienhausgebiete entwickelt, Gemeinbedarfseinrichtungen gebaut und die technische
1791 Infrastruktur von Grund auf erneuert. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch massive Finanztransfers
1792 durch Bund und EU. Auf der anderen Seite brachen vielerorts industrielle Großbetriebe weg, die für
1793 Erwerbsarbeit und Wohlstand gesorgt hatten. Die Folge waren drastische Einwohnerverluste,
1794 ausgedehnte Gewerbebrachen, gravierender Wohnungsleerstand und nicht ausgelastete Infrastruktur.
1795 Währenddessen profitierten die größeren und kleineren Städte im Berliner Umland von massiven
1796 Gewerbeansiedlungen und dem Zuzug in die neuen Eigenheimgebiete.

1797 In den letzten Jahren haben sich die Diskrepanzen zwischen Schrumpfung und Wachstum noch vertieft.
1798 Entsprechend unterschiedlich gestalten sich die Zukunftsperspektiven, wenn nicht entschlossen
1799 gegengesteuert wird. Erforderlich sind zum einen maßgeschneiderte Lösungen für die Stadtentwicklung
1800 und zum anderen die konsequente Einbettung städtischer Entwicklungsperspektiven in offene
1801 Interaktion mit dem Umland zum gegenseitigen Vorteil. In den Wachstumskernen geht es hauptsächlich
1802 um weitere Ausprägung von Standortvorzügen und urbaner Lebensqualität bei sparsamstem
1803 Flächenverbrauch. Die Schrumpfungsstädte stehen zwingend vor der Herausforderung, die Anpassung
1804 der Stadtstruktur an den geringer werdenden Raumbedarf zu meistern, um zugleich für Bewohner und
1805 Investoren wieder attraktiver zu werden. Bei aller Differenziertheit machen die Wechselwirkungen von
1806 Schrumpfung und Wachstum sowie von städtischer Entfaltung und regionaler Entwicklung vor keiner
1807 Stadtmauer halt.

1808 Deshalb orientieren wir uns konsequent am „Leitbild der europäischen Stadt“: Die Stadt lebt durch und
1809 für ihre Bürgerinnen und Bürger. Sie entwickelt wirtschaftliche Potenziale, Wohn- und Lebensqualität,
1810 Bildungs- und Freizeitangebote für alle sozialen Gruppen. Die historisch gewachsene kompakte Stadt
1811 entspricht nicht nur unseren kulturellen Traditionen und Wertmaßstäben, sie ist durch komprimierte
1812 Infrastruktur und kurze Wege auch bürgerfreundlich, wirtschaftlich effizient und ökologisch nachhaltig.
1813 Im ländlichen Raum sichert die Stadt als urbanes Leistungszentrum gleichwertige Lebensverhältnisse
1814 und die Funktion öffentlicher Institutionen.

1815 Damit die Städte in Brandenburg ihre Funktion als Ankerpunkte der Landesentwicklung wahrnehmen
1816 können, brauchen sie über ihre Funktion bei der Erfüllung staatlicher Pflichtaufgaben hinaus mehr
1817 Gestaltungskompetenz und finanzielle Handlungsfähigkeit. Rot-Rot hat in den vergangenen Jahren durch
1818 erhöhte Schlüsselzuweisungen, Unterstützung von besonders hilfsbedürftigen Kommunen sowie
1819 Einführung eines Solidarausgleichs zwischen reichen und armen Kommunen und eines
1820 Demografiefaktors einiges getan, um die finanzielle Situation der Landkreise, Städte und Gemeinden zu
1821 verbessern. Das Finanzausgleichsgesetz erleichtert durch die Zuweisungen an die Kommunen nach der
1822 fünf Jahre zurückliegenden Einwohnerzahl die Anpassung an den demografischen Wandel und bewirkt
1823 eine solidarische Umverteilung zwischen wachsenden und schrumpfenden Gemeinden. Zudem hat das

1824 Land auf die zunehmenden Disparitäten zwischen den Kommunen im Bereich der Sozialhilfe sowie der
1825 Kinder- und Jugendhilfe reagiert und die Zuwendungen an die Kommunen entsprechend angepasst.

1826 Letztlich geht es aber darum, die strukturellen Ursachen für die Unterfinanzierung zu beheben. Die
1827 Finanzausstattung der Städte muss dauerhaft und verlässlich auf ein Niveau gehoben werden, das dem
1828 Umfang ihrer Verpflichtungen und Aufgaben entspricht. Ein wirklicher Wandel hin zu einer wirklich
1829 bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen ist jedoch nur über eine grundlegende Reform der
1830 föderalen Finanzarchitektur möglich, welche die Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen
1831 neu ordnet und den Kommunen größere, eigenständige und stabile Einkommensquellen sichert. Hierfür
1832 muss sich das Land Brandenburg im föderalen System wesentlich stärker einsetzen, zumal das Problem in
1833 vielen anderen Bundesländern ebenfalls virulent ist.

1834 Zunehmender Schwerpunkt städtischer Entwicklung, gemeinschaftlichen Lebens sowie regionaler
1835 Ankerwirkung wird die Sicherung angemessenen, sicheren und bezahlbaren Wohnraums sein. Eine
1836 zielgenaue, flexible und effektive Verbindung von Objekt- und Subjektförderung soll dem dienen. Dazu
1837 gehört eine verlässliche Fortsetzung der Wohnraumförderung auch durch die Aktivierung des
1838 Wohnungsbauvermögens Brandenburgs.

1839 Ebenso müssen die Bund-Länder-Programme für die Städtebauförderung und insbesondere für den
1840 Stadtumbau fortgesetzt werden. Im kommenden Jahrzehnt ist aufgrund des demografischen Wandels mit
1841 einer deutlich schrumpfenden Zahl von Wohnhaushalten und daher mit einer neuen Welle von
1842 Wohnungsleerständen und Infrastrukturüberhängen zu rechnen. Jedoch werden sich die bereits heute
1843 gravierenden regionalen Diskrepanzen weiter vertiefen. Schrumpfung und Wachstum, Wohnungsnot und
1844 Wohnungsüberhang liegen räumlich dicht nebeneinander. Daher muss aus den bestehenden
1845 Förderinstrumenten ein individueller Mix gebildet werden können, der optimal auf die jeweiligen
1846 Problemlagen vor Ort zugeschnitten ist.

1847 Für Schlüsselvorhaben wissensbasierter Stadtentwicklung sollten auf der Grundlage integrierter
1848 Konzepte zielgerichtet Mittel aus den EU-Fonds aktiviert werden. Zudem ist unerlässlich, das Programm
1849 Soziale Stadt zu reaktivieren, um Investitionen und Impulse in Stadtquartiere zu geben, die um
1850 gesellschaftlichen Zusammenhalt kämpfen und Hilfe zur Selbsthilfe brauchen.

1851 Angesichts der regionalen Diversität in Brandenburg braucht die Städtebauförderung eine klare
1852 räumliche Schwerpunktsetzung. Städte in bevölkerungsschwachen Regionen bedürfen einer
1853 überproportionalen Förderung, da hier der Problemdruck am höchsten ist und leistungsfähige
1854 zentralörtliche Funktionen am dringendsten gebraucht werden. Auf längere Sicht und für das
1855 Zusammenwachsen im vereinigten Deutschland wäre es durchaus sinnvoll, die Stadtumbauförderung in
1856 Ost und West nach einheitlichen Bedarfskriterien zusammenzufassen und auf stark benachteiligte
1857 Regionen zu fixieren.

1858 Die Förderung von Stadt und Land ist enger zu verzahnen. Insbesondere das Zusammenspiel von Stadt,
1859 ländlicher Raum und Wirtschaft muss dabei künftig stärker abgebildet werden. Die integrierten
1860 Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) und Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) sowie die daraus
1861 hervorgehenden Ziele, Strategien und Maßnahmen müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

1862 **6.3 Vitale ländliche Gemeinden**

1863 Während der vergangenen Jahrzehnte hat sich manches in den kleinteiligen Siedlungsstrukturen des
1864 ländlichen Raums geändert. Landwirtschaft prägt nicht mehr das soziale Profil, klassische Erwerbsarbeit
1865 vor Ort ist Mangelware. Viele pendeln zur Arbeit, viele leben schon von der Altersrente. Nicht wenige
1866 sind weggezogen, weil sie Erwerbsarbeit suchten, beruflich weiterkommen wollten oder das Leben in der
1867 Großstadt bevorzugten. Manche sind zugezogen, um ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen
1868 und Raum für neues zu schaffen. Zwischen diesen »Raumpionieren« und der alteingesessenen
1869 Bevölkerung ergeben sich spannende kulturelle Wechselwirkungen, die zur beiderseitigen Bereicherung
1870 der Lebensqualität im Dorf genutzt werden können.

1871 Die Dörfer und Kleinsiedlungen gehören zum kulturellen Erbe und zur Identität von Brandenburg. Hier
1872 wurde das gesellschaftliche Leben schon immer etwas direkter, nachbarschaftlicher und persönlicher
1873 geregelt als in den größeren Städten. Auch Solidarität bekommt hier ein ganz konkretes Gesicht und eine

1874 ganz praktische Dimension. Wenn die Gemeinschaft etwas braucht, muss sie es in der Regel selbst auf die
1875 Beine stellen. Öffentliche Verantwortlichkeiten und Gemeinbedarfsvorhaben sind handfeste
1876 Angelegenheiten. Es ist immer überschaubar, wer etwas tut und wer sich wofür einbringt.

1877 Es sind genau diese Eigenschaften des gesellschaftlichen Lebens, welche die kleinen Dörfer und
1878 Siedlungen auch im demografischen Wandel zukunftsfähig halten. Die zentralisierten Funktionen der
1879 Daseinsvorsorge werden über das eigene Auto oder das öffentliche Verkehrsangebot, über digitale
1880 Kommunikation oder mobile Dienste aufrechterhalten. Darüber hinaus muss es einfach viel mehr Raum
1881 geben für selbstbestimmte Organisation außerhalb der Versorgungsgrößenstrukturen. Technische
1882 Innovation und soziale Kompetenz machen es möglich, dass nicht nur Stromerzeugung,
1883 Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Müllbeseitigung, sondern auch Kinderbetreuung und
1884 Grundschulbildung, Pflege und Sozialarbeit vor Ort im kleinen Siedlungsmaßstab ganz vorbildlich
1885 organisiert werden können. Die Politik braucht mehr Mut und Vertrauen in die demokratische und
1886 fachliche Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger auf dem flachen Land. Die »Dorfbewegung« bietet dabei
1887 die Chance, die Dörfer durch zivilgesellschaftliches Engagement selbstbestimmt zu entwickeln. Wir
1888 unterstützen Initiativen zur Schaffung von sogenannten Dorfparlamenten.

1889 Durch den Einsatz von EU-Förderprogrammen und Programmen von Bund und Land können die
1890 Initiativen und Ansätze für lokale Selbstorganisation und Verbesserung ländlicher Lebensqualität
1891 zielgerichtet unterstützt werden, insbesondere durch die Förderung von Pilotprojekten,
1892 Kooperationsvorhaben und Erfahrungsaustausch. Durch eine Kombination der verschiedenen EU-Fonds
1893 in der neuen Förderperiode ließen sich hier größere Effekte erreichen. Was wir vermeiden wollen, ist ein
1894 steuersubventioniertes Tauziehen zwischen Stadt und Dorf um dieselben Bewohner und Investoren, was
1895 aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Fehlallokation öffentlicher Mittel und aus demografischem
1896 Blickwinkel ein Null-Summen-Spiel darstellt. Vielmehr geht es darum, das arbeitsteilige Miteinander von
1897 Stadt und Land zu optimieren, in dem alle beteiligten Partner ihre jeweiligen Stärken einbringen und
1898 ausprägen. Hierzu sind die Rahmenbedingungen für interkommunale Kooperation zu verbessern,
1899 insbesondere, was die Ausstattung mit Planungs- und Regelungskompetenzen betrifft.

1900 **6.4 Brandenburg im Wandel – Kommunalverwaltung im Wandel:** 1901 **demokratisch, bürgernah, effizient**

1902 Die kommunalen Verwaltungen in Brandenburg stehen derzeit unter Anpassungs- und Reformdruck. Er
1903 wird vom demografischen Wandel und vom Regelungsbedarf durch neue wirtschaftliche, soziale und
1904 ökologische Herausforderungen hergeleitet. Das Auslaufen des Solidarpakts, das Abschmelzen der EU-
1905 Mittel und die Schuldenbremse erzwingen eine kosteneffizientere Verwaltungsstruktur. Auch diesen
1906 Umbrüchen muss die kommunale Selbstverwaltung gerecht werden. Die Bürgerinnen und Bürger
1907 hingegen wollen nicht pausenlos neue Strukturen, sondern funktionierende Verwaltungsabläufe,
1908 verlässliche Ansprechpartner und wirksame Mitsprache bei Planungsprozessen und administrativen
1909 Entscheidungen. Sie wollen die Identität, die Besonderheit ihrer Heimatorte und -gegenden gewahrt und
1910 gewürdigt sehen. Sie wollen Verwaltungen in Sichtweite, nicht in entfernten Zentren.

1911 Zugleich sind es aber die Menschen selbst, die den Wandel im Land bestimmen. Sie ziehen fort. Sie ziehen
1912 her. Sie bestimmen ihren Lebensort - nach ihren Erwartungen und angezogen von Chancen, fort gedrängt
1913 von Schwierigkeiten und Defiziten. Sie bringen Vorstellungen vom guten Leben mit und gewinnen neue
1914 Ideen davon. Sie wollen auch im Wandel bewahren, was gut war, und zumindest erhalten, was wichtig ist.
1915 Sie wollen frei sein, aber nicht auf sich gestellt. Sie wollen Kinder und Enkel - suchen das geeignete
1916 Lebensumfeld und die geeigneten Lebensbedingungen dafür und finden es viel zu oft nicht. Sie suchen
1917 nach Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das wird mehrheitlich auf absehbare Zeit unter
1918 den Bedingungen einer Erwerbsarbeitsgesellschaft geschehen. Aber wir werden diese
1919 Erwerbsarbeitsgesellschaft umgestalten. Wir werden die Arbeit besser verteilen, die Zugänge erleichtern,
1920 die Arbeitsteilung in der Gesellschaft neu organisieren. Indem wir die Arbeit auf mehr Schultern
1921 verteilen. In dem wir notwendige Tätigkeiten neu als Arbeit anerkennen. Und indem wir neue Formen
1922 finden, in denen notwendige Arbeiten erledigt und vergolten werden können - jenseits oder außerhalb
1923 der Grenzen bisheriger Erwerbsarbeit. Wir werden dafür sorgen (müssen), dass Arbeiten auch dann
1924 erledigt werden, wenn sie nicht profitabel oder auch nur kostendeckend erledigt werden können. Wir

1925 werden dafür den öffentlichen Sektor auf neue Bereiche ausweiten, zugleich aber in seiner bisherigen
1926 Struktur und Dimension umbauen müssen. Wir werden das nicht nur für die Menschen tun, sondern mit
1927 ihnen. Öffentlicher Sektor und bürgerschaftliches Engagement werden einander nicht nur ergänzen,
1928 sondern teilweise verschmelzen. Kommunale Selbstverwaltung wird dabei ihre eigentliche Bedeutung -
1929 zumindest teilweise - wieder erlangen: als die Art und Weise, wie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam
1930 ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen, dafür die notwendigen Ressourcen (materiell wie immateriell)
1931 in die Hand bekommen. Die künftige Gesellschaft kann und wird eine Gesellschaft sein, in der es mehr
1932 Miteinander, mehr Solidarität, mehr Verantwortung füreinander gibt. Sie wird eine lebendigere
1933 Gesellschaft sein - auch und gerade dann, wenn an vielen Orten die Menschen weniger und zugleich älter
1934 werden.

1935 Diese lebendigere Gesellschaft wird die öffentliche Daseinsvorsorge nicht abschaffen, nicht einschmelzen,
1936 sondern neu gestalten und organisieren. Sie wird das können, weil sie sich selbst neu organisiert hat.

1937 Und natürlich drängen die begrenzten finanziellen Mittel nach Reformen. Zunächst ist das ganz einfach:
1938 Weniger Köpfe, weniger Mittel - durch Steuern, durch Transfers aus dem Finanzausgleich. Wie kann man
1939 das umgehen? Durch mehr Steuereinnahmen. Wie kommt man zu mehr Einnahmen: Zunächst durch eine
1940 Reform der öffentlichen Finanzen - von Vermögenssteuer bis zur Reform der Kommunal Finanzen.
1941 Umverteilung von oben nach unten. Der zweite Weg: Durch mehr Steuerkraft der eigenen Bürgerinnen
1942 und Bürger - gute Arbeit heißt ja auch: mehr Einkommenssteuer. Also müssen Land und Kommunen
1943 daran interessiert sein, nicht nur mehr passiv zu erhalten, sondern aktiv mehr und die richtige
1944 Wertschöpfung zu fördern. Das ist Aufgabe von Politik insgesamt - und zugleich Herausforderung an die
1945 gesamte Gesellschaft. Sache der Kommunalpolitik ist es vor allem, auch unter veränderten Bedingungen
1946 und mit Blick auf die Zukunft Kernbereiche der Daseinsvorsorge zu gestalten, die Teilhabe der
1947 Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, Selbstverwaltung und Selbstorganisation auszubauen.

1948 Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen und die Ressourcen entsprechend ordnen und verteilen -
1949 finanziell, rechtlich, administrativ, kulturell.

1950 Kommunen sollen so gestaltet sein, dass sie das Leben der Gemeinschaft richtig erfassen, organisierbar
1951 und gestaltbar machen, Blockaden aufbrechen, Ressourcen freisetzen, Kräfte bündeln.
1952 Verwaltungsstrukturen müssen den Problemlösungen angemessen sein, sie dürfen nicht selber zum
1953 Problem werden.

1954 Eine nachhaltige und zukunftsfähige Organisation der öffentlichen Verwaltung wird nur zu haben sein,
1955 wenn die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden und ihre Interessen in den Reformprozess einbringen
1956 können. Gerade darin sehen wir den entscheidenden Vorzug kommunaler Eigenverantwortung,
1957 Verwaltung bürgernah und effizient gestalten zu können.

1958 Wir wollen die anstehende Kommunalreform von den Gemeinden her entwickeln und dort beginnend die
1959 kommunale Selbstverwaltung stärken. Dafür wäre auch eine Änderung der Kommunalverfassung nötig.
1960 Das haben wir in der ersten Legislaturperiode von Rot-Rot bereits angepackt. Ein erster
1961 Evaluierungsbericht der Landesregierung liegt vor.

1962 Für die Neugestaltung der kommunalen Verwaltung gelten aus unserer Sicht vier Prämissen: Effektivität,
1963 Zukunftsfestigkeit, Bürgernähe und mehr Demokratie. Die Reform muss eindeutig auf die Stärkung der
1964 kommunalen Selbstverwaltung gerichtet sein - und nicht auf Einspareffekte. Größenzuschnitt der
1965 Verwaltungseinheiten, Bestand an Selbstverwaltungskompetenzen und deren (Komplementär-
1966)Finanzierung müssen miteinander korrespondieren. Es wird eine neue Aufgabenverteilung zwischen den
1967 Kommunen und dem Land geben. Einerseits geht es um hinreichend starke Kommunalverwaltungen, die
1968 staatliche Angebote im örtlichen Bereich nicht nur überflüssig, sondern besser machen - im Gegenzug
1969 wird es zu einer Effektivierung der staatlichen Verwaltungsstrukturen bei gleichzeitigem
1970 Steuerungsverzicht des Landes kommen. Bei der Neuverteilung der Aufgaben wird die
1971 Kommunalisierung an Gemeinden Vorrang vor Kommunalisierung an die Kreise haben. Landesaufgaben
1972 müssen in erster Linie als Selbstverwaltungsaufgaben übertragen werden.

1973 Die Verwaltungsreform sollte einerseits zu funktionsfähigen Größen und gleichzeitig zu differenzierten
1974 Strukturen führen. Alles an Verwaltungstätigkeit, was Bürgerinnen und Bürger nicht direkt brauchen,
1975 kann auf der Fachebene zentralisiert werden. Dezentral hingegen ist zu gestalten, was Bürgerinnen und
1976 Bürger selbst als Ansprechpartner oder für ihre demokratische Beteiligung an den kommunalen
1977 Angelegenheiten brauchen, und wofür in der Verwaltung genaue Ortskenntnis erforderlich ist.

1978 Die neuen Strukturen dürfen nicht nur verwaltungstechnisch ausgerichtet und technokratisch begründet
 1979 sein - jede von ihnen braucht ihre eigene demokratische Legitimation und ihre eigenen demokratischen
 1980 Mitwirkungsmöglichkeiten. Kommunale Zusammenarbeit behält ihre Bedeutung. Nicht jede Gemeinde
 1981 muss alles für sich allein machen - Aufgaben können in Zweckverbänden organisiert oder ihre
 1982 Erledigung arbeitsteilig in öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen geregelt werden.

1983 Eine geeignete Form für die Verbesserung der
 1984 Verwaltungsstrukturen kann gefunden werden,
 1985 indem das Modell der Verbandsgemeinde den
 1986 brandenburgischen Erfordernissen angepasst
 1987 wird. In Brandenburg hat sich neben der Form der Einheitsgemeinden das Amtsmodell bewährt. Zur
 1988 Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen schlagen wir daher die Einführung der
 1989 Brandenburgischen Amtsgemeinde vor. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern, so in unserem
 1990 Nachbarland Sachsen-Anhalt, aber auch in Rheinland-Pfalz, zeigen, dass auf einem solchen Weg die
 1991 Verwaltungskraft der Gemeinden gestärkt werden kann, ohne dass sie dafür ihre politische und
 1992 finanzielle Selbständigkeit aufgeben müssen. Die Größenordnung der Amtsgemeinden muss nicht
 1993 zwingend per Gesetz vorgeschrieben werden; es erscheint auch denkbar, dass dies die jeweiligen
 1994 Gemeinden untereinander auf Augenhöhe aushandeln. Sie können sich in unterschiedlichen Regionen
 1995 des Landes auch unterscheiden.

1996 Zugleich muss politisch entschieden werden, wie der notwendige solidarische Ausgleich zwischen
 1997 finanzstarken und finanzschwächeren Regionen organisiert werden soll. Ballungsräume,
 1998 Entwicklungsachsen oder entdichtete Regionen machen nicht an Kreisgrenzen halt. Die Umsetzung der
 1999 Ziele und Grundsätze von Landesentwicklung und Raumordnung zählt zu den staatlichen Aufgaben - das
 2000 Land verfügt hierfür über die nötigen Ressourcen und Instrumente. Zugleich sind die Normen und Regeln
 2001 für den Solidarausgleich festzulegen, um für eine ausgeglichene Entwicklung zu sorgen, ohne die
 2002 Umverteilungskompetenzen innerhalb der Landkreise zu überfordern. Folglich können auch sinnvolle
 2003 Zuschnitte von Landkreisen jenseits der heutigen „Tortenstücke“ gefunden werden, die sich von der
 2004 Stadtgrenze Berlins bis weit in ländliche Räume ziehen. Eine neue Struktur mit etwa 8 bis 12 Landkreisen
 2005 könnte Qualität und Effizienz des Verwaltungshandelns im Land deutlich verbessern. Voraussetzung für
 2006 eine solche Entscheidung ist jedoch - auch nach der Rechtsprechung deutscher
 2007 Landesverfassungsgerichte zu Kreisgebietsreformen - ein Leitbild des Landes, das den Veränderungen
 2008 Sinn, Substanz und Richtung gibt. Es stellt sich die Frage, ob das vorliegende, noch von der
 2009 Vorgängerregierung mit dem Senat von Berlin ausgehandelte offizielle Leitbild für den Raum Berlin-
 2010 Brandenburg eine hinreichende Basis für weitgehende Gebietsreformen abgibt.

2011 Auf der Grundlage der neuen Aufgabenverteilung ist u. E. zu prüfen, ob die derzeitigen kreisfreien Städte
 2012 in Große kreisangehörige Städte umgewandelt werden sollten.

Projektvorschlag:

„Brandenburgische Amtsgemeinde“ einführen

2013 6.5 Regionale Vernetzung und interkommunale Kooperation vorantreiben

2014 Um die Herausforderung zu bewältigen, die durch die demografische Entwicklung, den verschärften
 2015 Standortwettbewerb, die wachsende Komplexität der Daseinsvorsorge und die knappen Kassen
 2016 entstehen, brauchen wir eine Reorganisation des Zusammenwirkens von staatlichen Institutionen,
 2017 regionalen Verbänden, kommunalen Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisation.

2018 Wir wollen ein integriertes Netz der öffentlichen Daseinsvorsorge aufbauen, das Zentrale Orte,
 2019 Versorgungsknoten, multifunktionale Gemeindezentren, soziale Ankerpunkte, mobile Dienste und lokale
 2020 Selbstorganisation verknüpft. Ein großes Potenzial bietet interkommunale Kooperation, die auch über
 2021 Kreis- und Landesgrenzen hinausgehen kann. Als Handlungsfelder bieten sich regionale
 2022 Energieverbände, der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe, die Kooperation und Arbeitsteilung im
 2023 Bereich der Schulentwicklung und Kinderbetreuung, die Vernetzung des Öffentlichen Personenverkehrs
 2024 oder der touristischen Infrastruktur an. In Abstimmung mit der Landesplanung sollten auch gemeinsame
 2025 gewerbliche Entwicklungsmaßnahmen unterstützt werden.

2026 Freiwillige Fusionen auf kommunaler Ebene sollen gefördert werden, indem den Kommunen
 2027 fusionsbedingte Aufwendungen erstattet werden. Dies kann auch durch Teilentschuldungen der

2028 Fusionspartner, Konzentration von Mittelzuweisungen für zentrale Funktionen der Daseinsvorsorge sowie
2029 vorrangige Förderung von Schlüsselvorgaben erfolgen.

2030 **6.6 Gesamtkonzept für Berlin und Brandenburg auf Augenhöhe**

2031 Die Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich
2032 verstärkt, und beide Länder profitieren davon. Die Kraft der Metropolregion erzeugt starke
2033 Wachstumsimpulse, die sich für Brandenburg in Investitionen, Synergien und Kooperationsstrukturen
2034 niederschlagen. Tausende Brandenburger fahren täglich nach Berlin zur Arbeit oder nutzen das
2035 Kulturangebot der Bundeshauptstadt. Tausende Berliner suchen in der Mark Erholung oder flanieren in
2036 Potsdamer Schlösser und Gärten. Viele sind aus Berlin zum Wohnen ins Umland gezogen. Manche
2037 Unternehmensgründung in Brandenburg ist aus Berlin heraus erfolgt. Berlin ist der vielversprechendste
2038 Markt für märkische Agrarprodukte. In der Gesundheitswirtschaft haben sich vielfältiger Vernetzungen
2039 herausgebildet, die ein erhebliches Innovations- und Wachstumspotenziale aufweisen.

2040 Zwischen beiden Ländern hat sich ein dichtes Netz von gemeinsamen Institutionen entwickelt. Das reicht
2041 vom Verkehrsverbund über die Gerichtsbarkeit und das öffentliche Versicherungswesen bis hin zur
2042 gemeinsamen Hochschullandschaft und Akademie der Wissenschaften. Über 100 Staatsverträge und
2043 Verwaltungsabkommen regeln die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, deren Intensität weit über
2044 das übliche Niveau föderaler Zusammenarbeit in der Bundesrepublik hinausgeht.

2045 Ein enormes wirtschaftliches Potenzial für beide Länder liegt in einer gemeinsamen Innovationsstrategie
2046 und koordinierten Förderung der Kompetenzcluster in den Wachstumsbranchen von Industrie,
2047 Gesundheitswirtschaft, Energie und Medien. Bis 2020 soll ein Europäischer Innovationsraum Berlin-
2048 Brandenburg mit einer integrierten Forschungs- und Entwicklungslandschaft entstehen. Die Ansätze für
2049 ein gemeinsames Landesmarketing sollen fortgesetzt werden, um insbesondere dem Forschungs- und
2050 Bildungsstandort, den industriellen Kapazitäten und Kompetenzen sowie den touristischen Potenzialen zu
2051 stärkerer internationaler Ausstrahlungskraft zu verhelfen.

2052 Der Großflughafen „Willy Brandt“ in Schönefeld bildet ein markantes Beispiel, welches hohe
2053 Anforderungen an ein erfolgreiches Management solcher gemeinsamer Großprojekte gestellt sind.
2054 Gleichzeitig zeigt er auch, welche wirtschaftlichen Potenziale durch die Kooperation beider Länder
2055 aktiviert werden können. Es ist im Interesse aller, dass die gewaltigen öffentlichen Investitionen an dem
2056 nun einmal gewählten Standort ihren Zweck erfüllen, der BER als Jobmaschine in Bewegung kommt und
2057 unsere Region besser mit der Welt verbunden wird. Ein solider Flughafenbetrieb setzt aber voraus, dass
2058 der bestmögliche Schutz vor Fluglärm gewährleistet wird. Hier dürfen von den festgeschriebenen hohen
2059 Anforderungen keinerlei Abstriche gemacht werden. Massive Lärmschutzmaßnahmen schützen die
2060 Gesundheit und bewahren die Lebensqualität in den umliegenden Orten. Ihre Umsetzung hat zugleich
2061 wirtschaftliche Bedeutung, da ein umfangreiches Auftragsvolumen an Fachbetriebe ausgelöst wird,
2062 wovon Handwerker und Gewerbebetriebe vor Ort erheblich profitieren.

2063 Berlin und Brandenburg haben eine gemeinsame Landesentwicklungsplanung. Das ist gut so. Der Ansatz,
2064 die Entwicklung der beiden hoch vernetzten Länder auf allen Handlungsfeldern der Raumordnung in
2065 gemeinsamer Verantwortung zu gestalten, muss weiter vertieft werden. Ausgehend von den
2066 übergreifenden Entwicklungszielen kommt es darauf an, wirkungsvolle Regeln und Instrumente für eine
2067 komplementäre und arbeitsteilige Integration der Metropolregion Berlin mit den regionalen Zentren
2068 sowie den peripheren und dünn besiedelten Räumen in Brandenburg aufzustellen, von der alle
2069 Beteiligten gleichermaßen profitieren. Dies schließt besondere Anstrengungen zur Stärkung der Zentrale
2070 Orte im ländlichen Raum ein, insbesondere durch Ansiedlung und Sicherung von gemeinsamen bzw.
2071 landesweiten Einrichtungen der Daseinsvorsorge und verbesserte Anbindung an die
2072 Verkehrsinfrastruktur.

2073 Wir brauchen in der Landesentwicklungsplanung eine intensivere Zusammenarbeit sowohl auf
2074 politischer als auch auf administrativer Ebene, also ein engeres Zusammenwirken im gemeinsamen
2075 Interesse auf Augenhöhe. Durch die Integration und Vernetzung zwischen Berlin und Brandenburg
2076 können alle gewinnen. Wenn wir es schaffen, dieses Ziel auf den einzelnen Kooperationsfeldern immer
2077 wieder überzeugend umzusetzen, werden beide Länder auch immer besser zusammenwachsen. Eines

2078 Tages kann ganz von selbst die Überzeugung reifen, dass es an der Zeit wäre, aus der Lebenspartnerschaft
2079 zwischen Brandenburg und Berlin eine eingetragene Partnerschaft zu machen.

2080 Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege wäre ein Metropolenkonzept, das gemeinsame Vorhaben,
2081 arbeitsteilige Entwicklungsschwerpunkte, eine abgestimmte Raumplanung und vereinbarte öffentliche
2082 Investitionen festlegt. Nicht zuletzt sollten in diesem Konzept auch Verpflichtungen für die berlinferneren
2083 Räume enthalten sein. Zu den vorrangigen Themen des Konzepts sollten neben der Innovationsstrategie
2084 die gemeinsame Entwicklung des BER (Messegeschäft, Marketing, geordnete Entwicklung der Achse
2085 Schönefeld-Potsdam), der Aufbau eines gemeinsamen Energieverbands mit dem Ziele einer vollständigen
2086 Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2030, ein abgestimmtes Wassermanagement sowie eine
2087 koordinierte Steuerung der Suburbanisierung rund um Berlin gehören. Hier geht es um einen geregelten
2088 Leistungs- und Lastenausgleich in Bezug auf Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Bildung und Kultur.
2089 Anzustreben wäre eine vertiefte Kooperation und Arbeitsteilung zwischen benachbarten Brandenburger
2090 Kommunen und Berliner Bezirken, die hierfür die nötigen Kompetenzen kommunaler Selbstverhalten
2091 erhalten müssen.

2092 **6.7 Brandenburg gemeinsam mit den polnischen Nachbarn entwickeln**

2093 Aufgrund seiner Lage an der deutsch-polnischen Grenze steht Brandenburg vor besonderen
2094 Herausforderungen, zugleich ergeben sich aus der Grenzlage auch besondere Chancen: für die
2095 Grenzregion, aber auch für das gesamte Land!

2096 Die Grenzregion hat das Potential, für Millionen Menschen nicht nur Arbeits- und Wohnort zu sein,
2097 sondern wirklich gemeinsame Heimat für Polen und Deutsche zu werden. Mit der Initiative für die
2098 »Oderpartnerschaft« setzten Berlin und Brandenburg bereits 2006 – unter maßgeblicher Mitwirkung der
2099 Berliner LINKEN – das Signal für eine verstärkte Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze; ab
2100 2009 haben wir als Regierungspartei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit viele neue Impulse
2101 gegeben. Jetzt rückt ein nächster Schritt auf die Tagesordnung: eine breite öffentliche polnisch-deutsche
2102 Debatte über die Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße in den nächsten 10
2103 bis 20 Jahren. Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die Verbesserung der
2104 Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung der Energiepolitik,
2105 für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und
2106 natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung sowie in der
2107 Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und
2108 ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision.

2109 Wir wissen, dass die Umsetzung dieser Vision einen langen Atem braucht. Die Bereitschaft, den Oder-
2110 Neiße-Raum als eine grenzüberschreitende Region zu denken und zu entwickeln, muss wachsen: Es geht
2111 um mehr als nur um Unterschiede in den staatlichen Strukturen: in Bundesrepublik Länder mit eigener
2112 Gesetzgebungskompetenz und in der Republik Polen Woiwodschaften, deren Rechte im Vergleich zu
2113 Deutschland stärker durch den Zentralstaat vorbestimmt sind. Nein, die Menschen - Deutsche wie Polen,
2114 die Parlamente und Regierungen, die Unternehmen und Kammern, die unterschiedlichen
2115 wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen und viele andere Institutionen, Vereine und
2116 Verbände müssen eine intensivere Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage und zum
2117 gegenseitigen Nutzen wollen und im Alltag aktiv gestalten.

2118 Wir werden insbesondere die grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation und die Vernetzung der
2119 Arbeitsmärkte in der Grenzregion weiter fördern und voranbringen – in Brandenburg muss eine
2120 Willkommenskultur gerade auch für polnische Unternehmen etabliert werden. Es muss normal werden,
2121 dass man zur Arbeit oder Ausbildung auf die andere Seite von Oder und Neiße fährt. Davon sind wir
2122 heute noch weit entfernt. Um das zu ändern, sind auch mehr Möglichkeiten zum Erlernen der polnischen
2123 bzw. der deutschen Sprache zu schaffen. Besonders Jugendliche müssen besser auf ein Arbeitsleben in
2124 einer zusammenwachsenden deutsch-polnischen Region vorbereitet werden.

2125 **7. Brandenburg braucht mehr Demokratie!**

2126 **7.1 Aktuelle Herausforderungen für demokratisches Handeln**

2127 Die Zivilgesellschaft hat während der vergangenen Jahrzehnte aus gutem Grunde ausgeklügelte
2128 Verfahren entwickelt, um Vorhaben und Regelungen mit großer wirtschaftlicher, ökologischer und
2129 gesellschaftlicher Bedeutung im Hinblick auf ihre Folgewirkungen sorgfältig abzuwägen. In der
2130 Infrastruktur sind Planungszeiträume von weit mehr als einem Jahrzehnt keine Seltenheit mehr.
2131 Zwischenzeitlich mögen sich technologische, ökologische oder soziale Veränderungen abgespielt haben,
2132 die Sinn und Zweck des Projekts in Frage stellen. Der Zeitpunkt konventioneller Bürgerbeteiligung in
2133 Planungs- und Genehmigungsverfahren entfernt sich immer weiter vom Zeitpunkt der tatsächlichen
2134 Betroffenheit. Trotz formal korrekter Abläufe und trotz der Verbesserungen, die Rot-Rot im Bereich der
2135 direkt-demokratischen Mitwirkung und Mitentscheidung in der laufenden Wahlperiode durchsetzte,
2136 haben Bürgerinnen und Bürger auch in Brandenburg das Gefühl, von Politik und Verwaltung als
2137 demokratische Akteure nicht ernst genommen zu werden und ihre Interessen nicht wirklich einbringen
2138 zu können.

2139 Da der neoliberale Staat seinen Gestaltungsanspruch und die dazugehörigen rechtlichen wie finanziellen
2140 Instrumente ein gutes Stück weit aus der Hand gegeben hat, ist er von privater Wirtschaftsmacht
2141 erpressbar geworden. Unter solchen Verhältnissen laufen demokratische Verfahren Gefahr, zu formalen
2142 Riten umfunktioniert zu werden. Das heißt dann »marktkonforme Demokratie«. Eine Politik, die von
2143 betriebswirtschaftlicher Rationalität, privater Gewinnmaximierung und Auslagerung der sozialen Kosten
2144 dominiert wird, untergräbt jedoch die gesellschaftlichen Fundamente unserer Demokratie und die
2145 Legitimität von Politik mit demokratischem Anspruch. Brandenburg sucht angesichts dessen einen
2146 anderen Weg.

2147 Das demokratische Ideal geht von eigenständig und verantwortlich handelnden Bürgern aus, die sich mit
2148 vergleichbaren Kapazitäten und Potenzialen gleichberechtigt in die politische Willensbildung einbringen.
2149 Die heutige Realität in der kapitalistischen Welt sieht jedoch anders aus. Extreme ökonomische
2150 Machtballungen setzen sich innerhalb wie jenseits demokratischer Verfahren sehr wirksam in der Politik
2151 durch. Wirtschaftliche Kartelle und politische Oligarchien gehen Allianzen ein, welche die Demokratie
2152 schrittweise aushöhlen. Ihre unheilvolle Wirkung zeigt sich in ihrem machtvollen Einfluss auf die
2153 öffentliche Meinungsbildung über »Denkfabriken« und Medien, in ihrem finanziellen Einfluss auf Wahlen
2154 von Repräsentativorganen wie auch in ihrer Fähigkeit zur Mobilisierung von Mehrheiten bei politischen
2155 Entscheidungen durch direkte Demokratie.

2156 **7.2 Demokratie plus – Für eine neue märkische politische Kultur**

2157 Was können wir diesen Herausforderungen entgegensetzen? Besser noch, wie können wir diese
2158 Herausforderungen in einer Art und Weise bewältigen, dass wir ein Mehr an Demokratie erzeugen, das
2159 den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen entspricht?

2160 Je gerechter und solidarischer Wirtschaftsleben und Gesellschaft organisiert sind, desto breiter werden
2161 die Tore für demokratische Teilhabe geöffnet, desto mehr Menschen werden materiell und intellektuell,
2162 physisch und zeitlich in der Lage sein, sich gleichberechtigt in die politische Willensbildung
2163 einzubringen. In dem Maße, wie uns der sozial-ökologische Umbau in Brandenburg gelingt, werden sich
2164 auch die Rahmenbedingungen für eine stärkere Demokratie verbessern.

2165 Die demokratischen Institutionen müssen politische Handlungs- und Gestaltungsfreiheit zurückgewinnen.
2166 Dies betrifft sowohl die rechtlichen Kompetenzen als auch die finanzielle Ausstattung, sowohl das Land
2167 als auch jede einzelne Kommune. Jeder Schritt in diese Richtung macht demokratische Politik nicht nur
2168 wirkungsvoller, sondern für bürgerschaftliches Engagement auch wieder attraktiver. Die
2169 Grundentscheidungen für unser Gemeinwesen werden öffentlich debattiert, demokratisch gefällt und
2170 konsequent umgesetzt.

2171 Die demokratische Idee muss sich vom Kapitalismus, von Konzernmacht und vom Meinungsdruck
2172 neoliberaler Denkfabriken befreien. Die Demokratie, der demokratische Staat und die demokratisch
2173 geführte Verwaltung sind nicht Barrieren für mehr Effizienz und Gewinn, sondern Voraussetzung und
2174 Träger nachhaltiger gesellschaftlicher Entwicklung. Demokratie keine Machttechnik der wirtschaftlichen
2175 und politischen Eliten, sondern Mittel zur gesellschaftlich verantwortlichen Selbstbestimmung mündiger
2176 Bürger.

2177 Neue Herausforderungen brauchen neue Formen demokratischer Teilhabe, die den durchaus
2178 widersprüchlichen Anforderungen an Komplexität und praktischem Handlungsdruck, langwierigen
2179 Abläufen und akuten Zeitzwängen, repräsentativer Ausgewogenheit und direkter Demokratie genügen. In
2180 den vergangenen Jahren sind vielfältige Ideen für innovative Teilhabeformen entstanden. Man muss sie
2181 ausprobieren. Das braucht Mut und auch ein Verständnis, dass im Experiment sowohl Erfolg als auch
2182 Scheitern möglich ist.

2183 Infrastrukturprojekte oder neue technologische Entwicklungen greifen in die Lebens- und
2184 Wohnbedingungen von Menschen ein. Weichenstellungen der Landespolitik, wie etwa in der Schulpolitik
2185 die Orientierung auf inklusive Bildung, werden kontrovers diskutiert. Die Verteilung und Regelung von
2186 öffentlichen Ver- und Entsorgungsaufgaben sowie deren finanzielle Folgen für Kommunen, Haushalte und
2187 Unternehmen sind heftig umstritten. Andererseits gibt es Entwicklungen wie den Ausstieg aus der
2188 Braunkohleverstromung, die sich aus der Sicht von Abbaggerung Betroffener oder umweltpolitisch
2189 Engagierter nicht schnell genug vollziehen. Wir stellen uns solchen Auseinandersetzungen mit dem
2190 Anspruch, Interessenskonflikte und Meinungsverschiedenheiten in gemeinsamer Verantwortung
2191 auszutragen.

2192 Wir wollen eine neue Kultur der Auseinandersetzung zwischen Regierenden und Regierten entwickeln
2193 und vor allem selbst praktizieren, welche die unvermeidlichen und notwendigen Widersprüche,
2194 Auseinandersetzungen, Reibungen, Interessenstreitigkeiten nicht einfach nur beilegt, sondern
2195 transparent macht und auszutragen hilft. Das Spannungsfeld zwischen Datenschutz und
2196 Informationsfreiheit muss mit dem Anspruch einer höchstmöglichen Transparenz öffentlichen Handelns
2197 aufgelöst werden. Diesen Weg wollen wir gemeinsam, mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern
2198 weiter beschreiten.

2199 Eine neue Kultur der Auseinandersetzung wollen wir auch innerhalb der Gesellschaft insgesamt voran
2200 bringen. Eine zunehmend ausdifferenzierte Gesellschaft ist durch eine immer größere Vielfalt von
2201 Interessen geprägt - und damit auch von Interessenkonflikten. Das erleben wir auch in Brandenburg. Die
2202 Bereitschaft zur Selbstregulation ist in diesen Konflikten leicht überfordert, die Abwägung zwischen
2203 Eigensinn und Gemeinsinn insbesondere in verhärteten Konfliktsituation schnell blockiert. Der
2204 klassische Ruf nach mehr direkter Demokratie und nach mehr Transparenz ist in diesen Situationen
2205 richtig, aber oftmals unzureichend. Widersprüchliche, ja geradezu konträre Einzelinteressen können sich
2206 sehr wohl jeweils für sich demokratisch organisieren - aber der Interessenausgleich kann gerade dann
2207 nicht immer durch eine Mehrheits- oder eine „Obrigkeits“-Entscheidung hergestellt werden. Vielmehr
2208 muss eine neue Balance zwischen repräsentativer Machtausübung und partizipativer Problemlösung
2209 gefunden werden

2210 Mediation kann eine solche Form
2211 demokratischer Konsensstiftung sein.
2212 Betroffene und Aktivisten begeben sich dabei
2213 freiwillig in ein strukturiertes Verfahren -
2214 mit dem Ziel, den Konflikt konstruktiv
2215 beizulegen und zu einer Lösung zu kommen,
2216 die ihren . Ein Mediator, eine sog.
2217 „allparteiliche“ Person, unterstützt sie dabei - nicht als Entscheider, nicht als Richter, sondern lediglich
2218 das Verfahren gestaltend. Alle Beteiligten, auch Politik und Verwaltung, sind Gleiche unter Gleichen im
2219 Sinne eines herrschaftsfreien Diskurses. Das setzt auch beträchtliche Lernprozesse voraus bzw. bringt sie
2220 mit sich.

Projektvorschlag:

Modellprojekt Mediation - Integration ausdifferenzierter
Interessen ermöglichen, indem ihre Vielzahl und Vielfalt
anerkannt wird

2221 Ein Mediationsmodellprojekt in Brandenburg will und kann die Möglichkeiten eines konsensstiftenden
2222 Umgangs als lernenden gesellschaftlichen Prozess versuchen und damit die Integration ausdifferenzierter
2223 Interessen ermöglichen, indem es ihre Vielzahl und Vielfalt anerkennt.

2224 **7.3 Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement und braucht** 2225 **starke Parlamente**

2226 Ein demokratisch verfasstes Brandenburg lebt von der selbstbewussten, kompetenten und
2227 eigenverantwortlichen Teilnahme aller an den politischen Prozessen. Wir wollen eine lebendige
2228 Demokratie. Wir wollen keine Bürokraten- und Technokratenkabinette, die sich über demokratisch
2229 gewählte parlamentarische Mehrheiten hinwegsetzen. Wir wollen nicht, dass wirtschaftlich potente
2230 Interessengruppen ihre politischen Ziele an den Institutionen der repräsentativen Demokratie vorbei
2231 lancieren. Dies alles ist eine Herausforderung für die Funktionsfähigkeit und Legitimität unserer
2232 Demokratie.

2233 Bürgerbeteiligung wird von so mancher Verwaltung eher als lästige Pflichtaufgabe empfunden und nicht
2234 als Chance zur Qualifizierung des Vorhabens aufgefasst, zu oft wird sie nicht wirklich ergebnisoffen
2235 durchgeführt. Diese Probleme müssen gelöst, diese Defizite behoben werden, damit demokratische
2236 Teilhabe und öffentliches Engagement für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver wird. Rot-Rot
2237 hat damit begonnen, die Rahmenbedingungen für die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und
2238 Bürger im Land zu verbessern, günstiger zu gestalten. In Entscheidungsprozessen von großer
2239 landespolitischer Bedeutung erhält der Dialog einen neuen Stellenwert. Bürgerinnen und Bürger,
2240 gesellschaftliche Akteure und organisierte Interessen werden in die oftmals komplexen Abwägungen und
2241 Entscheidungen direkt einbezogen. Die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung aller bei der
2242 Willensbildung zu landespolitischen wie zu kommunalen Entscheidungen wurden ausgebaut – auch
2243 wenn wir dabei bei weitem noch nicht alle unsere Vorschläge umsetzen konnten.

2244 Ehrenamtliches Engagement ist heute eine unverzichtbare, tragende Säule der Gesellschaft im
2245 Sozialbereich ebenso wie im Umweltschutz, beim Sport und in der Regionalentwicklung. Auszeichnungen
2246 und Würdigungen ehrenamtlichen Engagements gibt es reichlich, an konkreter Unterstützung mangelt es
2247 manchmal. Ehrenamtliche bekommen kein Entgelt, aber sie benötigen organisatorische und strukturelle
2248 Hilfe. Ehrenamt wird bereits heute vielfältig gefördert, aber die Unterstützung kann und soll deutlich
2249 effektiver gestaltet und entbürokratisiert werden. Ehrenamtsförderung ist eine staatliche Daueraufgabe
2250 und muss auch so organisiert werden.

2251 Der Landtag ist gegenüber der Exekutive gestärkt worden – vor allem durch größere Informations- und
2252 Kontrollrechte. So tagen die Landtagsausschüsse seit über drei Jahren öffentlich. Erstmals in Brandenburg
2253 wurden zwei Enquete-Kommissionen eingesetzt, in denen Experten gleichberechtigt mit den Mitgliedern
2254 des Landtages Vorschläge für die künftige Entwicklung des Landes erarbeiten. Der Petitionsausschuss
2255 führt seit dieser Wahlperiode regelmäßige öffentliche Sprechstunden in den Regionen des Landes durch.
2256 Und schließlich wurden auch die Voraussetzungen für eine stärkere europapolitische Kompetenz des
2257 Landtages durch die Einrichtung einer Kontakt- und Informationsstelle des Landtages Brandenburg in
2258 Brüssel geschaffen. Die frühzeitige und umfassende Unterrichtung des Landtages über wichtige
2259 landespolitische Angelegenheiten sowie über das Agieren auf Bundes- und EU-Ebene – seit 1992 in der
2260 Landesverfassung – wurde 2010 erstmals verfahrensrechtlich verbindlich geregelt. DIE LINKE war
2261 maßgeblich an diesen Veränderungen beteiligt bzw. hat sie zum Teil initiiert.

2262 Diese Entwicklung wollen wir weiter führen, die geschaffenen Spielräume besser nutzen. Die bessere
2263 finanzielle, personelle und rechtliche Ausstattung des Parlaments gegenüber der mächtigen
2264 Ministerialbürokratie bleibt eine dauerhafte Aufgabe, der wir uns weiter stellen werden. Dies gilt auch
2265 für die Vertretungskörperschaften auf kommunaler Ebene.

2266 **7.4 Demokratische Teilhabe ist verantwortliche Teilhabe**

2267 Demokratische Teilhabe benötigt einen Staat, der rechtliche Rahmenbedingungen setzt, die Menschen zur
2268 Mitbestimmung einlädt und die Chancengleichheit unterschiedlich starker Akteure wahrt. Demokratie
2269 braucht verlässliche Institutionen, in denen selbstbestimmte politische Akteure ihre Interessen im
2270 offenen Wettbewerb wahrnehmen: vom Ortsteil über die Gemeinde, den Landkreis, die kreisfreie Stadt
2271 bis hin zur Landesebene.

2272 Kommunen, die auf Grund ihrer finanziellen Schwäche kaum die Pflichtaufgaben abdecken, haben
2273 keinen Gestaltungsspielraum. Rot-Rot im Land steuert der Finanzmisere der Kommunen nach Kräften
2274 entgegen. Das ändert aber nichts daran, dass wir es weiter mit einem strukturellen Problem der
2275 Verteilung von Finanzen zwischen dem Bund, den Bundesländern und den Kommunen zu tun haben. Wir
2276 treten deshalb vor allem für eine grundlegende bundesweite Reform der Kommunalfinanzierung ein – im
2277 Interesse der Stärkung der Demokratie, im Interesse angemessener Lebensbedingungen für die
2278 Bürgerinnen und Bürger. Ebenso gilt es, die Kompetenzen für die kommunale Selbstverwaltung zu
2279 stärken. Lokale Fragen sollen im Grundsatz vor Ort entschieden, umgesetzt und finanziert werden. Unser
2280 Weg zu mehr Demokratie besteht darin, die Entscheidungen näher an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort
2281 zu verlagern. Das wollen wir seit langem, daran wissen wir uns mit einer großen Mehrheit in
2282 Übereinstimmung, daran halten wir fest. Dialog ist der Schlüssel zum demokratischen Erfolg. Er beginnt,
2283 wo Probleme erkannt und beschrieben werden. Er setzt voraus, dass Interessen und Positionen,
2284 individuelle und grundsätzliche Betroffenheit artikuliert und eingebracht werden. Er braucht Strukturen,
2285 die diskursiv und kreativ angelegt sind. Wir müssen neue Wege finden, wie die jetzt bestehenden
2286 rechtsförmlichen Planungsverfahren durch vorgelagerte Informations- und Beteiligungsverfahren ergänzt
2287 werden können.

2288 Im Dialog können und sollen Verabredungen getroffen und Verbindlichkeiten hergestellt werden, die
2289 auch im demokratisch legitimierten politischen Raum, also im Parlament ihren Niederschlag finden. Die
2290 gewählten Politikerinnen und Politiker haben das Mandat zur Entscheidung – sie stehen für diese
2291 Entscheidung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein. Demokratie verlangt aber mehr, als sich bei
2292 Entscheidungen auf das einmal alle fünf Jahre erteilte Mandat zu berufen. Demokratische
2293 Entscheidungsprozesse beruhen darauf, dass Betroffene und Interessierte und eine breite Öffentlichkeit
2294 in die die Entscheidungen vorbereitenden Abwägungen einbezogen werden, dass die dann von der Politik
2295 selbst vorgenommenen Abwägungen transparent und nachvollziehbar sind. Also geht es darum, die
2296 Dialog-, Entscheidungs- und Umsetzungsstrukturen weiter zu modernisieren und zu öffnen. Transparenz
2297 und Bürgerbeteiligung erreichen wir nur, wenn die Regierung, Unternehmen, Kommunen und
2298 Zivilgesellschaft gemeinsam daran arbeiten. Dies ist ein langwieriger Prozess.

2299 Wir treten für mehr direkte Demokratie ein und regen eine gesellschaftliche Debatte über Themen und
2300 Verfahren an. Für die vorhandenen Formen der direkten Demokratie sollten die Hürden niedriger und die
2301 Regularien einfacher werden. Wir wollen Wege finden, welche die Formen und Instrumente
2302 repräsentativer und direkter Demokratie im Land und in den Kommunen im Interesse breiter,
2303 gleichberechtigter und solidarischer Teilhabe miteinander verknüpfen. Hierfür werden neuartige
2304 Lösungen gebracht, welche die Vorzüge von repräsentativer und direkter Demokratie miteinander
2305 verbinden, Blockaden und Verfahren zu Lasten von Solidarität und Gleichheit verhindern sowie
2306 ganzheitliche und nachhaltige Politikansätze fördern. Dieses Thema braucht eine breite gesellschaftliche
2307 Debatte, zu der wir einladen und an der wir uns gern beteiligen.

2308 **7.5 Der soziale und demokratische Rechtsstaat**

2309 Die PDS war in Brandenburg verfassungsgebende Partei. Das hat gute Gründe, die eng mit der
2310 Auseinandersetzung mit unserer Geschichte bis 1990 zusammenhängen. Wir haben in Bezug auf die
2311 gesellschaftliche Demokratie die Einsicht gewonnen, dass die jeweilige Konstituierung des Gemeinwillens
2312 als ein konfliktreicher Prozess begriffen werden muss. Dieser ist nur unter der Voraussetzung möglich,
2313 dass die politischen Freiheitsrechte die gesellschaftliche Selbstregierung sichern und Selbstkorrekturen,
2314 Minderheitenschutz – auch in Form persönlicher Freiheitsrechte – und Alternativen garantieren. Mit
2315 diesem Ansatz werden die politischen Grundrechte Bauelemente einer freien Gesellschaft.

2316 Rechtsstaatliche Prinzipien haben eine Eigenbedeutung. Der Kerngedanke des Rechtsstaatsprinzips ist
2317 vor allem das Willkürverbot und damit die Limitierung der Staatsgewalt im Interesse der Bürger. Das
2318 bedeutet u. a. die Bindung der gesetzgebenden Gewalt an den Normenbestand der Verfassung,
2319 insbesondere an die Menschen- und Bürgerrechte sowie die Gesetzesunterworfenheit der vollziehenden
2320 Gewalt. Das Prinzip der Gewaltentrennung ist unabdingbar. Die Justiz ist dabei eine unabhängige Instanz,
2321 die es zu stärken gilt.

2322 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist auch die Zentralnorm der Brandenburger
2323 Landesverfassung. Für uns bedeutet dies zugleich, die materiellen und intellektuellen Voraussetzungen
2324 dieser Würde sicherzustellen. Insofern muss der demokratische Rechtsstaat zugleich ein sozialer
2325 Rechtsstaat sein. Der soziale Rechtsstaat zielt auf eine rechtlich gesicherte soziale Chancengleichheit und
2326 richtet sich auf die Einschränkung sozialer Disparitäten und die Teilhabe der abhängig Beschäftigten am
2327 gesellschaftlichen Lebensprozess.

2328 Die Brandenburger Landesverfassung ist dem Verfassungsbegriff des demokratischen und sozialen
2329 Rechtsstaates verpflichtet. Deshalb tragen wir diese Verfassung mit. Der Sozialstaatsgedanke
2330 widerspiegelt sich beispielsweise in dem Recht auf Ausbildung oder den jeweils als Staatsziele
2331 formulierten Rechten auf Arbeit und auf Wohnen, die aber durch individualrechtliche Ansprüche
2332 untersetzt sind.

2333 Vor diesem Hintergrund sehen wir eine Stärkung des Rechtsstaates in einer angemessenen personellen
2334 und materiellen Ausstattung der Justiz und in einem einfachen, heißt auch wohnortnahen Zugang der
2335 Bürgerinnen und Bürger zu den Gerichten, wodurch wir dem Grundrecht auf ein zügiges und faires
2336 Verfahren gerecht werden. Wir stehen für die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, weshalb wir
2337 Konzepte zur Selbstverwaltung der Justiz erarbeiten und unterstützen. Als verfassungsgebende und
2338 verfassungstragende Partei treten wir weiterhin konsequent dafür ein, dass die Verfassungsinhalte des
2339 sozialen Rechtsstaates zum Maßstab staatlichen Handelns gemacht und in der Realität umgesetzt werden.
2340 Dabei sind wir uns des noch vorhandenen Ungleichgewichts zwischen politischen und sozialen
2341 Grundrechten bewusst. Daher orientieren wir uns an der Unteilbarkeit und Abhängigkeit der politisch-
2342 juristischen, der ökonomisch-sozialen sowie der geistig-kulturellen Rechte.

2343 Eine gute Sozialpolitik ist auch die beste Kriminalpolitik. Sie bietet die größte Sicherheit vor Straftaten.
2344 Das heißt konkret, Lebenslagen und Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in
2345 unterschiedlichen Bereichen zu verbessern. Zugleich stehen wir für eine grundrechtsorientierte
2346 Kriminalpolitik. Unverzichtbarer Bestandteil ist eine gut ausgestattete und gut ausgebildete bürgernahe
2347 Polizei, die überall im Land die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Und zwar überall gleichermaßen
2348 wirkungsvoll. Öffentliche Sicherheit darf nicht privatisiert werden, weder in Form formaler
2349 Aufgabenübertragung, noch als schleichender Prozess in Reaktion auf realen oder gefühlten Rückzug des
2350 Staates aus seiner Sicherheitsverantwortung. Daher ist der Polizeidienst auch künftig angemessen mit
2351 den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Da Brandenburg ein Grenzland ist und erheblich mit
2352 grenzüberschreitender Kriminalität zu kämpfen hat, muss die Zusammenarbeit mit den polnischen
2353 Behörden bei der Strafverfolgung in Form von gemeinsamen Struktureinheiten und engerer Abstimmung
2354 weiter verbessert werden

2355 Der Gedanke des sozialen Rechtsstaates findet seinen Ausdruck auch in der Landesverfassungsnorm,
2356 nach der das Ziel des Strafvollzugs ausschließlich die Resozialisierung des Strafgefangenen ist. Das
2357 bedeutet, dass der Gefangene befähigt werden soll, nach seiner Entlassung ein Leben ohne Straftaten
2358 führen zu können. Erwerbsarbeit im Strafvollzug bildet hierfür eine günstige Voraussetzung.
2359 Selbstverständlich müssen auch diese Arbeitsverhältnisse eine Renten- und Sozialversicherung enthalten.
2360 Unabdingbar sind zudem entsprechende Strukturen und finanzielle Mittel, um mehr Behandlung im
2361 Vollzug, mehr Wohngruppenvollzug, mehr offenen Vollzug und eine bessere Wiedereingliederung zu
2362 erreichen. Dies erfordert eine qualifizierte Arbeit der stationären und ambulanten Sozialen Dienste sowie
2363 ihre Vernetzung mit kommunalen Einrichtungen und den Trägern der Freien Straffälligenhilfe. Nur so ist
2364 die soziale Integration des Strafgefangenen in die Gesellschaft nach seiner Entlassung erfolgreich zu
2365 realisieren. Das ist ein, jenseits sozialer Ausgrenzung liegender Beitrag, Kriminalität weiter
2366 zurückzudrängen. Ein solcher Ansatz nutzt der Gemeinschaft und reduziert die Gefahr, Opfer einer
2367 kriminellen Handlung zu werden.

2368 Für uns bilden Sicherheit und Resozialisierung eine Einheit, die es zu verwirklichen gilt. Ein diesen
2369 Gedanken tragendes Resozialisierungsgesetz ist unser Ziel. Dies erfordert eine qualifizierte Arbeit der
2370 Sozialen Dienste, um so die Rückkehr der Strafgefangenen in die Gesellschaft nach Haftentlassung
2371 erfolgreich organisieren zu können.

2372 **8. Europäische Einigung am Scheideweg: Für ein** 2373 **demokratisches und zukunftsfähiges Europa**

2374 Manchen in Brandenburg mag die europäische Integration bislang wenig interessiert haben. Spätestens
2375 mit der Euro-Krise erkennen immer mehr Menschen – die Sache geht uns alle an, und zwar ganz direkt.
2376 Wir sind mit den Folgen eines marktdominierten Integrationsansatzes konfrontiert, der blind für die
2377 gesellschaftlichen Zusammenhänge der europäischen Einigung ist. Nicht überhöhte Ausgaben und
2378 Ansprüche haben die Krise der EU verursacht. Vielmehr ist der Dreiklang von Umverteilung nach oben,
2379 Deregulierung und Privatisierung wesentlich für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. Eine
2380 Währungsunion ohne Wirtschafts-, Finanz- und Sozialunion zu bauen, war Schmalspurkapitalismus, war
2381 ignorant, fahrlässig und naiv. Erst dadurch ist es zu den wirtschaftlichen Ungleichgewichten und
2382 finanziellen Verwerfungen gekommen, die sich nun in zunehmend heftigeren gesellschaftlichen und
2383 politischen Konflikten entladen.

2384 Die umstrittenen Rettungsschirme sichern bislang den Schuldendienst und die Zahlungsfähigkeit der
2385 betroffenen Staaten. Profiteure der Krise sind die Banken. Die Regierungen, die sich den Finanzmärkten
2386 unterworfen haben, betreiben eine wirtschaftlich perspektivlose und sozial verantwortungslose
2387 Sparpolitik gegen die eigene Bevölkerung. Außen vor bleiben die kleinen Leute, die in immer mehr
2388 Mitgliedstaaten von grassierender Erwerbslosigkeit, massiven Einkommensverlusten und dem
2389 Zusammenbruch der Sozialsysteme betroffen sind. Dass die Menschen dies nicht akzeptieren, zeigt sich
2390 im europaweiten Widerstand gegen das Spardiktat der »Troika« aus Europäischer Zentralbank,
2391 Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission.

2392 Über die Auswege aus der Krise wird erbittert gestritten, innerhalb wie auch zwischen den EU-Staaten.
2393 Im Streit um die Zukunft des Euros und des gesamten europäischen Integrationsprozesses werden alte
2394 Wunden aufgerissen und neue Konflikte ausgelöst. Längst überwunden geglaubte nationalistische und
2395 chauvinistische Ressentiments leben wieder auf und werden von unverantwortlichen Politikern für ihre
2396 Machtinteressen instrumentalisiert. Was jahrzehntelang aufgebaut worden ist, steht in Gefahr, zu Bruch
2397 zu gehen. Das betrifft den europäischen Gedanken im Kern. Der Kern ist die europäische
2398 Friedensordnung. Europa steht heute am Scheideweg.

2399 Unsere Antwort auf die Euro-Krise heißt: Die EU muss ihre Marktfixierung aufgeben und zu einer
2400 demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union umgestaltet werden. Kurz gesagt, wir
2401 wollen mehr Europa, aber nach dem Primat des Gemeinwohls neu geordnet. Wir möchten die europäische
2402 Integration von einem Elitenprojekt in ein Bürgerprojekt verwandeln. Was wir hingegen nicht brauchen,
2403 ist eine überbordende Euro-Bürokratie, die jeden Lebensbereich der Vermarktung unterwerfen will und
2404 die jedes Detail unserer Warenwelt und Wirtschaftstätigkeit reglementiert, aber vor den weltpolitischen
2405 Herausforderungen kapituliert. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Das Subsidiaritätsprinzip muss endlich
2406 durchgesetzt werden. Was sinnvoller Weise vor Ort geregelt werden kann, soll vor Ort geregelt werden.
2407 Die europäische Vielfalt ist eine Stärke, die ausgeprägt und nicht weg normiert werden soll.

2408 Die sozialen, ökonomischen und fiskalischen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten sind
2409 abzubauen. Wir wollen wirksame Schritte zur Umverteilung des enormen Reichtums in Europa einleiten,
2410 und zwar nicht entlang der Ländergrenzen, sondern innerhalb der Gesellschaften. Das Diktat der
2411 Sparprogramme, das die Staatsfinanzierungslasten vor allem den Beschäftigten, den Mittelschichten und
2412 den sozial und ökonomisch Schwächsten aufbürdet, muss ein Ende haben. Wir wollen die Politik der
2413 Marktliberalisierung stoppen und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vom Binnenmarkt
2414 ausnehmen. Einen wichtigen Erfolg in diesem Bereich stellte 2013 die Europäische Bürgerinitiative
2415 „Wasser ist ein Menschenrecht!“ dar. Diesen Aufruf für einen freien Zugang zu Wasser und zur sanitären
2416 Grundversorgung und gegen die Liberalisierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft unterzeichneten
2417 innerhalb kürzester Zeit fast 1,5 Millionen Menschen. Unter diesem Eindruck kündigte die Kommission
2418 schließlich die Herausnahme der Wasserversorgung aus der EU-Konzessionsrichtlinie an.

2419 Wir wollen eine europäische Sozialunion, die den gleichen Rang wie die Wirtschafts- und Währungsunion
2420 hat. Darunter verstehen wir nicht einen einheitlich reglementierten europäischen Sozialstaat nach
2421 deutschem Muster. Vielmehr geht es uns um eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen
2422 wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Grundrechten. Daher unterstützen wir die Vorschläge, eine
2423 soziale Fortschrittsklausel im EU-Vertragswerk zu verankern, die klärt, dass der Binnenmarkt kein

2424 Selbstzweck ist, sondern der Wohlfahrt und dem sozialen Fortschritt der Menschen dient. Nach unserem
2425 Verständnis sind wirtschaftliche Freiheiten und Wettbewerbsregeln dem Gemeinwohl und den sozialen
2426 Grundrechten unterzuordnen und dürfen nicht dazu benutzt werden, soziale Errungenschaften und
2427 gemeinwohlbestimmte Festsetzungen aufzuheben, aufzuweichen oder zu umgehen. Wir streben ein
2428 einheitliches EU-Arbeitsrecht an und treten für Mindestlöhne ein, die an den jeweiligen nationalen
2429 Lebensverhältnissen ausgerichtet sind. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist ein »sozialer Stabilitätspakt«,
2430 der Zielvorgaben und Handlungsgrundlagen für die notwendigen vertragsrechtlichen Schritte schafft und
2431 der konkrete Sofortmaßnahmen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung beinhaltet.

2432 Mit ihrer Struktur- und Regionalpolitik hat die EU bislang einen wirksamen Beitrag zur Annäherung der
2433 wirtschaftlichen Leistungskraft und der Lebensverhältnisse zwischen den europäischen Regionen
2434 geleistet. Gerade Brandenburg und die anderen ostdeutschen Länder haben seit 1990 einen großen
2435 Nutzen von dieser Hilfe gehabt. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsunterschiede
2436 in der EU ist diese Leistung kaum zu unterschätzen. Nun, wo die soziale Verfasstheit der Union als
2437 Kernfrage der europäischen Einigung noch stärker in den Vordergrund getreten ist, sollten öffentliche
2438 Daseinsvorsorge, Gemeinwesen und Kultur in der Programmgestaltung eine entschieden höhere
2439 Wertigkeit erhalten, das bleibt trotz abnehmender Mittel auch in der Förderperiode 2014 - 2020 weiter
2440 eine Forderung linker Politik.

2441 Wir wollen eine Friedensunion nach innen und außen. Um den inneren Frieden wiederherzustellen, ist
2442 der Aufbau einer Sozialunion erforderlich. Dies ist Voraussetzung für eine zivilisierte, rechtsförmige und
2443 partizipative Bewältigung der eingetretenen sozialen Konflikte und Erosionen, welche die verfehlte
2444 Austeritätspolitik der EU hervorgebracht hat. Nur so können auf die Dauer auch Akzeptanz und
2445 Vertrauen in den europäischen Einigungsprozess wiederhergestellt werden. Um den äußeren Frieden zu
2446 stärken, treten wir für den längst überfälligen Umstieg auf nichtmilitärische Instrumente ein: Stärkung
2447 des Völkerrechts und diplomatische Anstrengungen, wirtschaftliche und ideelle Unterstützung von
2448 zivilen Konfliktlösungen, Konfliktverhinderung durch gesellschaftlichen und politischen Dialog, Eintreten
2449 für eine wirkliche Universalität der Menschenrechte. Die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch
2450 ein nichtmilitärisches Sicherheitssystem müssen den Endpunkt der Entwicklung dieses überflüssigen
2451 Militärbündnisses darstellen. Jetzt geht es darum, kriegerische Konflikte zu beenden, weitere
2452 Militärinterventionen zu verhindern sowie die weitere Ausdehnung der NATO zu stoppen. Weil Europa
2453 jedoch wahrscheinlich auf absehbare Zeit nicht waffenfrei und demilitarisiert sein wird, sollten wir uns
2454 mit unseren europäischen Partnern sofort über notwendige Minima verständigen, keinerlei Wettrüsten
2455 gegen wen auch immer dulden, Abrüstungsinitiativen energischer unterstützen und den Waffenexport in
2456 Deutschland und dann auch in der EU verbieten.

2457 Gemeinsam mit anderen linken Kräften stehen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in Europa.
2458 Unser politisches Ziel ist eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäischen Union. Auf
2459 der Tagesordnung steht deshalb eine neue europäische Verfassungsdiskussion, die nicht von den
2460 Regierungen, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern geführt wird. Ausgehend von einem Katalog der
2461 europäischen Werte, Freiheiten und Rechte müssen wir uns über die demokratischen Verfahrensregeln,
2462 über klare Kompetenzverteilungen sowie über wirkungsvolle gegenseitige Kontrollmechanismen der EU-
2463 Institutionen verständigen. Demokratisch legitimierte europäische Politik verlangt zudem nach einem
2464 starken Europäischen Parlament, transparenten Entscheidungsprozessen in allen EU-Institutionen sowie
2465 mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Eine zentrale Frage muss die umfassende
2466 Verankerung der sozialen Gerechtigkeit und die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und
2467 Arbeitnehmern in der EU-Politik sein. Die in Europa tradierten Menschen- und Grundrechte müssen
2468 Vorrang vor den Grundfreiheiten des Binnenmarktes genießen.

2469 Für ein kleines Land wie Brandenburg hängen Wohlstand, Sicherheit und wirtschaftlicher Erfolg direkt
2470 von seiner Einbindung in die europäische Entwicklung ab. Brandenburg ist heute eine europäische
2471 Region, die fest in den Strukturen der Europäischen Union verankert ist und mit beachtlichem Erfolg an
2472 den Prozessen zur Gestaltung der europäischen Integration teilnimmt. EU-Entscheidungen bestimmen die
2473 Lebensbedingungen der Menschen hierzulande unmittelbar und in wachsendem Umfang mit. Deshalb
2474 müssen Landtag und Landesregierung die spezifisch brandenburgischen Sichten auf die europäische
2475 Integration und die Entwicklung der verschiedenen Politikbereiche selbstbewusst und angemessen in die
2476 Gesetzgebung der EU einbringen. Auch können unsere gute Entwicklung und positiven Erfahrungen -
2477 etwa als bundesweiter Vorreiter beim Einsatz Erneuerbarer Energien - als Inspiration und Bereicherung
2478 für andere Regionen dienen. Ebenso können wir noch viel von unseren europäischen Partnern lernen. In

2479 allen Bereichen der Landespolitik sind Rahmensetzungen der EU zu berücksichtigen. Diese sind
2480 bestmöglich für die Menschen und die Entwicklung unseres Landes nutzbar zu machen. Dazu gehört
2481 auch, die Landesverwaltung grundsätzlich europäischer auszurichten.

2482 Das linksgeführte Europaministerium hat die langjährigen Beziehungen zur Republik Polen weiter
2483 stabilisiert und generell am Ausbau der internationalen Kontakte des Landes gearbeitet; dazu gehört auch
2484 die Neufassung der Leitlinien für Brandenburgs Agieren in der Einen Welt. Im Rahmen der Vorbereitung
2485 der neuen EU-Förderperiode 2014 - 2020 wurde und wird die Anpassung der Förderpolitik an die neuen
2486 rot-rot Entwicklungsziele für das Land gearbeitet. In Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag wurden
2487 bundesweit soziale Akzente in der Europapolitik gesetzt. Im Rahmen des Brandenburger Vorsitzes in der
2488 Europaministerkonferenz stand das „Soziale Europa“ erstmals auf der Tagesordnung. Brandenburg ist
2489 dafür eingetreten, die gesamte EU-Politik an den Zielen eines gebührenden sozialen und gesundheitlichen
2490 Schutzes der Bürgerinnen und Bürger, eines hohen Grades an allgemeiner und beruflicher Bildung und
2491 des Beschäftigungsniveaus zu messen. Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut, die
2492 Sicherung von Chancengleichheit und die Verhinderung von Diskriminierung müssen übergreifende
2493 Politikziele der EU sein.

2494 Auf diesem europapolitischen Fundament kann die brandenburgische Landespolitik in den kommenden
2495 Jahren aufbauen.

2496 **9. Nachhaltige Haushaltspolitik: Voraussetzung für** 2497 **Gestaltungsfähigkeit**

2498 **9.1 Den sozial-ökologischen Wandel auf gesunde finanzielle Grundlagen** 2499 **stellen**

2500 Alle Vorhaben und Ideen dieses Leitbildes haben ihre finanzielle Seite. Nicht alles kostet Geld oder
2501 zusätzliches Geld. Manchmal geht es auch nur um die Frage, auf welche Art und Weise Geld aufgebracht
2502 und ausgegeben wird. Klar ist aber: Für ein Land im Wandel geht es in erster Linie darum, in die
2503 Gestaltung dieses Wandels zu investieren - und bestenfalls in zweiter Linie darum, das Gewohnte
2504 fortzuführen. Unsere haushaltspolitische Strategie besteht darin, Prioritäten zu setzen und zu finanzieren,
2505 die im Ergebnis Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern. Weder setzt Linke Finanzpolitik auf
2506 neue Schulden, noch beugt sie sich täglichen Sachzwängen und kapituliert vor den buchhalterischen
2507 Notwendigkeiten. Wir setzen trotz geringer werdender Mittel auf einen öffentlichen Gestaltungsanspruch
2508 im Interesse des Gemeinwohls.

2509 Gerecht, solidarisch, nachhaltig - so sieht linke Haushalts- und Finanzpolitik aus. Die soziale Frage stand
2510 Jahrzehnte lang nicht derart im Fokus politischen Handelns wie heute in Zeiten der Eurokrise und des
2511 drohenden Zusammenbruchs ganzer Gesellschaften. Wie eng die soziale und gesellschaftliche
2512 Entwicklung eines Landes mit der Finanzpolitik verknüpft ist, ist derzeit in ganz Europa zu besichtigen.
2513 Deshalb bleibt die soziale Frage auch angesichts knapper Kassen im Zentrum unseres politischen
2514 Denkens und Handelns. Diesen Weg muss Brandenburg auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

2515 Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren sind in vielerlei Hinsicht absehbar.
2516 Ab Mitte des Jahrzehnts wird die Schuldenbremse wirksam. Der Länderfinanzausgleich und der
2517 Solidaripakt II laufen 2019 aus. Zudem fällt Brandenburg aus der bisherigen Höchstförderung der EU. Für
2518 den Landeshaushalt werden, so weit derzeit absehbar, in den nächsten Jahren zunächst Einnahmen von
2519 weiter rund 10 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Im Jahr 2020 ist dann mit dem endgültigen Auslaufen
2520 des Solidaripaktes II mit einem Rückgang auf dann etwa 9,7 Mrd. Euro zu rechnen. Damit ist dann auch
2521 das Haushaltsvolumen insgesamt beziffert, denn wir wollen ab 2014 keine neuen Kredite mehr
2522 aufzunehmen und spätestens ab Beginn der folgenden Legislaturperiode damit anfangen, die
2523 aufgelaufenen Schulden zu tilgen.

2524 Brandenburg trägt jetzt die Folgen hoher Kreditaufnahmen insbesondere in der Zeit von 1990 bis 2005.
2525 Die bis dato angehäuften Schulden des Landes betragen inzwischen 18,7 Mrd. Euro und verursachen
2526 dauerhaft Zinszahlungen in Millionenhöhe. Der Schuldenberg der brandenburgischen Kommunen türmt

2527 sich auf 2,27 Mrd. €. Insgesamt sind die öffentlichen Haushalte in Brandenburg also mit rd. 21 Mrd. €
2528 verschuldet.

2529 Die Verschuldung hatte Gründe und war in großen Teilen nötig, um die Entwicklung des Landes
2530 voranzutreiben. Dennoch ist ein weiteres Anwachsen dieser Zinsbelastung nicht hinnehmbar. Unter der
2531 Ausnutzung der Niedrigzinsphase konnte durch eine kluge Umschuldungspolitik des linken
2532 Finanzministers die Zinsausgaben auf 566 Mio. Euro gesenkt werden.

2533 Gäbe es diese Zinsbelastung nicht, könnten z.B. die geplanten Bildungsausgaben auf einen Schlag etwa
2534 verdoppelt werden. Das ist leider nur eine theoretische Überlegung – sie macht aber deutlich, in welchem
2535 Ausmaß die Belastungen aus dem Schuldendienst die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände
2536 einschränken. Und zwar nicht nur an der Peripherie staatlichen Handelns, sondern in zentralen
2537 Bereichen.

2538 Hinzu kommt, dass einerseits die Abhängigkeit von den Finanzmärkten steigt und andererseits
2539 überforderte Staatshaushalte selbst zu einer Quelle von Instabilität im internationalen Währungssystem
2540 und der Euro-Krise werden. Finanz- und Währungskrisen aber, das lehrt die Geschichte, gehen immer zu
2541 Lasten der kleinen Leute. Das kann nicht in unserem Interesse liegen.

2542 **9.2 Umsetzung unseres Leitbilds bedeutet, finanzpolitische Prioritäten zu** 2543 **setzen**

2544 Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bleiben auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen unser
2545 politisches Leitmotiv. Bereits in der ersten Legislaturperiode von Rot-Rot in Brandenburg haben wir eine
2546 Strategie ausgearbeitet, beschlossen und umgesetzt, wie soziale Verantwortung mit weniger Geld
2547 wahrgenommen werden kann. Diese Strategie hat sich bewährt, wir werden sie weiter führen und weiter
2548 entwickeln.

2549 Wir haben uns von Anfang an darauf konzentriert, Menschen Chancen zu eröffnen, und dafür gesorgt,
2550 dass die entsprechenden Entscheidungen und Weichenstellungen über die Jahre Bestand hatten. Im
2551 Öffentlichen Beschäftigungssektor erhielten Langzeitarbeitslose erstmals seit Jahren wieder einen
2552 Existenz sichernden Job und damit einen Teil ihrer Würde zurück – so lange die bundespolitischen
2553 Rahmensetzungen dies nicht verhinderten. Abiturienten aus einkommensschwachen Familien erhalten
2554 eine finanzielle Unterstützung – das Schüler-Bafög. Öffentliche Aufträge werden nicht mehr zu
2555 Dumpinglöhnen, sondern zumindest auf dem Niveau von Existenz sicherndem gesetzlichem Mindestlohn
2556 vergeben. Im Öffentlichen Dienst wird es nicht nur keine betriebsbedingten Kündigungen geben. In den
2557 Schulen des Landes wurden und werden neue Lehrerinnen und Lehrer, in den Kitas neue Erzieherinnen
2558 und Erzieher eingestellt. Damit finden einerseits junge Menschen Erwerbsarbeit und Lebensperspektive
2559 in Brandenburg – und zugleich kommt ihre Tätigkeit anderen zu Gute, die durch bessere
2560 Bildungsmöglichkeiten bessere Lebenschancen gewinnen.

2561 Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine fiskalische
2562 Erleichterung auf Landesebene zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und
2563 Sachkostenzuweisungen an die Kommunen ist unter Rot-Rot stetig gestiegen, absolut wie prozentual. Fast
2564 ein Drittel des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im Ländervergleich eine enorme
2565 Leistung. Bildung, Soziales, Wissenschaft sind die deutlichen Prioritäten der Landesentwicklung. Jeder
2566 Euro in diese Sektoren fließt als Investition in Gegenwart und Zukunft.

2567 In den Personalausgaben sehen wir nicht in erster Linie eine Belastung für den Landeshaushalt, sondern
2568 die Basis dafür, dass notwendige Leistungen des Gemeinwesens auch in der notwendigen Qualität
2569 erbracht werden können. Es geht immer darum, dass Menschen im Interesse von Menschen tätig werden
2570 – kompetent, gut motiviert, an der richtigen Stelle und klug organisiert. Für DIE LINKE geht es darum, die
2571 Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes und eine bürgernahe und effektive Aufgabenerledigung
2572 weiter durch eine ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik zu gewährleisten, die die durch
2573 Altersabgänge und sonstige Fluktuation entstehenden Spielräume nutzt. Besondere Bedeutung messen
2574 wir der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Erzieherinnen und Erziehern im Kita-Bereich
2575 bei.

2576 Ein wichtiger Erfolg mit nachhaltiger Wirkung sind bei der Umsetzung dieser Zielstellung die
2577 Vereinbarungen, die die rot-rote Landesregierung im Sommer 2013 zur Anpassung der Besoldung der
2578 Beamten und zu weiteren Fragen der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst mit den
2579 Gewerkschaften getroffen hat. Neben der Festschreibung finanziell verantwortbarer
2580 Einkommenszuwächse für Beamtinnen und Beamte gab es Übereinkünfte, die die Neueinstellung
2581 jüngerer Beschäftigter ermöglichen und ältere Landesbedienstete entlasten sollen. So wurden
2582 Vereinbarungen zu Jahressonderzahlungen, Frühpensionierungsmodellen aufgrund angesparter
2583 Arbeitszeit oder ein 'demografiefester Tarifvertrag' getroffen. Hinzu kamen Festlegungen zur Reduzierung
2584 der Pflichtstundenzahl von Lehrkräften sowie zur Reduzierung der Arbeitszeit nach 35 Dienstjahren.
2585 Solche Maßnahmen waren und sind Ausdruck der Wertschätzung der Leistungen aller
2586 Landesbediensteten.

2587 Der Preis für diese Prioritätensetzung ist die Absenkung der vergleichsweise hohen brandenburgischen
2588 Investitionsquote auf den bundesdeutschen Durchschnitt. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite
2589 hat mit dem Umbau der Wirtschaftsförderinstrumente zu tun. Klügerer und effizienterer Mitteleinsatz,
2590 Konzentration auf verstärkten Einsatz rückzahlbarer Darlehen anstelle von Zuschüssen vermag die
2591 Wirksamkeit jedes ausgegebenen Euros zu erhöhen.

2592 In diesen Kontext gehört eine weitere Weichenstellung von Rot-Rot mit nachhaltiger Wirkung: Die
2593 Landesinvestitionsbank wird ab dem Beginn der EU-Förderperiode 2014 - 2020 auch für die Umsetzung
2594 der arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme des Landes verantwortlich sein. Damit übernimmt sie den
2595 bisherigen Aufgabenkreis der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA) und
2596 wird auch für die Fördermittelvergabe aus dem ESF zuständig sein. Für die antragstellenden Bürgerinnen
2597 und Bürger, die Unternehmen und Vereine bringt diese Umstrukturierung wesentliche Vorteile: Künftig
2598 gibt es eine einzige, Anlaufstelle für sie. Die Landesregierung ihrerseits hat dann nur einen Partner für
2599 die Fonds-Abwicklung und -Abrechnung gegenüber Brüssel. Dies wird letztlich zu Kosteneinsparungen
2600 führen.

2601 Klar bleibt aber auch: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft. Substanz - bzw. Werterhaltung werden
2602 gewährleistet. Brandenburgs mittlerweile moderne Infrastruktur erlaubt es, die verminderten
2603 Investitionsmittel zielgerichtet zu konzentrieren. Bei der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln
2604 haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir
2605 mit einem Euro Landesgeld mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.

2606 Andere Spielräume wird es unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht geben. Das macht die
2607 Prognose der Ausgabenentwicklung bis 2020 auf der Grundlage der hier beschriebenen Strategie
2608 deutlich. Im Jahr 2020 verbleibt nach dieser Prognose immer noch eine Deckungslücke in Höhe von etwa
2609 500 Mio. Euro.

2610 **9.3 Handlungsfähige Politik braucht ein stabiles finanzielles Fundament**

2611 Leistungsfähige öffentliche Haushalte zur Finanzierung gesellschaftlich erforderlicher öffentlicher
2612 Leistungen sind die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat und sichern die Zukunftsfähigkeit
2613 und den Wohlstand der Gesellschaft. Von einer auskömmlichen finanziellen Sicherstellung dieser
2614 notwendigen öffentlichen Leistungen sind wir heute allerdings weit entfernt. Die angespannte
2615 Haushaltslage und öffentliche Armut ist durch die neoliberale Politik der vergangenen Jahre gezielt
2616 verursacht worden. So hat allein die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent
2617 Mindereinnahmen von 10 Mrd. Euro im Jahr bewirkt. Diese Steuerpolitik lässt Fragen der Gerechtigkeit
2618 und volkswirtschaftlicher Vernunft zunehmend außen vor.

2619 Die Spielräume der Landespolitik zur Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand sind gering.
2620 Was möglich war, wurde in den zurückliegenden Jahren bereits ausgeschöpft. So brachte die Erhöhung
2621 der Grunderwerbssteuer auf 5 Prozent im ersten Jahr zusätzliche Einnahmen von knapp 62 Mio. Euro -
2622 eine erfreuliche Summe, zumal auch die Kommunen davon profitierten, aber gemessen am gesamten
2623 Haushaltsvolumen doch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

2624 Um die Situation der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu entlasten und damit auch wieder Spielräume
2625 für eine gestaltende und zukunftsweisende Politik zu eröffnen, braucht es eine andere Steuerpolitik auf

2626 Bundesebene. Brandenburg hat unter Rot-Rot bereits deutliche Forderungen nach mehr
2627 Steuergerechtigkeit erhoben. Wir halten daran fest und sind der Überzeugung, dass es hierzulande
2628 durchaus einen Spielraum für Steuererhöhungen gibt. Im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte sind
2629 hohe Einkommen und Vermögen steuerlich entlastet worden. Unternehmens- und Vermögenseinkommen
2630 sind deutlich gestiegen, während die Lohneinkommen weit weniger starke Zuwächse aufwiesen.
2631 Gleichzeitig hat die Konzentration der Vermögensverteilung stark zugenommen.

2632 Aus unserer Sicht sollte Brandenburg gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern im Bund folgende
2633 Forderungen erheben:

2634 ■ Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Er lag noch 1998
2635 bei 53 Prozent - jetzt liegt er rund 10 Prozent darunter. Selbst im internationalen Vergleich fiel ein
2636 deutlich höherer Spitzensteuersatz keineswegs aus dem Rahmen.

2637 ■ Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einer verkehrswertnahen - und damit
2638 verfassungskonformen - Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz.

2639 ■ Eine sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer. Es ist an der Zeit, insbesondere höhere
2640 Erbschaften stärker zur Finanzierung der Gesellschaft heranzuziehen. Es ist zutiefst ungerecht, dass
2641 die tägliche Erwerbsarbeit ganz selbstverständlich höher besteuert wird als ein Erbe.

2642 ■ Eine Millionärssteuer, die die großen Vermögen zur Mitfinanzierung des Gemeinwesens heranzieht.

2643 ■ Die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mittlerweile hat sich auch in
2644 der EU der Gedanke durchgesetzt, dass eine solche Steuer auf Wertpapier-, Derivate- und
2645 Devisenumsätze auch ein geeignetes Präventionsinstrument gegen maßlose Spekulation an den
2646 Finanzmärkten darstellt. Die Steuer auf Finanztransaktionen muss so gestaltet werden, dass sie
2647 Spekulationen deutlich unattraktiver macht und zugleich einnahmerelevant für die öffentlichen
2648 Haushalte ist. Grundsätzlich zu verbieten sind Spekulationen mit landwirtschaftlichen Nutzflächen
2649 und Agrarrohstoffen jeglicher Art einschließlich Wasser. Auch Leerverkäufe müssen unterbunden
2650 werden. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in Deutschland.

2651 Schließlich geht es darum, den solidarischen Länderfinanzausgleich gegen die immer wiederkehrenden
2652 Attacken vor allem der unionsgeführten Geberländer zu verteidigen. Oberste Zielsetzung des
2653 bundesstaatlichen Ausgleichssystems muss die Herstellung und Wahrung gleichwertiger
2654 Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bleiben. Auch nach 2019 ist es notwendig, die finanzielle
2655 Handlungsfähigkeit aller Länder durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung abzusichern.

2656 Das bedeutet:

2657 ■ Die öffentlichen Haushalte sind bedarfsgerecht auszustatten - dazu sind die Vermögensteuer, eine
2658 höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen und -vermögen sowie von Gewinnen großer
2659 Unternehmen sind dringend geboten - unabhängig von der Ausgestaltung des
2660 Länderfinanzausgleichs.

2661 ■ Ausgaben und Einnahmen sind zwischen Bund und Ländern neu zu verteilen: bundeseinheitlich
2662 geregelte Transferzahlungen sollte der Bund vollständig übernehmen, dem im Gegenzug ein höherer
2663 Anteil am Umsatzsteueraufkommen zugestanden werden könnte.

2664 ■ Alle Steuereinnahmen sind zu berücksichtigen - und nicht nur, wie bislang, knappe zwei Drittel.

2665 ■ Die Steuereinnahmen selbst sind gerechter verteilen. Ein Soziallastenfaktor könnte ein Ansatz für
2666 ein Korrekturmaß sein.

2667 ■ Steuerverwaltung auf den Bund übertragen - laxer Steuervollzug darf nicht zum
2668 "Wettbewerbsvorteil" einzelner Länder werden.

2669 ■ Wir wollen einen sozialen und solidarischen Föderalismus - und einen Länderfinanzausgleich, der
2670 dies abbildet und zugleich dafür die Grundlagen schafft.

2671

2672 Ostdeutschland fällt in der neuen Förderperiode der EU nicht mehr unter die Regionen, die angesichts
2673 ihrer Strukturschwäche eine besonders starke Unterstützung brauchen und bekommen. Und in der Tat:
2674 Ostdeutschland ist auch nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion der Bundesrepublik. Es ist
2675 allerdings immer noch die größte Ansammlung von Krisenregionen in Deutschland. Sich herausbildende

2676 Leistungs- und Wachstumszentren stehen Landstrichen und Städten gegenüber, die größten Anlass zur
2677 Sorge bieten. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in Brandenburg wider. Kaum ein anderes Bundesland
2678 hat so große und massive Disparitäten aufzuweisen wie Brandenburg.

2679 Hier wie anderswo schneiden sich zwei (negative) Entwicklungslinien der letzten zwei Jahrzehnte: die
2680 zunehmende und dauerhafte soziale Ausgrenzung von Verliererinnen und Verlierern der
2681 Strukturumbrüche und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse einerseits - und die Tendenz, dass zugleich
2682 ganze Regionen von Fortschritt, Kultur, Entwicklungschancen und sozialen Standards abgehängt werden,
2683 ihre Lebensfähigkeit verlieren.

2684 Auch Regionen in Westdeutschland laufen Gefahr, abgehängt zu werden. Auch Leistungszentren bzw.
2685 Ballungsräume halten mit den Herausforderungen an Sozialpolitik und Daseinsvorsorge immer schwerer
2686 mit. Diese regionale Zuspitzung gesellschaftlicher Probleme kann man nicht mehr allein auf die Erblast
2687 der DDR zurückführen - sie ist Resultat der herrschenden Politik und der dominierenden
2688 Entwicklungslogik. Polarisierung zwischen Oben und Unten sowie zwischen starken und schwachen
2689 Regionen sind zwei Seiten derselben Medaille - der sozialen Frage in ganz Deutschland.

2690 DIE LINKE hat darauf eine doppelte und zugleich erfahrungsgesättigte Antwort:

2691 ■ Sie hat bereits über zwei Jahrzehnte Erfahrungen mit spezifischen regionalen Herausforderungen
2692 und spezifischen regionalen Antworten: in Ostdeutschland, durch ihre Verantwortung in Kommunen
2693 und Ländern und durch ihr Engagement als ostdeutsche Interessenvertreterin.

2694 ■ Und sie hat diese - manchmal "kleinteilig" erscheinende Herangehen - stets damit verbunden, dass
2695 sie auf eine andere Entwicklungslogik, auf einen anderen Entwicklungspfad als den von den
2696 Herrschenden in Deutschland verfolgten Entwicklungsweg gedrängt hat: den sozial-ökologischen
2697 Umbau der Gesellschaft.

2698 Wir regen in Brandenburg und über
2699 Brandenburg hinaus eine Verständigung
2700 zwischen den politischen Parteien und in
2701 der Öffentlichkeit darüber ein, ob zur
2702 Bewältigung der Probleme solcher
2703 Regionen eine neue

Projektvorschlag:

"Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West - eine neue gesamtgesellschaftliche Anstrengung für nachhaltige Strukturentwicklung"

2704 gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung, ein „Solidarpakt III für gefährdete Regionen in Ost und West“
2705 oder die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische
2706 Strukturentwicklung“ im Grundgesetz möglich und durchsetzbar sind. Die inhaltlichen Konturen einer
2707 solchen Herausforderung, den sozial-ökologischen Umbau, haben wir in diesem Leitbild am Beispiel
2708 Brandenburgs beschrieben. Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Strukturentwicklung, die nicht mit dem
2709 Ziel verfolgt wird, dauerhafte Transferabhängigkeit und Alimentierung „abgehängter Regionen“ zu
2710 vertiefen, sondern soziale und ökologische Modernisierung mit demokratischer Modernisierung und
2711 ökonomisch selbst tragender Entwicklung zu verbinden. Davon profitiert letztlich das ganze Land.

2712 **10. Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung** 2713 **für die Zukunft**

2714 Das vorliegende Leitbild richtet sich an alle, die den anstehenden sozial-ökologischen Umbau im Land
2715 Brandenburg mit gestalten wollen. Wir setzen auf das selbstbewusste und kompetente Engagement der
2716 Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die sich bereits in zahlreichen Verbänden und Vereinen, in
2717 Parteien und Kommunen, in Handwerkskammern, Religionsgemeinschaften und Umweltgruppen für eine
2718 nachhaltige Entwicklung dieses Landes in der einen Welt einsetzen.

2719 Wir laden in den kommenden Wochen und Monaten alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein,
2720 sich in die öffentliche Debatte um unser neues Leitbild einzumischen. Wir möchten einen
2721 gleichberechtigten und produktiven Dialog über eine nachhaltige Entwicklung in allen gesellschaftlichen
2722 Bereichen und allen Landesteilen von Brandenburg in Gang setzen. Mit Visionen und Tatkraft können wir
2723 Brandenburg zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verändern!